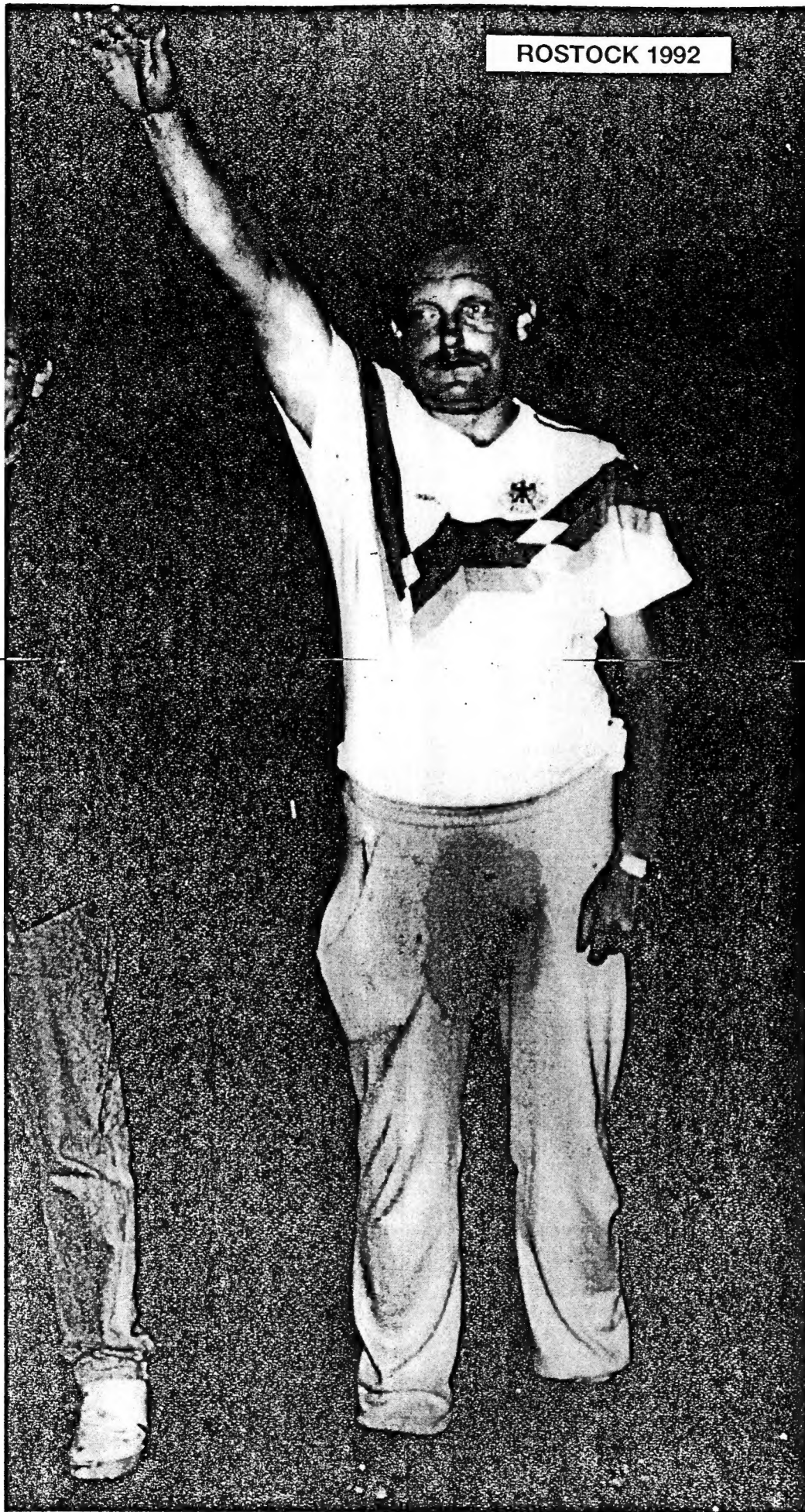


ROSTOCK 1992

Nummer 20
Nov. '92 - Jan. '93
2,50 Mark



Mölln · Skin-Musik · Trittin-Interview
Nationalrevolutionäre in der SPD?

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN
DER RECHTE RAND

Inhalt

Der Anschlag von Mölln

Seite 4

"NATIONALISTISCHE FRONT"

verbotten

Seite 5

"Die Zusammenhänge erklären"

Seite 7

Skinheads und ihre Musik

Seite 9

...sie haben keine Ahnung vom Leben

Seite 11

"Kratzereien an einem Denkmal"

Seite 12

Register

Seite 13

Flick setzt auf Hitler

Seite 17

Demo-Aufruf: 60 Jahre danach

Seite 18

Aufruf zum 30. Januar 1993

Seite 18

Wider dem Antifaschismus

Seite 19

Antischwule Gewalt in Niedersachsen

Seite 21

Ein wichtiger Schritt nach vorne!

Seite 22

Die Offensive des Bundes der Vertriebenen
für die "historische Wahrheit"

Seite 23

Der "Hofgeismarer Kreis" in der SPD

Seite 24

Impressum

Verlag: Der Rechte Rand • Rolandstraße 16

Postfach 1324 • 3000 Hannover 1

Tel.: 0511/34 10 36

Postgiro Hannover

Nr. 445586-301 • BLZ 250 100 30

Druck: Interdruck, Schöneworth
3000 Hannover

Satz und Layout: R. Simon

Erscheinungsweise: 6x im Jahr

V.i.S.d.P. Klaus Harbart

HerausgeberInnen:

Stefan Berndt, Rainer Butenschön,

Lisa Böhne, Winfried Holzinger,

Alfred Klose, Jürgen Trittin,

Dorothea Vogt

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht
immer die Meinung der Redaktion wieder

Eigentumsvorbehalt:

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nichtaushändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Editorial

Es liegt an uns ...

Endlich. Das Land ist nicht mehr still. Die bleierne Gleichgültigkeit, diese unerträgliche Mordsgeduld, mit der die Mehrheit der Bevölkerung in den vergangenen Monaten den rassistischen Pogromen und neonazistischen Mordbrennern schweigend zugeschaut hat, bekommt Risse. Protest regt sich nicht mehr nur bei den demokratisch engagierten Minderheiten - von Antifa, amnesty, pro asyl über Grüne, PDS bis hin zu den Jusos und jenen wenigen Bürgern, die sich schützend vor die Heime der Asylsuchenden gestellt haben. Inzwischen haben Hunderttausende, ja Millionen Bürger ihre "Arsch hochgekriegt". Quer durch die Republik sind sie auf die Straße gegangen. Viele haben das erste Mal in ihrem Leben demonstriert, um Zeichen zu setzen. Zeichen gegen den braunen Terror, Zeichen für ein friedliches und demokratisches Miteinander.

Das sind Zeichen der Ermutigung. Selbst wenn der Protest vielfach undeutlich blieb, an Betroffenenrituale erinnerte. Es sind Zeichen der Hoffnung, selbst dann, wenn viele sich für kaum mehr als das Bekenntnis versammelt haben sollten, daß man andere Menschen nicht einfach totschiessen darf.

Zu barbarisch sind die Zustände inzwischen in diesem unserem Lande, als daß wir die Chance vergeben dürften, die in diesem Protest steckt: Die Chance und die Pflicht zur Politisierung.

Es liegt an uns. Es liegt an unseren Argumenten und an unserem Engagement, die notwendige Arbeit der Zuspitzung zu leisten. Auf das die scheinheiligen Biedermänner, die sich in den Protest einreihen, bald von immer mehr Menschen als das erkannt werden, was sie sind: "Skins in Krawatte", wie Günther Grass formuliert hat, zündelnde Brandstifter. Brandstifter, die - wie Innenminister Rudolf Seiters - selbst noch im Feuerschein des Rostocker Pogroms gegen den "Mißbrauch" des Asylrechts mobil machen. Die noch im Angesicht der Opfer von Mölln von "Beileidstourismus" (Regierungssprecher Dieter Vogel) schwätzen, um ihre Schamlosigkeit ungeniert in Stimmen rechts von der Mitte umzumünzen.

Es liegt an uns, ob Kohl, Waigel, Engholm, Lambsdorff, Schröder und wie sie alle heißen weiterhin politisch ungestraft gelingt, mit wohlfeilen Bekenntnissen zur Unantastbarkeit der Menschenwürde vor den Kameras zu lächeln - und sich gleichzeitig für die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl feiern zu lassen. Noch können Regierung und die als "Opposition" firmierende SPD die übergroße Mehrheit selbst gutwilliger BürgerInnen täuschen: Unzählige Male wurde betont, es gelte nur, den "Mißbrauch des Asylrechts" zu bekämpfen, die "wirklich Verfolgten" aber weiterhin zu schützen. Tatsächlich aber führt der vorliegende Entwurf zur Änderung des Grundgesetzes dazu, das Individualrecht auf politisches Asyl nur noch formal in der Verfassung zu erhalten, es faktisch aber unerreikbaar zu machen und damit abzuschaffen.

Es liegt an uns, gegen den "Asylkompromiß" zu mobilisieren. Andere werden es nicht tun. Aber wer verteilt bei den Lichterketten oder Mahngottesdiensten beispielsweise die Erklärung der Humanistischen Union: "Gerade dem wirklich politisch Verfolgten werden alle Fluchtwege in die Bundesrepublik Deutschland versperrt. Niemand kann ernsthaft glauben, der politisch Verfolgte könne in aller Ruhe eine Botschaft aufsuchen, ein Visum beantragen, mehrere Wochen Bearbeitungszeit abwarten, seinen Paß abholen, um dann ein Flugzeug zu besteigen. Keine Schiffs- oder Fluggesellschaft transportiert Passagiere ohne gültigen Sichtvermerk, da man sie dafür regresspflichtig macht. Alle Verfolgerstaaten aber unterliegen der Visumspflicht. In der Regel verweigern die deutschen Botschaften sogar ohne Begründung Visa, wenn auch nur die Vermutung besteht, die Betroffenen könnten einen Asylantrag stellen wollen. Der Landweg endet spätestens in einem unserer Nachbarländer ..."

Es liegt an uns, an unserer politischen Schwäche, daß Edmund Stoiber nun so treffend wie triumphierend zum sogenannten Asylkompromiß feststellen kann: "Damit kann jeder, ob er nun asylberechtigt ist oder nicht, an der Grenze abgewiesen werden ... genau das, was wir immer gefordert haben" (Interview, FR 8.12.92).

Laßt uns wenigstens dieses Zitat allen sozialdemokratischen und liberalen Schönrednern der geplanten Asylrechts-Strangulierung um die Ohren schlagen. So wird die katastrophale Niederlage in der Asylfrage vermutlich nicht mehr abzuwenden sein. Aber nur so kann aus Lichterketten und Mahngottesdiensten gegen Ausländerfeindlichkeit mehr werden, als Veranstaltungen zur Beruhigung des schlechten Gewissens oder TV-gerechte Schauveranstaltungen für das aufgeschreckte Ausland.

Es liegt an uns. Und so ganz alleine stehen wir nicht. Das unter dem Druck negativer Schlagzeilen der Weltpresse drohende Absinken der deutschen Exportquote übt zusätzlichen Druck auf die politische Klasse aus. Selbst Konzerne, die einst ihre Vermögen mit ausländischen Zwangs- und Sklavenarbeitern verdienten, rufen heute ihre Belegschaften zum Bekenntnis auf: "Mein Freund ist Ausländer".

Und auch die Regierung, die es wie unser Kanzler mühelos schafft, in fast einem Atemzug über die braunen Morde und die Zunahme von Ladendiebstählen zu schwadronieren, hat ihren monatelang folgenlosen Bekenntnissen gegen den rechten Terror inzwischen einige Taten folgen lassen müssen: Vier von inzwischen allein bei der Verfassungsschutzbehörde registrierten Nazibanden wurden verboten, die Nationalistische Front, die Deutsche Alternative, den Deutschen Kameradschaftsbund und die Nationalistische Offensive.

Es liegt an uns, weiter Druck zu machen. Zu fragen, warum erst jetzt gehandelt wurde? Was andere Nazi-Vereine von NF und DA unterscheidet, so daß sie unbehelligt bleiben? Warum ...

Polizistenpech.

Der Kampf gegen den Rechtsextremismus ist schwer.

Nach sieben Nächten tätlicher Auseinandersetzungen

vor dem dortigen Asylbewerberlager griff die Polizei mit einer großangelegten Razzia

nach Waffen scharf bei Neonazis, Skins und anderen

Rechtsextremisten im Raum Wismar durch.

Der Erfolg war bedauerlicherweise mäßig. Unverständlich eigentlich!

Schließlich hatte die Polizeiführung ihre Aktion

optimal vorbereitet:

Bereits Tage zuvor hatte sie bundesweit in den stündlichen Nachrichtensendungen der Rundfunkanstalten eindringlich auf die für morgen geplante Großrazzia hingewiesen.

Da hätten die Nazis ihre Waffen doch schon mal

herauslegen können!

Zufällig hatte bei denen an diesem Tage wohl niemand Radio gehört ...

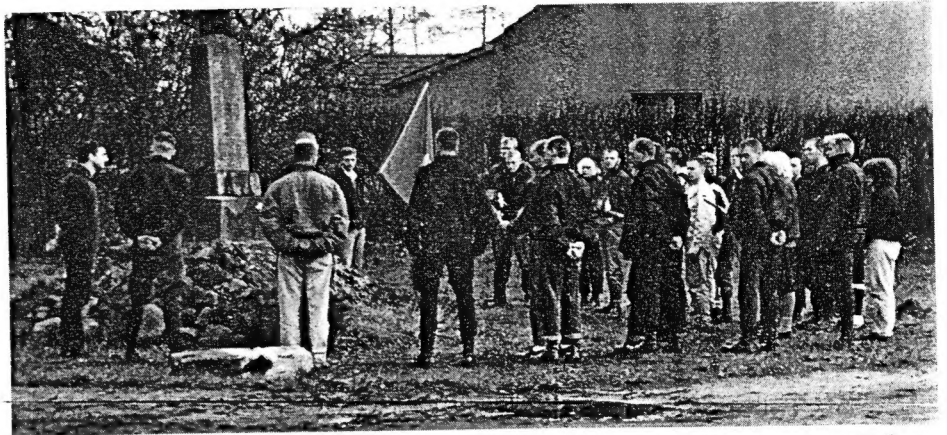
So ein Pech aber auch!

Dietrich Kittner

(aus seinem neuen Buch: "Jaaa! Deutschland balla, balla!", edition ost, Berlin 1992, DM 1980)

Halbe - ein Schlag ins Wasser

Als ein Schlag ins Wasser stellte sich der von **Ursula Schaffer** (80) von der "Berliner Kulturgemeinschaft Preußen" geplante Heldengedenktag in Halbe heraus. Nachdem in den vergangenen Jahren eine zunehmende Anzahl Neonazis verschiedenster Herkunft in Halbe der faschistischen Soldateska gedachte, gelang es in diesem Jahr ein Verbot des Aufmarsches zu erreichen. Hintergrund für das behördliche



Vorgehen war einerseits die angemeldete Gedenkveranstaltung, mit der AntifaschistInnen den Aufmarsch in diesem Jahr verhindern wollten und andererseits die internationale Aufmerksamkeit sensibilisiert durch die pogromartigen Ausschreitungen gegen Flüchtlinge. Ein massives Polizeiaufgebot demon-

strierte dann auch medienwirksam, daß es durchaus möglich ist, faschistische Aktivitäten zu unterbinden, wenn tatsächlich der Wille dafür vorhanden ist. Die angereisten Nazis irrten infolge weiträumiger Absperrung der Ortschaft Halbe durch das Brandenburger Land und versuchten ersatzweise kleinere Aktionen durchzuführen, so u.a. in Cottbus und Massow. Ungefähr 50 FAP-Aktivisten, die am Vortag in der Nähe Berlins ihren Parteitag veranstaltet hatten, gelang es lediglich eine

kurze Gedenkveranstaltung an einem Kriegerdenkmal in einer nahegelegenen Ortschaft durchzuführen (siehe Foto), um anschließend schnell wieder vor der herannahenden Polizei abzurücken. Insgesamt wurden 24 Faschisten u.a. wegen unerlaubten Waffenbesitzes festgenommen.

"Das hatten wir in den letzten 50 Jahren noch nie!"**AntifaschistInnen störten die Sonnenwendfeier in Conneforde**

Jahrelang arrangierten sogenannte "Freigläubige" eine Wintersonnenwendfeier in Conneforde. Ihr Ahnenstättenverein war geduldet und aufgrund der Zuerkennung der Gemeinnützigkeit öffentlich gefördert. Vertreter der Gemeinde Wiefelstede waren bei Genehmigungen von Bauten auf dem Gelände der Familie **Brumund** großzügig. Etliche Mitglieder des Ahnenstättenvereins organisierten sich auch im örtlichen Heimatverein und verstärkten damit den Eindruck, ihr völkisches Treiben habe eine lange Tradition in der Region.

Am Samstag, den 19. Dezember trafen AntifaschistInnen nicht auf kahlgeschorene Jugendliche (Skinheads), sondern auf gut betuchte ältere Personen, die mit Daimler-Limousine sogar aus München oder Neuss vorfahren waren.

Kaum hatten die AntifaschistInnen auf dem Gelände der Ahnenstätte ihre Gegenrede angefangen, wurden sie schon mit Sprüchen bedacht, die an Eindeutigkeit nichts offen ließen. Den Worten "Lieber faschistisch als drogenabhängig" folgten auch heftige Prügelversuche. Ein Mitarbeiter des Kamerteams wurde mitsamt der Kamerauchte fast in das Sonnenwendfeuer geworfen.

Nachdem die AntifaschistInnen wieder fort waren, ließ man sich im "Alten Dorfkrug" der Brumunds den Kaffee schmecken und seiner Zunge freien Lauf. Der Rednerin habe man das Mikro bis tief in die Kehle gestoßen, prahlte man. Für das nächste Mal wolle man sich ordentlich mit Knüppeln und Handstöcken bewaffnen. Der amtierende Vorsitzende **Alfred E. Manke** war sehr verärgert. Der Bassumer ist schon seit den sechziger Jahren als aktiver Faschist bekannt und hat sich in den letzten Jahren mehr um die pseudoreligiösen Belange gekümmert.

Ein Blick auf das Festprogramm unterstreicht, was bei Betrachtung der Grabesfindlinge schon klar wurde: an diesem Ort sind nicht nur Menschen aus der Region beerdigt, die aus der Kirche ausgetreten sind, sondern auch Repräsentanten des organisierten (Neo)-Faschismus wie der frühere Kreisleiter der NSDAP Schlesiens, **Hans Hertel**, der in den 50er Jahren mit der faschistischen Deutschen Reichspartei im Landtag von Niedersachsen saß, der ehemalige SS-ler und zeitweilige Vorsitzende der DVU-Liste D Bremen, **Heinz Hertel**, oder das Mitglied des völkischen Weltbundes zum Schutze des Lebens (WSL) **Addo Stegie**. Das im Programm ausgewiesene Liedgut verdeckt nur spärlich das Interesse der Ahnenvereiner und an den "Nordmenschen" glaubenden. Lieder des Nazi-Barden **Hans Baumann** oder Gedichte des von den Nazis geschätzten Hermann Claudius sind bei den Sonnenwendfeiern Pflicht. Von einiger Bedeutung sind die jeweiligen Festredner. Dieses Jahr sprach **Hermann**

Thiele, der langjährige Gemeindeleiter und Ehrenvorsitzende der "Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft" in Schleswig-Holstein. Thiele, der sich in der Tradition der "deutschen Glaubensbewegung" Wilhelm Hauers sieht, arbeitet sehr eng mit führenden Repräsentanten der militanten Neo-Faschisten zusammen.

Nach der antifaschistischen Aktion vom Wochenende dürfte es dem Ahnenstättenverein in Zukunft schwerer fallen, das Bild vom unverdächtigen "Trauerkreis" aufrechtzuerhalten, der sich tapfer gegen die Macht der "Großkirchen" wendet. Den BürgerInnen werden die Sprüche der AntifaschistInnen noch lange in den Ohren dröhnen: "Blut und Boden, Volk und Rass" - "brave" Bürger schüren den Hass."

**Korrektur!**

In der letzten Ausgabe des Rechten Randes ist ein Mißgeschick unterlaufen. Das Foto des Waffenhändlers Eberhard Hevendehl wurde vertauscht, deshalb hier das richtige Bild. Der auf Seite 24 des letzten RR abgebildete Mensch ist Mitglied der "Nationalen Offensive".

Ulla Jelpke

Der Anschlag von Mölln

In der Nacht vom Sonntag den 22. auf den 23. November 1992 legten in Mölln Neofaschisten Brände in zwei von Türken bewohnten Häusern. Bei dem Brandanschlag kamen die 51jährige Valhilde Arslan, die 10jährige Yeliz Arslan und die 14jährige Ayse Yilmaz ums Leben. Neun weitere Menschen wurden zum Teil schwer verletzt. Wegen der "Schwere der Tat" und der "Gefahr für die innere Sicherheit" übernahm der Generalbundesanwalt die Ermittlungen. Auch eine sofort von der Staatsanwaltschaft verhängte Nachrichtensperre konnte nicht verhindern, daß Ungereimtheiten und Widersprüchlichkeiten über den Tathergang und über die Hintermänner der Tat entstanden.

Der Anschlag von Mölln hat in der internationalen Öffentlichkeit und in der BRD viele Reaktionen hervorgerufen. "Le Monde" gibt in einem Leitartikel über den Möllner Brandanschlag den Eindruck wieder, "die Verurteilung dieser Taten, mag sie auch so gravitativ von den höchsten Staatsinstanzen verkündet werden, die Träger einer Strategie der Spannung geradezu ermutigt (habe), jeden Tag erneut zu eskalieren." (SZ, 27.11.92) Der Ruf der Bundesrepublik im Ausland hat sich drastisch verschlechtert. In der Bundesrepublik werden die Forderungen nach polizeilichen Maßnahmen lauter. Und die Bundesregierung täuscht Aktivitäten vor: Die Kompetenzen des Generalbundesanwalts sollen erweitert werden und der Aufbau einer Koordinierungsgruppe gegen den Rechtsextremismus wurde installiert.

Der Tathergang

Kurz nach Mitternacht, am frühen Morgen des 23.11.92 verübten Neofaschisten Brandanschläge auf zwei Häuser in Mölln. Unmittelbar nach den Anschlägen ging nach Auskunft der Generalbundesanwaltschaft gegen 0.30 Uhr bei der Möllner Polizei ein Anruf ein: "In der Ratzeburger Straße brennt es. Heil Hitler!". Um 1.10 Uhr meldete sich ein Anrufer bei der Feuerwehr: "In der Mühlenstraße brennt es. Heil Hitler!"

Die schlafenden Menschen werden von dem Feuer überrascht. Während sich die HausbewohnerInnen in der Ratzeburger Straße retten konnten, wurde den BewohnerInnen der Mühlenstraße der Fluchtweg abgeschnitten. Ein Kind, daß sich durch einen Sprung aus dem Fenster rettete, brach sich beide Beine. Eine junge Frau sei laut Angaben der Nachbarn in Panik aus dem Fenster gesprungen und mit dem Kopf auf das Pflaster geschlagen. Die Leichen der beiden Mädchen und der Frau wurden im ersten Stock im Gebäude der Mühlenstraße gefunden.

Die Staatsanwaltschaft verhängte unmittelbar nach dem Brandanschlag eine Nachrichtensperre (Berliner Zeitung, 24.11.92). Begründet wurde dieser Schritt durch von Stahl mit "ermittlungstaktischen Gründen" (FAZ, 27.11.92). Die Ermittlungen übernahm die Generalbundesanwaltschaft mit der bemerkenswerten Feststellung, daß die anonymen Anrufer mit ihrem Zusatz ("Heil Hitler!") die "innere Sicherheit beeinträchtigen beziehungsweise Verfassungsgrundsätze beseitigen" wollten (FAZ, 24.11.92). Generalbundesanwalt von Stahl weiter: "Dies deutet darauf hin, daß die noch unbekannten Täter mit ihrer

Straftat zur Wiedererrichtung einer nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland beitragen wollen" (ebenda).

Vorher ermittelte der Generalbundesanwalt aber auch in eine andere Richtung, denn laut von Stahl gab es einen Tag nach der Tat, "bislang keine Anhaltspunkte, wonach eine größere Organisation hinter den Mordanschlägen in Mölln stehen könnte" (SZ, 25.11.92). Der Staatssekretär des Kieler Innenministeriums Ekkehard Wienholtz äußerte gegenüber der Presse, daß ebenfalls "wegen möglicher unpolitischer Motive wie Auseinandersetzungen zwischen türkischen Familien oder Kontroversen zwischen Deutschen und Türken ermittelt" werde (Welt, 26.11.92). Im Unterschied hierzu äußerte der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Eckard Werthebach, allerdings, daß die Brandanschläge "eine neue Qualität" darstellen. "Sie seien nicht spontan erfolgt, sondern offensichtlich geplant, abgestimmt und sorgfältig vorbereitet" (SZ, 25.11.92). Das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) in Schleswig-Holstein wies vor dem Hintergrund des Anschlages darauf hin, daß in der Region Lauenburg, zu der Mölln gehört, "die Verbindung zwischen organisierten und unorganisierten Neonazis enger als sonst im Landes" (FAZ, 25.11.92) sei. "Außerdem hätten die rechtsextremistischen Parteien DVU und Republikaner dort überdurchschnittlich viele Anhänger" (ebenda).

Der Vater des ermordeten türkischen Mädchens wies die These der Generalstaatsanwaltschaft, daß der mögliche Grund für den Brandanschlag auch ein Streit unter Kurden und Türken sein könne, als "Vertuschungsversuch" zurück; genauso wie die ebenfalls vorgetragene These, daß die "Mafia" mit dem Anschlag zu tun haben könne (FAZ, 27.11.92)

Die Suche nach den Tätern wurde dadurch erschwert, daß nach Angaben der Ermittlungsbehörden, die anonymen Anrufe bei der Polizei und der Feuerwehr nicht mitgeschnitten waren, "weil die Gespräche über normale Postanschlüsse kamen" (Welt, 26.11.92). Dies ist bemerkenswert: Offenbar kannten die Täter sich so gut aus, daß sie wußten, daß sowohl bei der Polizei als auch bei der Feuerwehr die Telefonate über die normalen Postanschlüsse nicht mitgeschnitten werden. Dies würde für eine gute Vorbereitung der Tat und eine fast professionelle Kalkülzucht zeugen.

Trotz 70 Hinweisen aus der Bevölkerung tappete die Polizei völlig im Dunklen, eine heiße

Spur fehlte. Auch war noch ungeklärt, ob die Brandsätze in die Häuser "hineingetragen oder hineingeworfen" worden seien (Berliner Zeitung, 26.11.92). Welche Brandmittel verwendet worden seien, war ebenfalls noch nicht geklärt. Ein vorläufiger Untersuchungsbericht stellte lediglich fest, daß die Täter "Benzin oder eine ähnliche Flüssigkeit" benutzten (Welt, 26.11.92).

Plötzlich, vier Tage nach dem Möllner Brandanschlag, warteten die Ermittlungsbehörden mit dem ersten großen Ermittlungserfolg auf. Ausgehoben wurde eine neofaschistische Gruppierung um den 25jährigen Michael Peters aus dem kleinen Dorf Gudow bei Mölln. Gegen ihn hatte das Amtsgericht Lübeck bereits am 25.11. Haftbefehl "wegen des Verdachts des gemeinschaftlichen versuchten Mordes und versuchter Brandstiftung in zwei Fällen sowie wegen Landfriedensbruchs" (Welt, 27.11.92). Es bestand zu diesem Zeitpunkt für die Generalbundesanwaltschaft der Verdacht, daß Peters und zehn weitere Beschuldigte "eine rechtsextremistische Vereinigung gegründet haben, die durch gewalttätige Aktionen - besonders Brandanschläge - gegen Ausländer in Deutschland vorgehen wolle" (ebenda). Die "Süddeutsche Zeitung" stellt fest: "Am Nachmittag gab die Anklagebehörde dann überraschend die Einleitung des ersten Ermittlungsverfahrens gegen eine rechtsterroristische Vereinigung seit Beginn der ausländerfeindlichen Gewaltwelle bekannt" (SZ, 27.11.92). Einen Tag später werden acht weitere Personen verhaftet.

Nach Erkenntnissen der Bundesanwaltschaft soll die Gruppe am 5.9.92 versucht haben eine Unterkunft für Flüchtlinge in Pritzier zu stürmen. Dieses Vorhaben scheiterte aufgrund eines großen Polizeiaufgebotes. Stattdessen seien aus der Gruppe Brandflaschen gegen die Polizeibeamten geworfen worden. Anschließend sei die Gruppe mit einem PKW nach Gudow gefahren und habe einen Brandanschlag auf ein mit 50 Personen belegtes Flüchtlingsheim verübt. (Welt, 27.11.92)

Am 12.9.92 soll Peters mit weiteren Personen einen Brandanschlag auf die Flüchtlingsunterkunft in Kollow bei Mölln verübt haben. Ob die Gruppe auch für den Brandanschlag von Mölln verantwortlich war, mußte zu diesem Zeitpunkt noch geprüft werden (Berliner Zeitung, 27.11.92).

Der dritte Mann

Einen Tag später galt dies "jedoch mittlerweile eher als unwahrscheinlich" (Welt, 28.11.92).

Die Ausführung der Anschläge in Gudow und Kollow erscheint in der Tat eher dilettantisch und stümperhaft. Zudem wird Peters als "labil und geistig eher zurückgeblieben" geschildert, als einer, der über keine Berufsausbildung verfüge und den auch nicht die Bundeswehr wollte. Mit seiner Nazi-Truppe sei Peters wiederholt grölend durch das Dorf gezogen, die Polizei sei dann von AnwohnerInnen gelegentlich informiert worden. Die "Welt" schreibt dann: "Wie aus Kieler Sicherheitsbehörden verlautete, gingen den Festnahmen monatelange Observationen teilweise mit verdeckten Ermittlern voraus. Man habe vor allem die Hintermänner enttarnen wollen, denn Michael Peters sei offensichtlich keine Führungspersönlichkeit" (ebenda).

Am 30.11.92, eine Woche nach der Tat, wird plötzlich der 19jährige **Lars Christiansen** als "einer der Täter von Mölln gefaßt" (Welt, 1.12.92), der "mit mindestens einem noch unbekannten Komplizen" den Brand gelegt haben soll (FAZ, 1.12.92). Christiansen gehört ebenfalls zur Gruppe um Peters, und war schon am 25.11.92 "kurzzeitig festgenommen, wegen fehlender Tatnachweise zunächst aber wieder auf freien Fuß gesetzt worden" (ebenda).

Nun plötzlich ergibt sich der dringende Tatverdacht nach den Worten des Generalbundesanwaltes "aus der Aussage eines unmittelbaren Tatzeugen, deren Einzelheiten durch die weiteren Ermittlungen bestätigt wurden" (SZ, 1.12.92). Völlig überraschend wird der Öffentlichkeit mit einem Mal ein geheimnisumwitterter Zeuge präsentiert. "Nähere Angaben über diesen Zeugen und dessen Beobachtungen wollte Stahl nicht machen", schreibt die SZ weiter. Die "Welt" präzisiert: "Die Frage, ob dieser Zeuge selbst aus der rechtsradikalen Szene kommt oder ein unbeteiligter Passant war, beantwortete von Stahl nicht. Auch nicht die Frage, ob der Zeuge die als Belohnung ausgesetzten 150.000 DM erhalten werde" (Welt, 1.12.92).

Natürlich ergeben sich eine ganze Reihe von Fragen: Wieso taucht der unmittelbare Tatzeuge erst jetzt auf? Hat er in der Brandnacht die Polizei oder die Feuerwehr alarmiert und wenn nicht, wieso hat er es unterlassen? Natürlich steht auch die Frage nach wie vor, ob dieser Zeuge selber ein Mitglied der neofaschistischen Gruppe um Peters war und als Kronzeuge eingesetzt werden soll? Nicht von der Hand zu weisen ist aber auch die Frage, ob in dem Zeitraum der Tat die Gruppe um Peters immer noch unter Beobachtung gestanden hat, und ob hier immer noch verdeckte Ermittler auf diese Gruppe angesetzt waren? Auch wäre interessant zu wissen, wie dicht der Verfassungsschutz der Gruppe um Peters auf den Fersen war?

Fakt ist, daß der Verfassungsschutz-Chef Werthebach betonte, daß dem VS bekannt gewesen sei, "in welchem Ausmaß in Schleswig-Holstein und auch im Umfeld von Mölln rechtsextremistische Gewalttäter vorhanden sind" (ap, 1.12.92). Werthebach erklärte weiter, daß "alle Informationen über die militante rechtsextremistische Szene im Umfeld von Mölln stets den zuständigen Behörden übermittelt worden" (SZ, 4.12.92).

Fakt ist weiter: Auch an Lars Christiansen war zumindest die Polizei dicht dran. Die "Leipziger Volkszeitung" weist darauf hin, daß er "nach Erkenntnissen der Möllner Polizei in den letzten Jahren an Schlägereien mit Ausländern beteiligt" war (Leipziger Volkszeitung, 2.12.92). Er sei auf der Liste gewaltbereiter Skinheads geführt worden, vor kurzem aber von dieser Liste gestrichen worden.

Nachdem Christiansen und Peters die Tat am 1.12. gestanden hatten, verdunkelte Generalbundesanwalt von Stahl noch mehr das Geschehen. Die "Welt" vermerkt: "Unklar blieb, wie die Bundesanwaltschaft auf die Spur der beiden mutmaßlichen Täter kam. Am Montag begründete Stahl den Verdacht gegen Peters mit der Aussage eines 'unmittelbaren Tatzeu-

gen'. Gestern sagte er, daß außer Peters und Christiansen 'keine weiteren Personen an den Tatorten waren'" (Welt, 2.12.92).

Zur vollständigen Verdeckung des Sachverhaltes diene offenbar einen Tag später die Auskunft aus der Bundesanwaltschaft, daß "der entscheidende Hinweis von einem 'aufmerksamen Bürger' und nicht von einem Mitläufer oder einem anderen Kronzeugen" kam (Berliner Zeitung, 3.12.92).

In diesem Zusammenhang ist auch das Verhalten des Lübecker Amtsrichters in verschiedener Richtung interpretierbar, der es am 17.11. - also kurz vor dem Möllner Anschlag - abgelehnt hatte einen Haftbefehl gegen die Gruppe um Peters zu erlassen. Mag sein, daß bei seiner Entscheidung tatsächlich rechtsstaatliche Bedenken eine entscheidende Rolle gespielt haben, und er die "Ausstellung eines Haftbefehls" wegen nicht ausreichender Verdachtsmomente abgelehnt" hatte (SZ, 3.12.92). Denkbar wäre aber auch, daß er wußte, daß in oder an der neofaschistischen Gruppe verdeckte Ermittler im Einsatz waren, und das Einsatzziel noch nicht erreicht war.

Auch wenn der Generalbundesanwalt gewohnheitsgemäß immer wieder betont hatte - unabhängig vom Stand der Ermittlungen -, daß die "Tat von Mölln von zwei Einzeltätern, nicht von einer Terroristengruppe" war (Welt, 1.12.92), dann will er natürlich die Hintergründe und Hintermänner der Tat ausklammern. Seine Äußerung, daß aus der Tatsache, daß es in Mölln eine neofaschistische Organisationsstruktur gibt, nicht der "allgemeine Schluß" gezogen werden darf, daß "hinter allen ausländischen Anschlägen Organisationen stehen" (ebenda), zeigt, daß dieser Staat kein Interesse hat, das Geflecht neofaschistischer Gruppierungen bloßzulegen und die systematische Arbeit dieser Truppen zu zerschlagen.

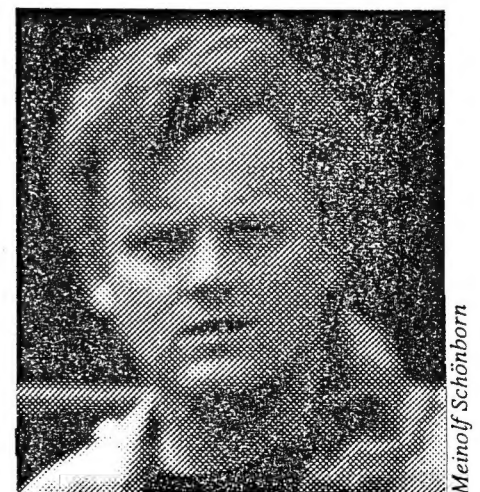
Anton Maegerle / Sönke Braasch

"NATIONALISTISCHE FRONT" (NF) verboten

Bundesinnenminister Rudolf Seiters (CDU) hat im November 1992 die "Nationalistische Front" (NF) verboten.

1. Die 'Nationalistische Front' richtet sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung.
2. Die 'Nationalistische Front' ist verboten. Sie wird aufgelöst.
3. Es ist verboten, Ersatzorganisationen für die 'Nationalistische Front' zu bilden oder bestehende Organisationen als Ersatzorganisationen fortzuführen.
4. Das Vermögen der 'Nationalistischen Front' wird beschlagnahmt und eingezogen.
5. Die sofortige Vollziehung dieser Verfügung wird angeordnet; dies gilt nicht für die Einziehung des Vermögens."

Vor dem Verbot der NF ist es im Gefolge eines Ermittlungsverfahrens der Bundesanwaltschaft gegen den Parteivorsitzenden **Meinolf Schönborn** und 13 weitere Mitglieder der "Nationalistischen Front" (NF) zur Spaltung der NF gekommen. Schönborn - es besteht gegen ihn der Verdacht der Gründung einer terroristischen Vereinigung - hatte im Herbst 1991 den Aufbau eines "Nationalen Einsatzkommandos" (NEK) initiiert, zu dessen Zielen der Kampf für ein "völkisches Deutschland", "gegen Ausländerverbrecherbanden" und "Linke" gehörte. Vorbilder des NEK sollten die Freikorps und die Waffen-SS sein. Als Privatperson, jedoch mit Stempel der NF-Or-



Meinolf Schönborn

ganisationsleitung, hatte Schönborn das achtseitige Papier ("Der Kampf wird härter!") - angeblich ohne Rücksprache innerhalb seiner Kaderpartei - unterzeichnet. Am 11. März kam es bedingt durch das Ermittlungsverfahren zu zahlreichen Hausdurchsuchungen, u.a. auch im Zentrum der NF in Detmold-Pivitsheide. Die "Nationalistische Front" mußte befürcht-

ten, daß die gesamte Organisation in die Ermittlungen miteinbezogen würde. Schadensbegrenzung hieß das Gebot der Stunde. Und mit Meinolf Schönborn war -nach außen hin- der Schuldige schnell gefunden.

Die NF entwickelte sich aus der am 17. September 1983 von **Karl-Joachim Armin** in München gegründeten "Nationalen Front", die sich 1984 in "Nationalistische Front" umbenannte. Ihre Aktivitäten beschränkten sich zunächst auf Bayern. Am 16. November 1985 konstituierte man sich in Steinhagen bei Bielefeld bundesweit. Zur Gründung fanden sich rund 60 Teilnehmer, darunter viele ehemalige "Junge Nationaldemokraten" (JN), die sich seit Januar 1982 im "Förderkreis Junges Deutschland" sammelten, ein. Bundesvorsitzender der Neugründung wurde der Freiburger Neonazi **Bernhard Pauli**, ein ehemaliges Mitglied der "Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit" (VSBd/PdA) um den heutigen FAP-Bundesvorsitzenden **Friedhelm Busse**. Neben Pauli, der bereits 1966 mit nationalrevolutionären Beiträgen in der "Freiburger-Studenten-Zeitung" auf sich aufmerksam machte, fanden sich **Josef Heggmaier** und weitere Aktivisten der 1982 verbotenen VSBd/PdA und deren Jugendorganisation "Junge Front" (JF) bei der NF ein. Zum NF-Generalsekretär wurde Meinolf Schönborn, früherer Kreisvorsitzender der NPD und nordrhein-westfälischer Landesvorsitzender der JN, gekürt. Am 31. Januar 1986 unterschrieb Schönborn einen Kaufvertrag für ein Haus in der Bleichstraße 143 in Bielefeld, dem lange Jahre umstrittenen "Nationalen Zentrum". Im Sommer desselben Jahres trat Schönborn die Nachfolge Paulis im Vorsitz der NF an. Im Februar 1987 ließ sich die NF beim Bundeswahlleiter als Partei registrieren. Noch bei der Europawahl 1989 erhielt die mittlerweile rund 200 Mitglieder starke "Nationalistische Front" keine Zulassung. Bei der Bremer Landtagswahl im vergangenen Jahr erzielte die NF lediglich 106 Stimmen oder 0,03 Prozent. Am 24. Mai dieses Jahres reichte es bei den Bezirkswahlen in Berlin, Bezirk Hohenschönhausen, zu 0,3 Prozent der Stimmen. Bei der Landratswahl im niederbayerischen Kelheim am 20. September fielen 1,29 Prozent der Stimmen auf **Andreas Pohl**. (Seiters zur Frage des Parteienstatus in der Verbotungsverfügung der NF: "Die NF ist keine Partei gem. Art. 21 des Grundgesetzes. (...) Die NF verfügt (...) über keine hinreichend umfangreiche und feste Organisation, um ernsthaft und dauerhaft nach parlamentarischer Vertretung des Volkes zu streben. Darüber hinaus nimmt die NF nicht an Wahlen teil, um auf die politische Willensbildung Einfluß zu nehmen oder sich an der Vertretung des Volkes im Parlament zu beteiligen.") Unterstützt wurde Pohl im Wahlkampf von der lokalen NF-Ortsgruppe unter Vorsitz von **Jürgen Eckmann**, Leserbriefschreiber in der antisemitischen Hetzschrift "Bauernschaft" des Alt-Nazi **Thies Christophersen**.

Die Aktivitäten der NF fanden stets eine entsprechende publizistische Begleitung. Meinolf Schönborn brachte die vormalige JN-Zeitschrift "Klartext" in die NF ein. Im Vertrieb des gleichnamigen "Klartext-Verlages" (im

NF-Zentrum in Detmold/Pivitsheide untergebracht) war ein gemischtes rechtsextremes Sortiment erhältlich. Von Sturmhauben ("Dürfen in keinem nationalistischen Haushalt fehlen!"), T-Shirts, Anstecker, zahlreichen Aufklebern für die Propagandatätigkeit ("Vorwärts im Kampf für die Einheit der Nation", "2/3 unseres deutschen Volkes sind für Ausländer raus!", "Schluß mit dem Holocaust! Oder: Deutscher willst du ewig zahlen?", "Deutsche, lernt wieder aufrecht zu stehen!", "Ausländer-Integration ist Völkermord!" oder "Schlesien bleibt deutsch!") bis hin zur einschlägigen rechten Literatur wurde alles vertrieben. Neben der Zeitschrift "Klartext" unterhielt die NF bis 1990 das Ideologieorgan "Nachrichten aus der Szene" (NadS). Seit 1989 erschien in schlichter Aufmachung das interne Periodikum "Aufbruch". Schriftleiter und Verantwortlicher war **Steffen Hupka** (29), der auch schon mal in der Vertriebenen-Postille "Der Schlesier" schreibt. Vor seiner Zeit als NF-Aktivist kämpfte Hupka in den Reihen der JN und der ANS und war zeitweilig Mitarbeiter der Neonazi-Postille "SIEG". In knappen Worten wird in verschiedenen Ausgaben des "Aufbruch" über die Aktivitäten der einzelnen Stützpunkte (u.a. Essen, Freising/Oberbayern, Königs Wusterhausen, Rhein/Neckar, Rhein/Sieg, Traunstein) und Ortsgruppen (u.a. Kremen, Kelheim) der NF berichtet. In der August '92 - Ausgabe des "Aufbruch" geht Steffen Hupka in der Einleitung auf die personellen Querelen zwischen Schönborn und Pohl/Hupka ein und gibt Entwarnung: "Nach dem Sonderparteitag der NATIONALISTISCHEN FRONT am 8. August in Brandenburg, kann die politische Arbeit für jeden Aktivisten der Partei ohne Einschränkung weitergehen. (...) Durch die Ausscheidung jener Elemente, die unsere Kameradschaft und unsere politisch-taktischen Prinzipien untergraben haben, kann die NF nur innerlich gestärkt hervorgehen." Auf dem erwähnten Sonderparteitag in Kremen bei Oranienburg (Grußworte wurden vom FAP-Ortsvorsitzenden Berlin-Pankow überbracht), dem ein regulärer NF-Parteitag am 27. Juni in Hettendorf vorausging, auf dem Schönborn wiederum zum Vorsitzenden, Organisationsleiter und Generalsekretär gewählt worden war, fanden die personellen Veränderungen in der NF ihren endgültigen Niederschlag. Zum Nachfolger des von Pohl und Hupka abgesetzten 36jährigen Meinolf Schönborn ("Diese Sitzung war und ist rechtlich und erst recht moralisch ohne jegliche Bedeutung. Alle Beschlüsse dieses Treffens sind ungültig! Diese 'Sitzung' >besser Putschversuch!< war und ist illegal und somit ohne jeglich rechtliche Bedeutung!"), der dennoch bis zum NF-Verbot weiterhin mit NF-Briefkopf als Parteivorsitzender zu Veranstaltungen einlud, wurde **Andreas Siegfried Pohl** (32) gewählt. Der neue "Mehrheits"-Vorstand unter Pohl/Hupka sah von nun an wie folgt aus: **Mathias Schwier**, Minden, wurde 1., **Jürgen Dehmer**, Rhein/Neckar, 2. und **Enno Gehrmann**, Kremen, 3. Stellvertreter Pohls. **Helmut Braun**, Heidelberg, bleibt Bundeskassenwart und Steffen Hupka, Detmold, gehört dem Vorstand in der Funktion eines Beisitzers an. Die Bundeschiedskommission setzt sich aus **Axel Grunow**, **Heiner Teske** und **Lutz Bentrup** zusam-

men. Die Geschicke der NF sollte in Zukunft der erweiterte Vorstand, die sogenannte "Organisationsleitung" (OL), leiten. "Es soll und wird", so der "Aufbruch", "keinen absolut eigenverantwortlichen 'Führer' auf einsamer Höhe geben. Festgehalten wird in der Juni-Ausgabe des "Aufbruch" aber am Prinzip der Kaderpartei: "Anspruch der NF war und ist die Kaderorganisation". Gemäß einem Beschluß des Sonderparteitages wurde der Sitz der Partei von Bielefeld nach Berlin verlegt. In der letzten Ausgabe der "Revolve" (2/1992), herausgegeben von der Lüdenscheider NF-Gruppe um **Harald Th. Mehr**, findet sich ein umfangreiches Interview mit **Andreas Pohl**. Vorgestellt wird der einstige Trommler der 1982 gegründeten rechten Skin-Kultband "Kraft durch Froide" mit einigen biographischen Daten. 1979 erfolgte der Einstieg Pohls in die rechtsextreme Szene als "autonomer Aktivist in der Skin-Szene". Pohl will danach im "Umfeld der ANS bzw. JN" gearbeitet haben. Seit 1985 gehörte Pohl der NF in führender Funktion an. In holprigen Ausführungen versucht der Nationalrevolutionär in der "Revolve" das Konzept der Kaderpartei zu erklären: In Zukunft solle mehr Wert auf "eine gute Auswahl der Anwärter und strenge Aufnahmebedingungen" gelegt werden. Denn ansonsten würde die NF sich "zu einer 'Massenpartei' entwickeln und wäre eine Truppe unter vielen im 'rechten' Lager." "Die Organisationsleitung", so Pohl im Interview weiter, "entschloß sich zu personellen Veränderungen auf oberster Führungsebene. Dies führte dazu, daß auch kritisierte charakterliche und weltanschauliche Mängel, gepaart mit Gewohnheitsfunktionärstum und Machtbesessenheit zu einer Auseinandersetzung führten, die nicht mehr nur auf die oberen Ebenen der Partei beschränkt blieb." Schönborn scheint dies anders zu sehen; nicht ideologische Unterschiede führten zur Spaltung der NF, sondern unsaubere Machenschaften der Kameraden um Pohl/Hupka: "Herrn Pohl wurde sein Führerschein in Höhe von DM 2.500,- bezahlt, er fuhr mit dem Klartext-Kleinaster in 14 Tagen weit über 4.000 Kilometer, was bei einer Kilometerpauschale (ADAC-Liste) von 70 Pf= DM 2.800,- ausmacht. Und diese Summen hat Herr Pohl in weniger als zwei Monaten verbraten, ganz zu schweigen von den sonstigen Nebenkosten, die Herr Pohl in der Quellenstraße 20 verpraßt hat. Kamerad **Enno Gehrmann** (NF-Berlin) hat den Klartext-BMW (general überholt) für den Freundschaftspreis von 5.500 DM (Listenpreis DM 8.000,-) im Dezember 91 übernommen. Vertraglich hatte er sich zu Ratenzahlungen verpflichtet, bis heute, den 15. 06. 92, ist nicht eine Rate eingegangen. Herr Hupka hat vor über zwei Jahren eine komplette Computeranlage mit Drucker usw. im Gesamtwert von über DM 4.000,- erhalten, um seine Technikerarbeit und den Aufbruch schreiben zu können. Zum Dank dafür habe ich den Computer vor wenigen Wochen völlig verdreckt und komplett gelöscht zurückerhalten. Alle Daten, auch meine persönlichen Daten und sämtliche NF-Daten waren gelöscht, hier handelt es sich klar um geistigen Diebstahl!!!" (Schreibfehler im Original wurden beim Zitat korrigiert) Ohne Kommentar.

"Die Zusammenhänge erklären"

Bereits vor den Morden in Mölln sprach DER RECHTE RAND mit dem niedersächsischen Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten Jürgen Trittin (38). Er gehört zu den Initiatoren und Herausgebern des RECHTEN RANDES

RR: Die erste Frage bezieht sich auf die aktuellen Ereignisse, die Pogrome in Rostock und in anderen Städten, die nach unserer Auffassung von Neo-Faschisten vorbereitet und organisiert wurden. Greift die von der Landesregierung initiierte und unterstützte Kampagne gegen Fremdenhaß und Ausländerfeindlichkeit nicht zu kurz? Welche Maßnahmen wird die Landesregierung gegen Ausländerfeindlichkeit und rassistische Einstellungen in der Bevölkerung und gegen den organisierten Neo-Faschismus ergreifen?

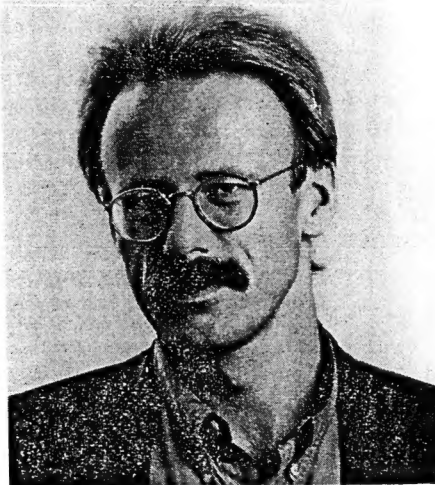
Trittin: Ich glaube, man muß sich über die Ursachen bzw. über die Vermutungen über die Ursachen auseinandersetzen. Es wird vielfach unter dem Motto, es handele sich um Deklassierte, deren Zukunftsängste in soetwas hineinprojiziert werden, gesagt, eigentlich müßte man ja dafür Verständnis haben bis dahin, daß es zu einem Jugendproblem umgelogen wird. Ich halte diese Vermutungen für mindestens unvollständig. Man muß sich fragen: woher kommt eine Grundeinstellung von Rassismus? Und die läßt sich empirisch nicht mit Perspektivlosigkeit, drohender Arbeitslosigkeit und materieller Verelendung in einem Satz beantworten.

Nach meinem Dafürhalten spielt dabei Wohlstandschauvinismus eine Rolle. Es hat in den vergangenen Jahren vonseiten der CDU, vonseiten der Bundesregierung eine Politik gegeben, die alle politischen, sozialen und ökonomischen Probleme, die sich aus diesem Umbruch in Gesamteuropa ergeben, auf diese eine Frage fokussiert hat. Wenn man fragt, was will man als erstes gegen neofaschistische, rassistische Einstellungen tun, so muß als erstes mit einer Politik aufgehört werden, die den Motiven dieser Leute verbal Recht gibt. Was die Schlägertrupps angeht, wird es ganz makaber: Antifaschisten sind über lange Zeit herumgelaufen, haben die Leute namentlich mit ihren gesamten Querverbindungen benannt. Damals ist ihnen immer gesagt worden, das ist ein harmloser Spinner und Einzeltäter. Und schließlich ist es kein Zufall, daß in Mecklenburg-Vorpommern, wenn die Rechten ein Haus abfackeln wollen, zwei Stunden Einsatzpause gemacht wird und wenn 3000 antifaschistische Demonstranten ankommen, ihnen die Feuerzeuge weggenommen werden.

RR: Gibt es denn polizeiliche Konzepte für Vorfälle in Niedersachsen?

Trittin: Das ist eigentlich eine Frage an das Innenministerium. Also, ich bin da ja kein Experte, was die Polizei und ihre Einsatzführung angeht. Schon im Zusammenhang mit Hoyerswerda wurde damit begonnen, in den Einrichtungen die das Land Niedersachsen betreibt, sicherzustellen, daß eine Rund-Um-Die-Uhr-Präsenz gewährleistet ist. Das ist eine

Auflage bei der Genehmigung. Wir haben die einzelnen Objekte über die Bezirksregierungen darauf überprüfen lassen, ob weitere Sicherungsmaßnahmen wie Bewegungsmelder notwendig sind. Es gibt mit der Polizei die Verabredung, jedes Objekt in die Bestreifung miteinzubeziehen. Das ist nie unterbrochen worden, und in Niedersachsen wird jeder Vorfall in dieser Hinsicht als besonderer Vorfall entsprechend gemeldet, gesammelt und ausgewertet. Das ist in anderen Bundesländern anders geregelt. Die Polizei ist hier jedoch hochmotiviert, doch eine hundertprozentige Sicherheit gibt es nicht in diesem Bereich, wie die 190 Straftaten 1992 in Niedersachsen belegen. Aber das Risiko für Täter ist in den Ost-Ländern geringer als in den West-Ländern.



RR: Ich will noch einmal auf die Kampagne der Landesregierung zurückkommen. Gibt es auch Elemente darin, die auf die Neonazikader hinweisen?

Trittin: Von unserem Ministerium machen wir zweierlei: wir versuchen etwas zum Hintergrund von Flucht und Zuwanderung mit Veranstaltungen, Broschüren usw. den Leuten nahezubringen und wenn neue Einrichtungen geplant sind, dann werden dort auch öffentliche Veranstaltungen mit den Bürgern gemacht. Wir müssen den Leuten, die Zusammenhänge zu erklären und demagogische Verdrehungen zurechtrücken.

Ein weiterer Ansatz ist das relativ gut ausgestattete Projekt der Ausländerbeauftragten, das sie in eigener Verantwortung macht, nämlich das "Bündnis gegen Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhaß". Das ist eine überparteiliche Veranstaltung; da sitzt auch die CDU mit am Tisch.

Es geht um die Veränderung von Alltagsbewußtsein. Empirische Befunde und Umfragen zeichnen hier ein sehr widersprüchliches Bild. Es finden sich rassistische Einstellungen kombiniert mit Bejahung von Sätzen "niemand

darf abgeschoben werden, wo ihm Folter droht". Eine rigide Abschottung wird gefordert, und auf der anderen Seite finden wir einen Rest an Humanität. Da kommen z. B. heftige Vertreter der Änderung - das ist ja faktisch die Abschaffung - des Grundrechts auf Asyl zu uns, CDU-Landtagsabgeordnete, und erzählen, daß sie einen Flüchtling in ihrer Gemeinde haben, der soll jetzt abgeschoben werden, der sei so ein netter Kerl, der arbeite beim Nachbarn, den könnt ihr doch nicht abschieben. Wegen des widersprüchlichen Bewußtseins für solche Kampagnen sehr schwierig, zu Bewußtseinsveränderungen zu kommen.

RR: Diese Kampagne appelliert aber doch eher daran, daß man mit Ausländern friedlich zusammenleben könnte. Wäre es nicht sinnvoll, gerade über die Fluchtursachen viel intensiver aufzuklären. Wenn ich das bei uns z. B. im Betrieb mit Kollegen diskutiere und schildere ihnen konkrete Fälle wie es bspw. in der Türkei für Kurden ganz konkret aussieht, dann sind sie in der Regel eher bereit, die Anwesenheit von kurdischen Flüchtlingen zu akzeptieren.

Trittin: Das haben wir mit den Bosniern jetzt auch erlebt. Die Bosnier sind deswegen aufgenommen worden, weil die Fluchtursachen unmittelbar begreifbar waren. Deswegen sind die, die aus Ex-Jugoslawien kommen, weniger umstritten als etwa die Rumänen. Über sie gibt es kaum Berichte im Fernsehen. Das muß man immer mitbedenken; wir bewegen uns in einer Medienwelt, die für Realität gehalten wird.

RR: Was die Aufklärungsarbeit betrifft. Mir ist in zahlreichen Bildungsseminaren aufgefallen, daß es sehr wenig Kenntnisse über die Geschichte des organisierten Neo-Faschismus gibt. Für die meisten fängt der Neo-Faschismus mit den Wahlerfolgen der "Republikaner" in Berlin 1989 an, was es vorher gegeben hat, daran können sich viele nicht erinnern.

Trittin: Das stimmt. Die Kontinuität in den Einstellungen, wie sie beispielsweise die Shell- und die Sinus-Studie gezeigt haben, ist nicht Neues. Die "Landeszentrale für politische Bildung" hat zusammen mit Leuten aus der Flüchtlingsarbeit versucht, über die Fluchtursachen zu informieren. Man kann das in Grenzen tun, aber häufiger entscheidet dann eine Tagesnachricht über eine Einstellung. So haben wir im letzten Jahr nach Hoyerswerda auch eine gegenläufige Reaktion gehabt. Plötzlich war Ausländerfeindlichkeit nicht "in".

RR: Gibt es ähnliche Tendenzen auch jetzt?

Trittin: Zur Zeit sehe ich das nicht, weil vielfach offenes Verständnis für all diese Umtriebe bei der etablierten Politik demonstriert wird.

RR: Ist es nicht sogar eine inhaltliche Bestätigung?

Trittin: Ja, die fühlen sich bestätigt. Wenn sie Steine schmeißen und Bundesinnenminister Seiders stellt sich hin und sagt, das Grundrecht auf Asyl müsse abgeschafft werden, dann glauben die Steinwerfer, sie seien im Recht.

RR: Die Organisatoren der Pogrome, die wollen nicht nur die "Asylanten" totschiessen, die wollen gesellschaftliche Macht.

Trittin: Ja, die Randalierer und ihre Claqueure wollen eine andere Gesellschaft. Nicht alle haben ein geschlossenes faschistisches oder faschistoides Gesellschaftsbild, aber sie wollen ihren Haß ausleben.

RR: Uns ist aufgefallen, daß gerade auf der mittleren Funktionärebene nicht "orientierungslose" Jugendliche oder Arbeitslose oder gar "Prollies" engagiert sind, sondern sich eher der gehobene Mittelstand aktiviert und organisiert und mit geballter Energie seine Politik durchsetzen will. Es handelt sich um Söhne, die irgendwann die Villa ihres Papas erben, wenn wir uns einige Funktionäre aus dem Nordwesten Niedersachsens anschauen. Denen geht es im Prinzip bestens.

Trittin: Es gibt diese populäre Scheinerklärung - so muß man das sagen - die darauf hinauslaufen, das seien alles so arme Schweine - Unterprivilegierte. Ich halte das für völlig falsch, wenn ich mir den organisatorischen Unterbau von denen anschauen. Ich halte auch Erklärungen für Unsinn, neonazistische Einstellungen in Potenzkonkurrenz mit türkischen Jugendlichen begründet, wie das im SPIEGEL zu lesen war. Ebenso lehne ich Modelle ab, die - etwas wissenschaftlicher - von Jugendforschern aufgestellt werden, wonach die Entwicklung der Produktivkräfte und der damit einhergehende Zerfall der Kleinfamilie und mangelnde mütterliche Zuwendung diese armen Bengels dazu veranlassen, andere totzuschlagen. Das wird den Ideologen und den Organisatoren in keiner Weise gerecht.

RR: Wir wollen jetzt einmal auf einen weiteren organisatorischen Hintergrund zu sprechen kommen, auf die Revanchistenverbände. Sie sind schon selber aktiv gegen die vorgegangen. Diese Verbände werden meistens nicht genannt, wenn es um die aktuellen Geschehnisse geht. Es gibt aber durchaus Belege dafür, daß z.B. der Bund der Vertriebenen in Bonn zumindest den militanten Neo-Faschisten Räumlichkeiten und Infrastrukturen zur Verfügung gestellt hat. Ich habe das für einen sehr wichtigen Schritt gehalten, solchen Verbänden die Mittel zu streichen. Es handelt sich da jährlich um Millionenbeträge, die AntifaschistInnen in der Regel nicht zur Verfügung stehen.

Trittin: Wir haben bei den Koalitionsvereinbarungen gesagt, eine Förderung von revanchistischen Verbänden, zu denen wir den BdV sowie kleinere Kulturwerke zählen, findet nicht statt. Wir haben auf der anderen Seite die Notwendigkeit, die sich aus dem Paragraphen 96 des immer noch geltenden Bundesvertrie-

benengesetzes ergibt, daß die Länder und der Bund die Förderung der Kultur aus den Vertreibungsgebieten betreiben müssen. Wir haben daraus ein neues Konzept entwickelt. Wir fördern aus diesen Mitteln die deutsch-polnische Aussöhnung. Wir haben Projekte, die in Polen festgelegt werden, so z.B. den jüdischen Friedhof in Wroclaw, der in seinem Bestand als Kulturgut erhalten wird. Wir haben gleichzeitig die Vergaberichtlinien für den daneben noch existierenden "Kulturpreis Schlesien" so geändert, daß nun auch diese Zweckbestimmung in den Vordergrund gestellt wird und damit auch Leute gefördert werden, die auf eine nicht separatistische Versöhnung und interkulturellen Dialog setzende Politik der Deutschen und Polen orientiert sind.

RR: Darf ich einmal eine These wagen zu dem was da im Augenblick abläuft: Wenn man sich einmal anschaut, wo die militanten Anschläge stattfinden, so kann man eine Häufung in der Nähe zur polnischen Grenze beobachten. Wenn man weiß, daß gleichzeitig so "renommierte" Organisationen wie der "Verein für das Deutschtum im Ausland" (VDA) eine Menge Gelder dafür bekommen, um für die "deutsche Kultur" in Polen zu arbeiten. Könnte das nicht einmal Hand in Hand gehen, so daß das Herausbilden eines "deutschen Bewußtseins" in Polen, sowie diese Pogromgeschichten dort Unruhe- und Aufstandssituationen provozieren. Auch wenn die Bundesregierung die Oder-Neiße-Grenze anerkannt hat, so ist die Grenzfrage für die Neo-Faschisten nicht geklärt. Man kann Positionen auch langfristig aufweichen.

Trittin: Den "Verein für das Deutschtum im Ausland" würde ich trotz seines schrecklichen Namens nicht in so eine Reihe stellen. Ich kenne die Tätigkeiten dieses Vereins nicht aus Polen, sondern aus dem Bereich der GUS. Die Rolle dieses Verbandes in der GUS besteht darin, die Deutschen zu beruhigen, damit sie nicht so schnell kommen, obwohl er durch seine Informationsarbeit oft ungewollt das gerade Gegenteil bewirkt. Es gibt ein Beispiel, daß in einer Region der GUS die Deutschen bleiben wollten, nach dem Einsatz der Bleibehilfe umgehend 1/4 der Deutschstämmigen einen Aufnahmeantrag gestellt hat.

RR: Es gab ja noch die Sache mit der Landsmannschaft Schlesien, die durch die Presse ging. Es hieß, die Landsmannschaft habe eventuell Gelder veruntreut bzw. für Zwecke verwendet, die nicht den Vergabebedingungen entsprachen. Über das Ergebnis der Untersuchung, die daraufhin eingeleitet worden ist, wurde nichts in der Öffentlichkeit bekannt.

Trittin: Es hat einen Bericht des Landesrechnungshofes gegeben, wonach es einen Vorgriff und dann eine andere Verwendung der von der Landsmannschaft Schlesien beantragten Mittel gegeben hat. Wir haben den Bericht des Landesrechnungshofes nachgeprüft, der z.T. unsere Vorwürfe gegen die Landsmannschaft bestätigt hat. Es handelte sich um die Schleiertreffen, dafür gibt es von Niedersachsen jetzt auch kein Geld mehr. Die sind aber gar nicht auf unsere Gelder angewiesen, weil die das alles vom Bund bekommen. Die haben

heute auch ohne das Geld von Niedersachsen so viel Geld wie nie.

RR: In der Zeit der Albrecht-Regierung hat es eine ganze Reihe von unaufgeklärten Fällen gegeben, in denen AntifaschistInnen eine Verwicklung zwischen staatlichen Institutionen und Rechtsextremen vermuteten bzw. in einigen Fällen belegen konnten. Als Fraktions-sprecher der GRÜNEN waren Sie einer der wenigen Parlamentarier, die eine rückhaltlose Aufklärung forderten. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung ergriffen bzw. denkt sie zu ergreifen, um die Hintergründe z.B. für die Fälle "Gottwald", "Lepzien" oder "Lembke" aufzudecken?

Trittin: Es gibt keinen speziellen Untersuchungsauftrag, um diese Fälle aufzuklären. Ich weiß auch nicht, was man da noch aufklären kann. Ich nehme an, was "Lepzien" betrifft, ist alles bekannt, die Ermittlungen zu Lembke sind abgeschlossen. Das Problem ist ein anderes: nämlich auf den Geheimdienst einzuwirken und ihn zu reduzieren. Da sind erhebliche Anstrengungen unternommen worden. Gerade im operativen Bereich hat der Verfassungsschutz drastisch abgespeckt. Der Einsatz von verdeckten Ermittlern und V-Leuten wurde an Voraussetzungen gebunden, die die Tätigkeiten von agents provocateurs de jure ausschließen und einen Kontrollmechanismus in Form der parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) installiert. Ich persönlich bin nach wie vor der Meinung, daß es, solange es Geheimdienste gibt, auch Mißbrauch geben kann.

Für den Rechten Rand (RR) führten das Gespräch Klaus Harbart und Raimund Hethey

Ex-Oberstleutnant der Bundeswehr organisiert Republikaner

Der Bundeswehr-Oberstleutnant a.D. Udo Bösch ist neuer hauptamtlicher Organisator der rechtsradikalen Republikaner. Er will vor allem die Struktur der Partei in Ostdeutschland verbessern und die Unterwanderung der Republikaner durch extremistische Kräfte verhindern, sagte Bösch am Montag vor Journalisten in Bonn.

Nach eigenen Angaben war Bösch 23 Jahre lang Stabsoffizier der Bundeswehr und dabei einige Jahre auch für den Bundesnachrichtendienst tätig. 1987 sei er bei der besonderen Frühpensionierungsaktion der Bundeswehr in den Ruhestand versetzt worden. Im selben Jahr sei er nach 22-jähriger Mitgliedschaft aus der CDU ausgetreten. Den Republikanern sei er erst im Frühjahr 1992 beigetreten.

Die Zahl der Mitglieder der rechtsradikalen Partei gab deren Chef Franz Schönhuber mit 23.000 an. Bis Jahresende erwarte er einen Anstieg auf 24.000. Damit wären die Rechtsradikalen fast wieder an ihrem Ende der achtziger Jahre verzeichneten bisherigen Höchststand von 25.000 angelangt.

Sönke Braasch

Skinheads und ihre Musik

"Schöne Welt"

Rechtsextreme Skinheads und mit ihnen Musikgruppen sowie Publikationen, sogenannte "Skinzines", blieben von der Öffentlichkeit und staatlichen Institutionen lange Zeit weitgehend unbeachtet. Man billigte den Skins den unpolitischen Status einer jugendlichen Subkultur zu. Noch in dem im vergangenen Jahr veröffentlichten Verfassungsschutzbericht für das Jahr 1990 fand lediglich ein Skinzine namens "White Power" aus dem Umfeld der neonazistischen "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) Erwähnung. Musikgruppen der rechten Skinhead-Szene fanden überhaupt keinen Eingang in den jährlichen Bericht. Ende 1991 vollzog sich ein später Wandel.

Die Verfassungsschutzbehörden der Länder Baden-Württemberg und Niedersachsen legten Broschüren zum Thema Skinheads vor. Im Herbst dieses Jahres verstärkte sich die Diskussion über Brisanz und Umgang mit den rechten Glatzköpfen. Weitere Indizierung von Musiktiteln und strafrechtliche Verfolgung antisemitischer und rassistischer Texte stehen an.

Gegen die rechtsextremistische Skin-Band "Tonstörung" aus dem Raum Mannheim laufen zwei Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß sowie Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Die örtliche Jüdische Gemeinde erstattete Strafanzeige gegen die antisemitischen Mißtöne von "Tonstörung". Mit Unterbrechungen und Umbesetzungen besteht die Band seit Mitte 1988. Zwei Jahre später nimmt die Musikgruppe ein sogenanntes "Demo-Tape" sowie eine Platte mit dem Titel "Schöne Welt" auf. Im Mai 1991 spielen "Tonstörung" bei einem Konzert im österreichischen Bregenz neben Stücken wie "White Power", "Free My Land" und "Berlin" auch das "Horst-Wessel-Lied". Am 24. April dieses Jahres treten "Tonstörung" bei einem Benefiz-Konzert zugunsten des aus der Bundesrepublik ausgewiesenen niedersächsischen FAP-Landesvorsitzenden, **Karl Polacek** (58), auf. In Wernigerode/Harz (Thüringen) spielen neben der "besten Band aus Deutschland", so urteilt das Skinzine "Schlachtruf" im Frühjahr 1992 über die Mannheimer Combo, auch "Stuka", "Kraftschlag" und "Commando Pernod" auf. In einem Interview in dem ultrarechten Skinzine - dieses Substantiv leitet sich aus dem englischen Skin-Magazine ab - "Endsiege" machen der Schlagzeuger und der Sänger der Band "Tonstörung" keinen Hehl aus ihrer Gesinnung. Sänger **Muncke** bezeichnet sich als "Sozialist und Nationalist (Nationalrevolutionär)", Trommler **Eichler** nimmt für sich in Anspruch, ein "Patriot" zu sein. Obgleich in einem anderen Interview mit dem rechten Skinzine "The New Breed" (Die neue Saat) aus Burscheid im Frühjahr 1991 "Tonstörung" auf die Frage nach politischen Aktivitäten recht ausweichend antwortet - "Wir gehen manchmal zur NF, aber Mitglied in einer Partei ist niemand" - soll Muncke sich im privaten Ge-

spräch offen zur Mitgliedschaft in der jüngst verbotenen "Nationalistischen Front" bekennen. Im November 1992 fängt die Polizei einen gecharterten Reisebus der "Tonstörung" bei der Abfahrt ab. Geplant ist für den Tag ursprünglich ein Gig in Leipzig.

Erhältlich sind Tonträger wie "Schöne Welt" im einschlägigen Versandhandel und in Plat-

Postfach 458, A-1171 Wien++Am 30. April fand im mitteldeutschen Wernigerode ein Solidaritätstag für den nach Österreich abgeschobenen Karl Polacek statt. Zum Tanze spielten die Bands auf ohne einen Pfennig »Gage« zu verlangen. »Stuka«, »Kraftschlag«, »Tonstörung« und (man höre & staune) »Commando Pernod« spielte nach fast schon einer Ewigkeit wieder live. Leider hatte die vorhandene Verstärkeranlage etwas gelitten, so daß von dem Gebotenen meist nicht mehr als ein derber Krach ausging. Einzige Ausnahmen waren »Tonstörung« bei denen im Laufe des Austritts richtige Stimmung aufkam. Zu guter Letzt war, dann CP aus Hamburg dran, wer

Gefunden in "Frontal" Nr.:4/92

tenläden in der ganzen Bundesrepublik. Beispielsweise bietet **Andreas Gängel** (22), jüngst wegen Volksverhetzung verurteiltes ehemaliges Mitglied der "Nationalistischen Front", bereits seit 1991 das nun inkriminierte Demo-Tape der Mannheimer "Tonstörung" in seinem "Endsiege Versand" (ESV) an. Vertrieben werden Musik, T-Shirts und andere Devotionalien der Skinszene auch vom "Querschläger"-Versand-Werbeslogan: "Deutsche Skins. Kurze Haare, radikal, sozialistisch, national" - in Essen. In den späten 80er Jahren gehört das gleichnamige "Querschläger"-Skinzine ("Pressefreiheit gegen Meinungseinfalt") zu den Kultblättern der rechten Skin-Szene. Der "Querschläger" wandelt sich in den Jahren seines Bestehens von einem bloßen Mitteilungsblatt des Essener Kreisverbandes der "FAP" zu einem bundesweit vertriebenen Skinzine. 1991 wird das Erscheinen des "Querschläger" eingestellt. Statt dessen erscheint nun in Nachfolge das "Ketzerblatt

FRONTAL". Besondere Bedeutung haben Plattenlabels und Vertriebe wie "Rock-O-Rama" aus Brühl bei Köln, "White Power", "Skull Records", "Walzwerk" (dahinter verbergen sich zwei Musiker der Oi-Skin-Band "Boots & Braces"), "Turbo Music" (Geislingen/Baden-Württemberg) und "Rebelles Européens", Brest/Frankreich. Macher von "Rock-O-Rama" ist **Herbert Egoldt**, dem auch Verbindungen zu NPD, "Stahlhelm - Kampfband für Europa" und FAP nachgesagt werden. Eine Strafanzeige gegen Egoldt wegen des Verdachts der Volksverhetzung und Gewaltverherrlichung aus dem Jahre 1986 wurde kurzerhand eingestellt.

Andere rechte Skin-Bands tragen Namen wie "Radikahl", "Werwolf" ("Als Anlehnung an die Widerstandskämpfer haben wir den Namen eigentlich nicht gewählt. Er ist uns halt einfach so eingefallen"), "Stuka", "Endstufe", "Wotan", "Sperrzone" (Wiesenbach bei Heidelberg) und "Oberste Heeresleitung". "Radikahl" aus Nürnberg begann 1989 unter dem Namen "Giftgas". Ein Skinzine erscheint dort unter dem gleichen Namen, denn "Band und Zine bilden in Nürnberg eine Einheit". Bayerischer Landesvorsitzender der neonazistischen "Nationalen Offensive" von **Michael Swierczek** (31) ist der ehemalige Gitarrist von "Kruppstahl". Die Combo fiel Ende der 80er Jahre auseinander, als die eine Hälfte des Quartetts eine Haftstrafe wegen eines Raubüberfalls antreten mußte. "Volkszorn" stammt aus dem Umfeld der hessischen FAP. Zeitweiliger Manager und Sänger der Truppe ist der bereits erwähnte **Andreas Gängel** aus dem nordbadischen Bruchsal. Sänger und Gitarrist **Ronald "Ronny" Haser** zählt zu den Freunden des hessischen FAP-Landesvorsitzenden **Manfred Girr**. Betitelt sind die beiden Demo-Tapes von "Volkszorn" bezeichnenderweise mit "Ali" und "Blut & Ehre". Der Band "Die wahre Pracht" verleiht die Stimme des Neonazis **Dieter "Miesling" Riefling** den rechten Ausdruck. Daneben tut sich der gelernte Bäcker und überzeugte Antisemit **Riefling** (24) noch als Funktionär der lokalen FAP-Abspaltung "Ruhrfront" und als Macher des Skinzines "Der Aktivist" hervor. Höhepunkt seines künstlerischen Schaffens ist seine Rolle als Mikrofon-Ständer bei einem der "Skrewdriver"-Konzerte.

Prominenteste deutschsprachige Band der rechtsextremen Skinszene ist die 1988 gegründete "Störkraft". Manager dieses Trios ist das ehemalige FAP-Mitglied **Torsten Lemmer** (23), Fraktionsgeschäftsführer der "Freien Wählergemeinschaft" (FWG) Düsseldorf. Die zweiköpfige Fraktion ist eine Abspaltung der "Republikaner". Der alerte Band-Manager **Lemmer** tritt bisweilen - gemeinsam mit Sänger **Jörg Petrich** (23) - im Fernsehen auf. Die rhetorische Distanzierung von rechtsextremen Skinheads bleibt dabei völlig unglaubwürdig. In dem Lied "Söldner" von "Störkraft" beispielsweise heißt es ganz direkt: "Er ist ein Söldner und Faschist, er ist ein Mörder und Sadist, er hat keine Freunde, er liebt uns nicht, ein Menschenleben interessiert ihn nicht, er hat keine Seele und keinen Verstand, er hat keine Herkunft, man hat ihn verbannt. Er ist ein Skinhead und Faschist, er hat eine Glatze

und ist Rassist, Moral und Herz besitzt er nicht, Haß und Gewalt zeichnen sein Gesicht, er liebt den Krieg und liebt die Gewalt, und bist du dein Feind, dann macht er dich kalt." Ein für den 9. November von der "Deutschen Liga für Volk und Heimat" geplanter Auftritt der "Störkraft" in Köln unter dem Motto "Rock für Deutschland" wird kurzfristig abgesagt. Das aktuelle Album "Mann für Mann" der Band wird im November durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften indiziert: "Der Inhalt der Platte wirkt auf Jugendliche verrohend, reizt zur Gewalttätigkeit und Rassenhaß an und vertritt nationalsozialistisches Ideengut." Nach Angaben von "Europa Vorn", neurechtes Organ des Kölner "Deutschen Liga"-Funktionärs **Manfred Rouhs** (27), wurden bislang 60.000 Exemplare des Albums "Mann für Mann" abgesetzt. Im November werden weitere Aufnahmen der rechten Mu-

sche Boneheads sehen in den "Onkelz" Verräter. In "Proißens Gloria", einem Berliner FAP-Skinzine, resümiert 1991 ein glatzköpfiger Konzertbesucher: "Einmal ONKELZ live reichen mir zu Genüge, da sie eben doch nicht mehr das sind, was sie einmal waren und hoite leugnen." Doch hört man "neben den noien Liedern auch gute alte Stücke aus der wunderbaren Zeit wie 'Netter Mann', 'Mexico' und einige andere goile Teile." Und so dienen Konzerte der "Böhsen Onkelz" weiterhin dem rechtsextremen Stelldichein. Dem Anspruch einer völlig unpolitischen Heavy-Metal-Band zum Trotz. Zahlreiche Kahlrasierte mit schwarzen Springerstiefeln, Bomberjacke und rechter Gesinnung finden zu den Auftritten der "Böhsen Onkelz". Emporgereckte rechte Arme und nationalistische Parolen sind im Umfeld der Konzerte üblich. Verbote von Konzerten wie im Rahmen der "Heilige-Lie-

ben. Du wirst kämpfen und wirst siegen. Du wirst diese Schweine killen killen killen."

Daß es auch anders geht, zeigt die S.H.A.R.P.-Bewegung. Unter der Parole "SkinHeads Against Racial Prejudice" versammeln sich antirassistische und teilweise auch politisch links stehende Skins, die Redskins. Verbunden mit diesen Ideen fühlen sich Bands wie "No Sports" aus Stuttgart. In ihrem Song "Stay Rude - Stay Rebel" heißt es: "Stay rude against the fascist regimes. Stay rebel against politicians' dreams. Stay rude and fight back against injustice. Stay rebel against racial prejudice." Und am Ende des Textes fordert die Ska-Band: "SKINHEADS remember your roots. Think with your brain and not with your boots. Stay rude - stay rebel. Stay rebel - stay S.H.A.R.P."

Tongstörung



Schöne Welt

Journalismus

Eine ganze Seite widmete die November-Ausgabe der rechten Zeitschrift "Junge Freiheit" (JF, siehe auch DRR 18) einem Interview mit dem Mitglied der IG Metall-Grundsatzkommission Wolfgang Kowalsky. Kowalsky, der bis vor kurzem als wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Otto-Suhr-Institut in Berlin tätig war und das umstrittene Buch "Rechtsaußen und die verfehlten Strategien der Linken" veröffentlicht hat, hatte den Abdruck des Interviews ausdrücklich untersagt. Dennoch veröffentlichte es die JF unter der Überschrift "Die Linke muß ihr Verhältnis zur Nation überdenken" und "Der Antifaschismus als Strategie gegen die Rechte ist gescheitert".

Prinzipiell hält Kowalsky jedoch ein Interview in einem Blatt wie der Jungen Freiheit, der der STERN eine "Scharnierfunktion" im rechten Lager zumißt, für unproblematisch. Eine Aufwertung des Blattes sei damit nicht verbunden.

Eine Besprechung des Kowalsky-Buches, das das Interesse der rechtsextremen Publizistik geweckt und auch zu Kontroversen auf dem letzten IGM-Gewerkschaftstag geführt hat, werden wir im nächsten Rechten Rand veröffentlichen.

Der "Hakenkreuz"-Song der rechtsextremen Skin-Band "Radikahl" beschäftigt Staatsanwaltschaft und Gerichte. Die Staatsanwaltschaft wirft Mitgliedern der Band das "Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen" vor und will diese deshalb vor die Staatsschutzkammer des Landgerichts bringen. Das Gesetz sieht für das Delikt eine Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder eine Geldstrafe vor. Im inkriminierten Song jubelt die Skin-Band: "... wehend auf alten deutschen Fahnen/führst du mich auf rechte Bahnen/für mich gilt es auch noch heut/Rasse, Stolz und Hakenkreuz." A.M.

sikszene indiziert. Der "Hakenkreuz"-Song der Nürnberger "Radikahl" gehört dazu.

Unbestrittener Star aller rechten Skin-Bands sind "Skrewdriver" um ihren 33jährigen Chef **Ian Stuart Donaldson** aus England. Konzerte dieser Fascho-Kombo ziehen seit 1977 in ganz Europa die größten Massen an. Auftritte vor einigen tausend begeisterten Zuhörern sind keine Seltenheit. Zu "Skrewdriver" (Schraubenzieher) gehört mit "Blood and Honour" (Blut und Ehre) ein internationales Netzwerk an regelmäßigen Aktivitäten ("Rock Against Communism"), Bands und Magazinen. Ian Stuart Donaldson, der "Skrewdriver" zuerst in die ideologische und organisatorische Nähe der neonazistischen "National Front" führte, ist mittlerweile auf die Selbständigkeit von "Blood and Honour" bedacht.

Umstritten sind in der augenblicklichen Diskussion auch die "Böhsen Onkelz" aus Frankfurt. Mit ihrer aktuellen Veröffentlichung "Heilige Lieder" erreicht das Quartett um **Stephan Weidner** vordere Plazierungen in den deutschen LP-Charts. Eine Viertel Million Langspielplatten und CD sollen von den "Heiligen Liedern" bislang verkauft worden sein. Produziert wird die Band nach dem Wechsel von "Rock-O-Rama" zur renommierten Plattenfirma Bellaphon unter erstklassigen Bedingungen. Die jüngsten Texte sind unverfänglich, die Promotion ausreichend. Auf ihre Vergangenheit angesprochen, reagieren die "Böhsen Onkelz" unwillig. Denn in den 80er Jahren waren die "Onkelz" die Nummer 1 unter allen rechten Bands in der Bundesrepublik. Aufnahmen aus dieser Zeit, insbesondere das am 15. August 1986 indizierte Album "Der nette Mann", sind heute begehrte und hoch gehandelte Raritäten bei Hooligans und Fascho-Glatzen ("Verkaufe Onkelz-LP 'Der nette Mann' gegen Höchstgebot"). Viele neonazisti-

der-Tour 92" in Rendsburg und in Darmstadt sind die Folge.

Eine andere Kult-Band aus vergangenen Tagen ist "Kraft durch Froide" (KdF) aus West-Berlin. Prominentestes Mitglied von KdF stellt **Andreas Siegfried Pohl** (32) dar. Als "Pole" nimmt er damals den Platz am Schlagzeug ein. Die Band zerfällt 1987, ein Jahr später steigt Pohl endgültig aus der Skinszene aus. "Zu ehemaligen Mitgliedern habe ich so gut wie keinen Kontakt mehr. Sie sind entweder 'normal' geworden", so Pohl in einem Interview im "Endsiege", "oder haben sich dem Suff ergeben." Über drei Seiten hinweg kann sich der langjährige führende Funktionär der neonazistischen "Nationalistischen Front" im Blatt seines Parteigenossen Andreas Gängel über Vergangenheit und Gegenwart auslassen. Zur Skinmusik-Szene weiß Pohl: "Leider fehlt den meisten Gruppen ein eigenes Profil, einfallslose Namen, und endlose Onkelz-Kopien erscheinen auf der Szene. Ich möchte nicht den Anspruch erheben, daß die Texte von KdF immer besonders gut waren, aber jede Art von Musik muß sich weiterentwickeln." Die Qualität der Texte von KdF kann mit sexistisch und rechtsextremistisch beschrieben werden. In dem Lied "OPTIMIST!!!!!" heißt es: "Sie sagen uns wir sind Verbrecher. Sie sagen uns wir haben Schuld. Sie nennen uns Mörder. Sie nennen uns Schlächter. Ich bin stolz ein Deutscher zu sein. Ich bin stolz ein Skinhead zu sein." Oder in "Dein Kampf!!!" lautet die dritte Strophe: "Du bist anders als die Andern, denn Du hast Dich kahl rasiert, schwere Stiefel, tätowiert. Du hast Deinen Weg gewählt, ohne Kompromisse bis zur letzten Konsequenz. Du wirst kämpfen für Dein Recht für ein besseres Leben. Mach die Zukunft lebenswert oder Du wirst sterben!!" Im Refrain tönt es dann dumpf: "Skinhead heißt der Weg, den Du wählst. Er gibt Dir die Kraft zum Überle-

Winfried Holzinger

...sie haben keine Ahnung vom Leben

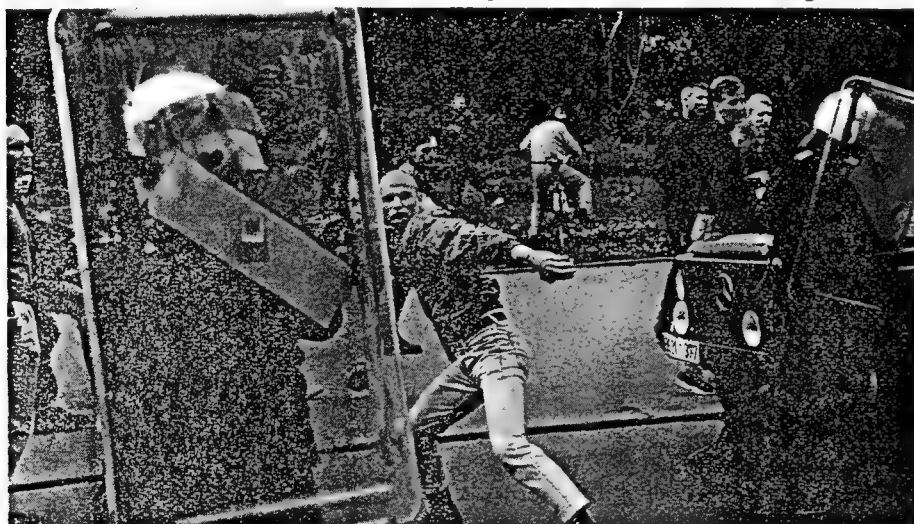
So endet ein Text von Klaus Eilers, der als "Übersetzter Brief eines afrikanischen Asylbewerbers an seine in Nigeria lebende Ehefrau" unter dem Thema "Asyl in Deutschland" in der Zeitung "Deutsche Polizei" im Landesjournal Bremen der "Gewerkschaft der Polizei" (GDP) als Leserbrief in der Oktober-Ausgabe 1992 erschienen war. Es handelt sich hierbei um eine Zeitung, die als Gewerkschaftszeitung innerhalb der Polizei vertrieben und gelesen wird.

Dieser veröffentlichte Brief vereinigt alle rassistischen Stereotypen, die hier insbesondere für Schwarzafrikaner als Flüchtlinge im Umlauf sind. Damit konstruiert der Verfasser den Prototyp eines afrikanischen Flüchtlings. Eine Klassifizierung des Flüchtlings nach Qualitätskategorien vermitteln den Eindruck, daß Nichteuropäer als minderwertig eingestuft werden. Der Text vermittelt dem Leser, daß durch falsche Namensnennungen faktisch alle Asylbewerber mehrfach Asylanträge stellen und Sozialhilfebetrüger sind. In der Beschreibung der Unterbringungs- und Verpflegungssituation und des subjektiven Befindens des Flüchtlings werden sie als anspruchlose Personen behandelt. Mit der These vom "Paradies-Deutschland" und dem in Luxus lebenden

Mit dem Hinweis auf den bösen Medizinmann wird für den kundigen Leser schnell der Bezug zu den Vorwürfen gegen die Bremer Polizei von April 1992 hergestellt. Damals spritzten Bremer Polizeiärzte Schwarzafrikanern das Brechmittel "Apomorphin", weil diese im Verdacht standen, Drogenpäckchen verschluckt zu haben. In diesem Zusammenhang gab es auch Vorwürfe von Mißhandlungen und Schikanen u.a. gegen Schwarzafrikaner. Anstatt nun die Vorfälle und Verdächtigungen kritisch zu prüfen und inhaltlich zu diskutieren, versucht der Schreiber mit diesem Text nun noch nachträglich diese Vorgehensweisen zu rechtfertigen, indem er hiermit Schwarzafrikaner generell als Kriminelle an den Pranger stellt. Mit Vorurteilen, Verallgemeinerun-

einigen Kollegen in Hamburg nicht, einen Artikel mit ihrer Kritik am Hamburger Kessel kurz danach in der GDP-Zeitung abgedruckt zu bekommen. Noch erstaunlicher ist es jedoch, daß dieser Brief zu keiner abgedruckten Empörung innerhalb der Polizei geführt hat. Am 27. Okt. 1992 wurde von Mitgliedern verschiedener Gruppierungen und Gewerkschaften (z.B. IG Metall, GEW, ÖTV) bei der Staatsanwaltschaft in Bremen Strafantrag wegen Volksverhetzung und Beleidigung gegen den Verfasser, dem verantwortlichen Redakteur und der GDP gestellt. Dieses Verfahren wurde am 23. Nov. 1992 durch den leitenden Oberstaatsanwalt von Bock und Polach eingestellt, da eine Straftat nach dortiger Meinung nicht vorliegt. So wird begründet, daß der vorliegende Artikel sich nicht gegen "Teile der Bevölkerung" richtet, also auch nicht gegen die Asylbewerber aus Nigeria. Vielmehr beschreibt der fiktive Josef, so die Staatsanwaltschaft, "Einstellungen und Handlungsweisen, die nach dem Text zunächst allein ihn betreffen. Der Text und auch der Kontext lassen nicht erkennen, daß mit diesem Brief alle Asylbewerber gekennzeichnet werden sollten, weshalb es unzulässig ist, zum Nachteil des Autors des fiktiven Briefes diese Verallgemeinerung zu unterstellen." Eine Strafverfolgung wegen Beleidigung entfiel, weil unter den Strafantragstellern kein Nigerianer und damit kein Antragsberechtigter war.

Die Verbreitung solcher Texte bzw. Briefe mit rassistischem Inhalt innerhalb der Polizei waren keine Seltenheit. So erschien z. B. in der Zeitung "Bereitschaftspolizei - heute", Heft 5/82, in Schleswig-Holstein, ein ähnlicher Artikel. Bei solchen Einstellungen von Polizisten war es dann auch nicht verwunderlich, als von einem Beamten des 8. Polizeireviere in Frankfurt a. M. im Oktober 1992 Briefe an Bewohner eines Sozialwohnungsblocks zugestellt wurden, in dem zur Beobachtung von "illegalen Ausländern" aufgerufen wurde. Dieser Brief wurde in diesem Zusammenhang nur an Personen mit deutsch klingendem Namen verschickt. Nachdem dieses Verhalten öffentlich bekannt wurde, erklärte der Polizeisprecher hierzu, "daß der Beamte hier eine mangelnde Sensibilität an den Tag gelegt hat." Dabei erklärte er weiterhin, "daß es sicherlich nicht in Ordnung sei, daß der Beamte den ausländischen Mietern dieses Hauses keinen solchen Brief zugestellt habe." Auch im Landratsamt von Lindau/Bodensee war ein Text, hier ein Gedicht, mit ausländerfeindlichem Inhalt aufgetaucht und kursierte dort im Nov. 1992 eine geraume Zeit. Das Pamphlet, in dem es u. a. heißt: "Herr Asylbetrüger, na wie gehts? Oh ganz gut, bring Deutschen Aids", war sogar in einem Raum im Sozialamt dieser Behörde aufgehängt. Auch im Raum Augs-



Ein häufiges Bild: Die Polizei in Frontstellung gegen AntifaschistInnen schützt Neonazis; hier bei einem FAP-Aufmarsch am 1. Mai in Berlin

Flüchtling soll der Sozialneid geschürt werden. Dieses Motiv begleitet den ganzen Text. Dazu muß auch z.B. die Gesundheitsversorgung, bei der es sich eigentlich um ein Menschenrecht handelt, herhalten. Mit der Aufzählung krimineller Taten soll dem Leser vermittelt werden, daß diese alle typisch für afrikanische Flüchtlinge sind. Diese Aufzählung beginnt beim Schwarzfahren und endet beim Drogenhandel und macht insgesamt die afrikanischen Flüchtlinge zu Hochkriminellen, die plündernd durch die City ziehen. Mit der besonderen Herausstellung der unentgeltlichen Benutzung der Straßenbahn wird so nebenbei eine Beziehung zur Hautfarbe hergestellt. Der Übergang zur Beschreibung und die Heraushebung der Bekleidung läßt den Eindruck entstehen, daß Flüchtlinge kein Anrecht auf eine vernünftige Kleidung hätten. Diese so in diesem Text herausgestellten Eigenarten sollen nicht nur Sozialneid aufkommen lassen, sie verkörpern auch eine Stimmungslage von paranoidem Rassismus.

gen und rassistischen Stereotypen entwickelt der Verfasser ein Klima von Verdächtigungen und ein Mißtrauen gegen bestimmte Bevölkerungsgruppen, hier insbesondere gegen den genannten Personenkreis. Diese Diffamierungen setzt er einer sogenannten "Hetzkampagne" im April 1992 gegen die Polizei in Bremen entgegen.

Der Text spiegelt typische Feindbilder wider, die einer geistigen Kasernierung entstammen und durch Corpsgeist am Leben erhalten werden. Der Text zeigt Denkstrukturen auf, in denen zu erkennen ist, inwieweit es Übereinstimmungen zu Grundpositionen mit rechtsextremistischen Parteien gibt, die zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit innerhalb der Polizei beitragen bzw. führen können. Es ist dabei erstaunlich, daß solch ein Text so unkritisch in einer Gewerkschaftszeitung übernommen wurde, insbesondere auch deshalb, wenn bekannt ist, wie schwer es ist, kritische Texte in dieser Zeitung einzubringen. So gelang es z.B.

burg waren Flugblätter mit rassistischem Inhalt in Behörden aufgetaucht.

Gerade solche Denkstrukturen, wie sie in dem fiktiven Brief wiedergegeben wurden und die kritiklose Kenntnisnahme dieses Inhaltes, tragen dazu bei, daß sich Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in unserer Gesellschaft entwickelt und hoffähig wird. Hier steht die Polizei in einer besonderen Verantwortung, denn Fremdenfeindlichkeit und rassistische Grundüberzeugungen verhindern, daß PolizistInnen sich überzeugt für den Schutz ausländischer Mitbürger einsetzen. Es reicht auch nicht aus, wenn nach einem Aufruf der GDP 5000 PolizistInnen aus Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf gegen Rechtsradikalismus, Gewalt und Ausländerhaß protestiert haben. Auch generelle Erklärungen aus höchster Polizeiebene in diesem Zusammenhang, "...daß die Polizei ein fest verankertes demokratisches Verständnis hat", sind unsensibel und anzuzweifeln, auch wenn hier beispielhafte Sachverhalte nur an Einzelne festzumachen sind. Gerade kritische PolizistInnen mußten für sich erfahren, daß sie ausgegrenzt wurden, wenn sie Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in-

nerhalb der Polizei offenlegten. Es ist dringend geboten, sich in allen gesellschaftlichen Bereichen, hier insbesondere innerhalb der Polizei mit fremdenfeindlichen und rassistischen Grundhaltungen auseinanderzusetzen und sie zu thematisieren. Es wäre gelogen, wenn Vertreter der Polizei behaupten, daß es für die Polizei hierzu keine Notwendigkeit geben würde. Zu dieser Auseinandersetzung gehört auch die Aufarbeitung der Vergangenheit der Polizei im Faschismus. Die Empörung über die Beteiligung der Polizei an den Verbrechen in dieser Zeit muß neu entwickelt werden und auf die Zukunft ausgerichtet sein. Die Opfer von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind sich der Solidarität der Polizei nicht mehr sicher. Es ist dringend erforderlich, daß das Fehlverhalten der Polizei z.B. anhand von Beispielen wie Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen thematisiert wird. Die Polizei muß erklären, aus welchen Gründen sie den grundrechtlich verbürgten Schutz unserer ausländischen Mitbürger nicht gewährleistet hat. Hierbei müssen auch die Grundhaltungen der PolizistInnen kritisch gewürdigt werden. Uns sind viele Bilder in Erinnerung, auf denen Polizisten in der Polizeikette mit den Rücken zu

"Heil Hitler"-schreienden und armeschwingenden rechtsradikalen Gruppierungen gestanden haben und ihr Augenmerk den Gegen-demonstranten galt, obwohl sie nicht die Verursacher dieser Entwicklungen waren. Für viele Menschen hat dieses bleibende Eindrücke hinterlassen, denn es wurden wieder Erinnerungen wach, als Polizisten vor 50 Jahren stramm standen vor einfältigen Menschen, die die rechte Hand zum Hitlergruß erhoben hatten und "Juda verrecke" brüllten.

Die Entwicklungen in Deutschland lassen jetzt schon erkennen, daß nicht nur das Leben und die Gesundheit aller Nichtdeutschen gefährdet ist, nun stehen auch demokratische Grundpositionen auf dem Spiel, wenn es nicht gelingt, rassistische und fremdenfeindliche Grundhaltungen zu entsolidarisieren. Hierzu reicht es nicht aus, wenn nur das Strafrecht zitiert und der Täter überführt wird. Die gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen, die zu solchen Ereignissen führen, sind zu überprüfen und in Frage zu stellen. Denn der Schoß ist noch fruchtbar, aus dem die Unfreiheit kroch.



Justus H. Ulbricht

"Kratzereien an einem Denkmal"

Zuerst einmal: im folgenden geht es nicht um eine Ehrenrettung R. Bahros und seines Buches "Logik der Rettung", erst recht aber nicht darum, Peter Kratz leichtfertig zu kritisieren, dessen Spürsinn die AntiFa-Bewegung erneut einen wichtigen Hinweis verdankt. Es ist zu hoffen, daß nach Peters Artikel mehr von uns "faschistische Klassiker" und deren Nachbeter gründlich lesen, um sich endlich einmal auch um die spirituellen Wurzeln des neurechten Unbehagens in der Modernität zu kümmern.

Was mich zum genaueren Nachdenken anregt, ja sogar zum Widerspruch reizt, sind einige Formulierungen von Peter Kratz, vor allem aber die Art und Weise, wie er an manchen Stellen Beweise führt und historisch argumentiert. Ich widerspreche - hoffentlich konstruktiv - weil ich durch die Argumentationsweise die Seriosität jeder antifaschistischen Position bedroht sehe.

Ob sofort "Die Neue Rechte" mit den Vorlesungen Bahros an der Humboldt-Uni dort Einzug gehalten hat, mag dahingestellt sein. Und ebenso, ob man nach dem Zusammenbruch des realexistierenden Sozialismus noch so einfach schreiben kann "Während die Linke (welche?) die Emanzipation des Menschen anstrebt..." (S. 18) - all das sind Marginalien. Ebenso übrigens die Frage, ob wirklich "Hunderte Studierende" an Bahros Lippen hängen - und sich nichts dabei denken.

Erster nehme ich die - schlichtweg falsche - Behauptung, daß die historische völkische Bewegung "geradewegs" im Nationalsozialismus mündete und daß Bahro "dieselbe politisch katastrophale Potenz hat wie dieser". Erstens gab es die völkische Bewegung nicht, sondern zahllose Fraktionen, deren Beziehung zum NS je unterschiedlich gewesen ist. Das übrigens erlaubte es manchen Völkischen nach 1945 allzu leicht, sich als Widerständler aufzuführen und damit ihre Mitschuld am Ende der Weimarer Republik, sowie ihre Rolle im

NS, zu vertuschen. Zweitens ist es Kennzeichen der völkischen Ideologie immer gewesen, reale Probleme der modernen Gesellschaft oftmals durchaus zutreffend zu benennen und somit auch immer wieder zahlreiche Zeitgenossen anzusprechen. Dies fällt heute umso leichter, als sich der Jargon der modernisierten Völkischen oftmals recht zeitgemäß gibt. Versatzstücke eigentlich linker Theorie mit eigenen Ideen verbindet und aktuelle politische Themen aufzugreifen in der Lage ist.

Mit ernstzunehmenden historischen Vergleichen hat es außerdem wenig zu tun, Bahros mögliche fatale Wirkung mit der des Nationalsozialismus in eins zu setzen. Zudem scheint mir das ewige Drohen mit dem Gespenst des Faschismus unnötig zu sein, um die Gefährlichkeit neurechter Diskurse zu unterstreichen. Das Erwähnen der magischen Zahl "1933" signalisiert dem Leser nur "Bahro ist Bäh!", erklärt aber nicht. Es mag zwar modisch sein, vom Weg ins "Vierte Reich" zu reden, aber gesellschaftstheoretisch und praktisch politisch geht's 1992 in Deutschland wahrlich um andere Dinge.

Daß sowohl der Nazi Rosenberg als auch die heutigen Neurechten sich auf Meister Ekkehart berufen, ist zutreffend - Tote können sich nicht wehren. Was aber wird damit bewiesen? Auch Herbert Marcuse, Erich Fromm und Manon Maren-Grisebach berufen sich auf den mittelalterlichen Mystiker, ebenso übrigens

Gustav Landauer, der Anarchist... macht das alle gleichermaßen verdächtig? Oder macht es Ekkehart verdächtig? Ist Bahro schon ein halber Nazi, wenn er Ekkehart zitiert, weil auch Rosenberg das getan hat...? Hier hätte Kratz wohl besser vom Mißbrauch oder Gebrauch eines Klassikers des spiritualisierten Christentums reden müssen, als analogieschlußartige Beweisketten zu errichten. - Daß Bahros Aussagen über den "zu erlösenden" Hitler und ähnliche Abstrusitäten kritisierenswert sind und von Kratz auch zutreffend kritisiert werden, sei unbestritten. Allein schmeckt mir die Methode nicht, irgendwelche unerwünschten Denker in die Nähe von Faschisten zu rücken, statt genauer zu belegen, was an Bahros Theorie selbst faschistisch ist.

Der "Kaisertraum" ist ebenfalls historisch unzutreffend beschrieben, wenn man ihn pauschal als "völkisch-faschistisch" denunziert. Daß Barbarossa im NS-Diskurs nicht fehlen durfte, ist klar, bei der Vorgeschichte dieses Mythos im wilhelminischen Kaiserreich ohnehin, aber dieser Traum vom Kyffhäuser ist ursprünglich nichts anderes als eine Sehnsuchtsidee von der Erlösung vom irdischen, auch durch politische Wirren, verursachten Leid im Diesseits, eine christlich-politische Utopie des Friedensreiches auf Erden... das hat sehr viel mit dem sog. "christlichen Abendland" und vorerst garnichts mit dem Faschismus zu tun. - Man mag ja solch ein Denken als

Fortsetzung auf Seite 17

REGISTER

Personen

A

Abeitz, Otto 15-15
 Achtenbach, Dr. Ernst 15-14
 Adorno, Theodor W. 15-13
 Ahlers, Ingrid 12-14
 Albert, Dr. Fritz 10-19
 Althaus, Beate Ewald 17-19, 14-22, 18-13, 13-20
 Ammon, Herbert 13-2
 Andersen, Friedrich 14-8
 Andriewski, Michael 19-6
 Apfel, Folger 15-13, 16-15
 Arays, Viktor 15-4
 Arendt, Hannah 11-5
 Arnold, Hans-Joachim 17-16
 Artner, Wolfgang 16-19
 Astorg, Henrik 19-12
 Atkinson, Graeme 18-14
 Auer, Willi 17-5
 Aubagen, Niels 11-8

B

Baer, Robert 18-22
 Babik, Zdenka 19-16
 Bachmann, Walter 11-13, 10-16
 Backes, Uwe 17-10
 Bahro, Rudolf 18-16, 19-1, 17, 18,
 Barthe, Klaus 13-17, 15-3
 Barschel, Kai Uwe 19-3
 Bassler, Karl 17-16
 Bauer, Marcus 11-4
 Becherburg, Karg v. 16-6
 Beck, Tillmann 12-9
 Bedarski 10-9
 Begun, Mechthild 11-5
 Behrend, Katharina 12-16, 14-16
 Behrens, Sabine 17-4
 Behrens, Wolfgang 17-4
 Beislich, Markus 11-10, 12-16, 14-16, 14-20
 Beilmann, Magdalene 15-4
 Bender, Frank Detlef 14-16
 Bender, Karl 19-20
 Benger, Ramo 18-5
 Benoist, Alain de 11-3, 14-6-9, 16-5, 14, 17-7, 18-5, 6-8, 12, 19-18
 Bentivegna, v. 10-18
 Berg, Herman v. 13-2
 Bertsha, Sadi 18-20
 Bernan, Morris 14-6
 Best, Werner 15-14, 19-19
 Biedenkopf, Kurt 13-4
 Bieleberg, Hans 17-4
 Bivastsky, Helena P. 14-11
 Bloch, Ernst 13-12, 15-7
 Bloc, Yvan 14-20
 Boche, Peter 15-19
 Bock, Ludwig 11-12, 13-19
 Bock, Julius 14-8
 Bode, Oliver 19-10
 Bögeler, Gerhard 18-24
 Bohley, Bärbel 14-11
 Bohlinger, Roland 16-5
 Bohlinger, Rudolf 13-14
 Böhm, Herbert 10-15, 18-8
 Boivig, Kai 19-14
 Bonus, Arthur 14-8
 Bernhard, Siegfried 18-22
 Borgkess, Valerio 10-3
 Born, Reiner 12-16, 14-16
 Börner, Wolgar 18-15
 Bornwey, Wolfgang 11-10, 13-19
 Bos, Douwe van 19-15
 Boschitz, Gunter 12-9, 13-20, 16-10
 Bossé, Georg-Albert 13-14, 16-11
 Boßdorf, Peter 11-12, 18-4
 Braack, Hans Werner 16-6
 Brand, Johann 15-17, 19-20
 Brand, Peter 13-7, 18-15
 Brandt, Willy 14-21, 18-15

Braun, Werner 16-3

Brechl, Thomas 13-22, 19-8
 Breilkopf, Hans 10-4
 Brinkmann 15-14
 Broder, Henry k. M. 18-12
 Brulter 19-11
 Brunand, Gerd 10-14
 Brunner, Alois 13-17, 15-11
 Bruno, Giordano 12-7
 Bruns 14-3
 Buhk, Roland 17-14, 18-4
 Bublitz, Siegfried 11-12
 Buchwald, Konrad 15-12, 13
 Budzinski, Manfred 14-3
 Bühler, Rudolf 17-5
 Buise, Heide 16-19
 Bullock, Hans-August 15-4
 Bulmeyer, Fritz 14-13
 Bundt, Fritz-Ulrich 10-8
 Burgath, Karl 10-14
 Burt, Herman 15-7
 Busse, Friedhelm 11-11, 13-20, 19-8, 11-20
 Butner 19-23
 Butz, Arthur 17-11

C

Cannus 10-18
 Carsten, Heinz 16-5
 Carto, Willis 18-13
 Cerff, Karl 19-19
 Chamberlain, Houston Seward 14-7, 19-18
 Christian, Hans 19-12
 Christophersen, Edith 17-18
 Christophers, Thies 10-9, 11-10, 16, 15-5, 16-12, 17-18, 18-7, 20, 19-14, 21
 Classen, Manfred 17-4
 Claß, Heinrich 14-8
 Clausen, Fritz 19-12
 Clauß, L. F. 19-18
 Clemens, Karin 14-3
 Cohrs, Ernst Otto 11-10, 13-12, 14, 15-4
 Cornilleau, Claude 13-20, 18-10
 Cube, Prof. Fritz v. 16-14
 Cunnig, Stephan 19-14
 Curtia, Wolfgang 11-11
 Czappin, Rudolf 14-16
 Czerwinsky, Mikko 16-15

D

Dalek, Kai 13-20
 Damböck, Dr. Michael 16-6, 19-22
 Daniel, Walter 10-14
 Danneberg, Theodor 15-15
 Danneberg, Roman 17-2, 19-14, 23
 Dammreiter, Dr. 16-9
 Darre, Walter 19-18
 Daschischew, Wjatscheslaw 18-8
 Däubler-Gmelin, Herta 11-12
 David, Menachim 10-19
 Deckert, Günter 11-14, 12-7, 13-23, 14-16, 20, 16-10, 19, 17-6, 18-4, 19-6
 Dehler, Thomas 15-14
 Dehous, Peter 10-12, 10-16, 11-3, 8, 14, 12-17, 14-16, 15-11, 17-13, 18-8, 19-15
 Denjauk 15-4
 Dennitz, Albert 19-23
 Denk, Michael 12-13
 Depert, W. 19-18
 Descher, Alfred 16-18
 Deuringer, H. 16-19
 Devl, Savitr 19-21
 Dickopf, Paulius 10-18
 Diederichs 19-3
 Diederichs, Eugen 14-7
 Dietel, Thomas 14-4, 18-10, 19-23
 Diewegs, Wolfgang 15-14
 Dinter, Arthur 14-8
 Dinter, Berthold 13-20, 18-10

Dicks, Detmar 10-16

Dicks, Hans 10-14
 Diweald, Helmut 17-8, 18-4
 Dodere, Jürgen 14-16, 20
 Döhr, Jürgen 15-13
 Dolczalek, Alexander 17-9
 Donaldson, Ian Stuart 18-13, 19-15
 Döring, Wolfgang 15-14
 Dose 11-18
 Dose, Wolfgang, Paul 11-18
 Dragovic 13-17
 Dreier, Arthur 17-5
 Drewhitz, Carl Albert 15-14
 Drobless, Matighu 11-6
 Drosch, B. 16-19
 Duda, Gaudier 14-13
 Dühr, Günter 10-14
 Dunkel, A. 13-20
 Dwan, Jens 14-16

E

Eberhardt, Erich 19-19
 Ebert, Emil 10-14
 Ebner, G. 17-11
 Eckart, Wolf-Dieter 13-22
 Eckehart 19-17
 Eckert, Prof. Roland 16-14
 Eckert, Richard 17-5
 Edmonson, Richard 18-13
 Eglod, Herbert 19-15
 Eibthberg, Henning 10-12, 13-24, 16-4, 18-15, 16
 Eichinger, Werner 14-16
 Eichler, Richard W. 14-16
 Eichmann, Adolf 13-17, 15-15, 17
 Eigenfeld, Ulrich 11-13
 Eibling, Meinhard 13-20, 18-22
 Elecz, Sadi 18-20
 Elm, Prof. Ludwig 15-20
 Esler, Günter 18-19
 Endress, Gerhard 16-19
 Engelm 16-2
 Enseling, Rudolf 19-19
 Enllien, Rudolf 16-3
 Erb, Wilhelm 14-8
 Erdhofer, Günter Reinhold 14-16
 Erikson, Bert 13-20, 18-13
 Evoker, Julius 19-18

F

Fabian, Rainer 11-20
 Fabry, Philipp 12-11
 Faci, Michel 'Leloup' 19-16
 Fahrenroeg, Ludwig 14-6, 10
 Falter, Jürgen W. 17-12
 Farthmann 18-12
 Faussion, Robert 16-12
 Fichtel, Tilman 18-15
 Fidis 14-7
 Fiedler, Fiedler, Hans-Michael 10-12, 11-11, 15-13, 16-3, 13, 18-11, 16, 22, 19-10
 Filbinger, Hans Karl 12-17, 16-10
 Filz 15-11
 Fink, Luise 16-11
 Fink, Thomas 16-11, 18-20, 19-14, 23
 Fischer, Franz 15-3
 Fischer, Martha 16-6
 Fischer, Ute 14-16
 Fladung, Hubert Peter 14-16
 Fleißner, Herbert 13-12, 18-6
 Flex, Walter 15-7
 Föll, Steffen 19-10
 Forstcopponier, Alexander 16-19
 Förster, Bernhard 18-23
 Frank, Sven Thomas 13-2, 15-13, 18-4
 Freiberger, Herbert 15-14
 Freiling, Martin 19-15
 Friedrichs, August 10-14
 Frey, Gerhard 10-16, 11-13, 12-16, 13-4, 14-20, 15-9, 16-5, 12, 17-4, 15, 18-11, 14, 22, 19-19

Frey, Thomas 12-13

Freytag, Gerhard 10-19
 Friedmann, Bernhard 11-12, 18-6
 Friedrich, Christoph 19-22
 Friedrich, Jörg 15-14
 Frisze, Benvenuto-Paul 17-4
 Frisch, Theodor 14-8
 Fruchs, Erich 14-16, 14-20, 16-10
 Fügner, Willy G. 16-6
 Fuhrmann, Dieter 11-13
 Fünken, Ferdinand Hugo aus der 15-3

G

Gämgel, Andreas 19-15
 Gauweiler, Peter 18-7
 Gehlen, Reinhard 10-4, 16-5
 Geldner, Wolfgang v. 18-9
 Genoud, François 10-19
 Gescher, Hans-Dietrich 10-19
 Gerlach, Heinrich 17-4
 Gesels, Silvio 13-14, 14-13
 Gillian, Peter 16-10
 Gille, Herbert, Otto 19-19
 Glimm, Dieter v. 10-4
 Glessner, Franz 10-16, 12-16, 14-16, 20
 Glistrup 19-12
 Gliogowski 12-10, 19, 14-3, 15-9
 Glotz, Peter 13-2, 18-15
 Grack, Reinhard 16-13
 Goebels 11-3, 12-17, 15-14, 16-17
 Göring 12-17, 17-11
 Gorsleben, Rudolf John 14-8
 Gresser, Rolf 15-18
 Grotwald 10-15
 Götz, Alfred 16-5
 Grabert, Herbert 11-17
 Grabert, Wilgert 11-17
 Grabsch, Christian 19-6
 Graf, Josef 14-16
 Graf, Oger 14-8, 15-7
 Graw, August 12-9
 Greer, Mario 19-16
 Gries, Kurt 10-19
 Griffin, Nick 18-14
 Grunna, Holle 18-8
 Gruppe, St 16-4
 Großmann, Ulrich 19-15
 Grobner, Heiner 14-3
 Grub, Herbert 10-9, 11-10, 14-16
 Grub, Johanna 17-13
 Grundtvig, N. F. S. 18-16
 Grunwald 15-16
 Gundrum-Neumann, Dr. Elisabeth 16-6

H

Haack, Dieter 18-9
 Haas, Christian 19-10
 Haberkm, Kuno 19-22
 Hackl, Josef 13-17
 Haensch 15-16
 Hagen, Marlene 16-18
 Hader, Jörg 10-13, 16-10, 15, 17-12, 17, 18-4, 11
 Hahnle, Thomas 12-13, 16-19, 19-16
 Hammer, Michael 12-9
 Hammer, Walter 14-7
 Hammett, H. W. 13-10
 Hammett, Fleming 19-13
 Hanke 19-23
 Hannover, Heinrich 15-18
 Hansen, Dr. Haye W. 16-6
 Hansen, Jonni 19-12
 Hansen, Preben Möller 19-14
 Harder, Hans-Joachim 13-18
 Harrington, Patrick 18-14
 Harting, Gabriele 14-16
 Hartwig, Hülle 15-9
 Harwood, Richard 17-11
 Haschmeyer, Heinrich 15-14
 Hasselbach, Ingo 12-6
 Hasselbach, Ole 19-13

Hasehmann, Wilfried 14-3

Hatzschbichler, Jürgen 14-16, 18-5
 Haue, F. W. 13-13
 Haue, Wolfgang F. 18-16
 Hausberger, Hans 13-2
 Hausmann, Alexander 16-18
 Haue, Ralf v. 16-6
 Havel 15-16
 Haverbeck, 15-5
 Haverbeck, Prof. Werner Georg 10-9, 11-10, 13-13
 Haverbeck, Wetzol, Ursula 11-10
 Heger, Hannu 18-22
 Heidegger, Martin 16-17
 Heidel, Volker 14-19
 Heimfärner, Hans Hugo 11-15
 Heinisch, Michael 12-6, 14-17
 Heinrich 13-17
 Heinemann, Axel 13-15, 14-22, 16-13
 Heise, Thorsten 10-6, 11-11, 13-5
 Helling, Otto 10-18
 Hellwig, Renate 18-4
 Henning, Riegolf 14-16, 15-11, 16-10, 18-20
 Henrich, Rolf 14-11
 Hepp, Robert 17-16, 18-4
 Herber, w. 13-2
 Herbrich, Michael 17-5
 Hermerding, Siegfried 16-6
 Hertel, Hans 10-15
 Hertel, Hans 10-15
 Hertel, Hans-Jürgen 14-16
 Hess, Rudolph 13-1, 13, 21, 16-3, 18-3, 10, 13, 19-11, 22
 Heumann, Sieffen 15-8, 9
 Heuser, Georg-Albert Wilhelm 12-17
 Heyerdahl, Eberhard 19-24
 Heydrich 10-18, 12-18
 Himmel, Heinrich 10-17, 19, 12-18, 13-9, 14-9, 15-6, 16-12, 17-11, 19-19
 Hinic, Katharina 19-16
 Hinic, Pear 19-16
 Hitler 11-9, 17, 12-8, 17, 18, 13-9, 18, 22, 15-15, 17, 16-12, 19-21
 Hoeves, Fritz Erik 11-7
 Hoffmann 12-11
 Hoffmann, August 19-19
 Hoffmann, K.-H. 12-15
 Hoffmann, Klaus 16-19
 Hoffmann, Reinhard 18-8
 Höhn, Reinhard 17-5
 Holle, Rolf 10-19
 Hollerth, Joseph 12-9
 Honzik, Gerd 15-11
 Hopfinger, Dr. Wieland 16-6
 Horacek, Milan 13-13
 Horning, Klaus 18-4
 Höss 11-17
 Huber, Herbert 13-13
 Huber, Reinhold 17-17
 Hudal 13-17
 Huisgen, Horst 15-14
 Humke, Heinrich 11-3
 Humke, Sigrid 12-15, 19-18
 Hupka, Herbert 11-12
 Hüssing, Barbara 11-11
 Hussein, Saddam 11-7, 11-9
 Hussen, Al 12-15
 Hury, Hans 12-11, 16-4
 Hverbock, W. G. 13-12

I

Inzerillo, Paolo 10-3
 Isrigier, F. J. 16-6
 Irving, David 12-17, 13-14, 15-17, 16-7, 12, 19, 17-4, 19, 18-4, 13, 20
 Isenburt, Helene v. 14-22, 15-3

J

- Schliere, Rolf 13-2, 16-10, 18, 17-5, 18-4
- Schlüter, Leonhard 18-8
- Schmank, Burghard 16-18
- Schmidt, Thomas 18-15
- Schmidt, Carlo 14-21
- Schmidt, Hans 19-23
- Schmidt, Heide 17-17
- Schmidt, Helmut 18-4
- Schmidt, Michael 18-14
- Schmitt, Carl 11-3, 18-5
- Schnasse (10,5)
- Schneider, Ulrich 13-5
- Schneider, Wolfgang 17-19
- Schnell, Norbert 18-22
- Schönborn, Edwin 11-11
- Schönborn, Meinolf 11-9, 13-15, 15-10, 16-4, 19-16
- Schönhuber, Franz 11-10, 13, 12-16, 13-14, 14-20, 15-15, 16-10, 18, 17-5, 13, 18, 18-6, 12-22
- Schönrock, Thorsten 18-10, 19-23
- Schönwälder, Karen 11-20
- Schrambs, Rüdiger 12-16
- Schramm-Nording, Caspar v. 14-16, 17-8, 18-6
- Schröder, Thomas 15-11
- Schubert, Urban 16-19
- Schulz, Wolfgang 19-3
- Schulze, Manfred 17-4
- Schülhauer, Josef 17-7
- Schülpelz 14-20
- Schütz, Waldemar 18-8
- Schützinger, Jürgen 10-16, 11-13, 12-9, 16, 14-16, 20, 16-10, 17-6
- Schwengel, Günther 15-14
- Schwanmberg, Josef 13-17, 16-3, 13, 19-8
- Schwanes, Wilhelm 14-8
- Schwarz, Malian 19-16
- Schweiger, Herbert 18-8
- Schweiger, Oliver 15-19
- Schweifurt, Theodor 13-2
- Schwert, Frank 16-10
- Schweusch, Ulrich 17-4
- Seetzen, Walter 12-16, 14-16, 15-11
- Seidel, Alfred 13-20
- Seidel, Jürgend 13-5
- Seidler, Franz W. 17-11
- Seiffert, Wolfgang 18-4
- Selchow, Alexander 15-9
- Sendhler 16-9
- Senger, Gunnar 16-10
- Sennlaub, Christian 14-22
- Serrano 19-21
- Serravalle, Gerardo 10-3
- Siedewitz, Alexander 13-14
- Siegers, Joachim 13-4
- Siemens, Peter v. 13-12
- Siepen, Heinz 15-14
- Simon, Oliver 10-6, 11-11, 13-5, 15-9
- Singer, Peter 18-12
- Singers 12-8
- Six, Dr. Franz Alfred 15-14
- Sjerkow, Anatolij 15-16
- Skorzeny, Otto 15-14
- Smole, Gernot 16-19
- Sojka, Dr. Klaus 11-10
- Sombart 15-16
- Sommer, Martin 15-4
- Sonnag, Rainer 12-3, 13-20, 14-20
- Soyka, Walter 14-13
- Soyka, Weiland 12-13
- Söbier, Clarend 16-15
- Spangier, Carl-Dietrich 19-19
- Spanuth, Jürgen 14-10, 16-5
- Spee-Mitbeach 17-11
- Spengler, Oswald 14-8, 18-5
- Spicker, Manfred 13-15
- Spilka, Franz 16-6
- Sprengler 15-16
- Sprungmann, Balduar 10-9
- Springwald, Michael 16-7
- Sträglisch, Wilhelm 17-11
- Strasser, Otto 18-15
- Staffa, Walter 18-8
- Stäglisch, Wilhelm 11-17, 17-19
- Stalin 12-8
- Stangel, Franz 13-17
- Stavenhagen, Lutz 10-4
- Stawitz, Ingo 17-4
- Stecker, Thomas 13-20
- Stegic, Adilo 10-15
- Steger, Dr. Armin 15-14
- Steinmüller, Bernd 12-13
- Stein, Dieter 11-12, 18-4
- Steinbruch, Prof. Karl 16-4
- Steiner, Rudolf 13-12, 14-11
- Steinhof, Horst 18-19
- Stelling, Wilke 16-3
- Steuders, Robert 17-7, 8, 16, 18-5, 8
- Stille, Georg 17-15
- Stockmann, Ulrich 16-15
- Stohmeier, Mantas 14-16
- Stoiber 18-6
- Stoll, Rüdiger 12-9
- Strasser, Otto 15-12, 16
- Strauch, Eduard 12-18
- Straus, Wolfgang 13-2, 15-11, 16-3, 17-20, 18-8
- Streibl, Max 18-9
- Strewe, Heinz 10-9
- Ströpel 11-11
- Struck, Karin 18-5
- Stroh, Gerold 16-3, 18-8
- Sündemann, Helmut 18-8
- Suren, Theile 10-14
- Surovov, Viktor 12-11
- Swan, Donald A. 16-5
- Swerzack, Michael 12-9, 14-19, 22, 19-8
- Syretberg, Hans-Jürgen 18-6
- Taege, Herbert 17-9
- Tegelhoff, Ralf 19-10
- Teichmann 19-6
- Tempel, Gerhard 10-9
- Teuch, Wilhelm 13-9
- Thadden, Adolf v. 10-4, 11-13, 15-11, 16-15, 17-10, 13, 18-8
- Tham, Leo 17-5
- Tham, Uwe 16-10
- Theray, Ulrich 19-6
- Thiel, Michael 18-20
- Thiele, Hermann 17-16
- Thienemann, Helmut 17-4
- Thomsen, Reinhard 19-3
- Thorsen, Rudolf 10-19
- Thorstens, Gudjonsson 13-10
- Tiemann, Jens Björn 18-21
- Till, Guido 16-15
- Tischler, Alexander 16-19
- Tolan, Danny 18-14
- Tonnigen, Florie Rost v. 18-13, 19-15
- Topisch, Ernst 12-11
- Traub, Gottfried 14-8
- Troll, Heinz 17-5
- Tschiche, Jochen 16-15
- Tudjman, Franjo 15-15
- Tugendhat, Ernst 12-8
- Tyndall, John 18-13
- U
- Uebecker, Horst-Rudolf 17-16
- Uhle, Weiler, Franz 18-6
- Ukera, Hartmut 12-19
- Ulrich, Stefan 18-4
- Ungerwitt, Richard 14-8
- Ussner, Hermann 16-19
- V
- Varella, Pedro 13-20
- Velde, Johann 19-19
- Venohr, Wolfgang 13-2, 18-5
- Verschler 18-23
- Vockel, Mari 15-7
- Vogel, Uwe 12-9
- Vogel, Dirk 12-3
- Vogel, Rainer 14-16, 16-10
- Vogt, Arthur 16-15
- Vogt, Udo 11-14
- Voigtes, H. 10-12
- Vollmer, Dieter 10-12, 13-11, 16-6
- Vollmer, Johannes 12-8
- Vossatz, Karl-Heinz 11-14
- Voß, Karin 17-4
- Vries, Thorsten de 16-19, 17-2, 18-21, 19-23
- Wachsel, Jürgen 12-9
- Wahl, Dr. Max 15-17
- Waldstein v. 15-11
- Walendy, Udo 12-7, 16-10, 12, 17-10, 16, 19, 18-22
- Wales 15-16
- Walther, Michael 15-16
- Walther 18-4
- Wangenheim, Eleonore v. 16-6
- Wassermann, Rudolf 15-11
- Weber, Max 14-6
- Webe 18-20
- Wedemeyer, Klaus 14-3
- Weede, Burckhard 16-6
- Wegner, Friedrich 14-11
- Wegner, Werner 16-15
- Weibel, Karl-Friedrich 19-19
- Weidenbach, Hans 11-14
- Weidinger, Otto 19-20
- Weidner, Norbert 16-7, 19-10
- Weingart, Norbert 11-11
- Weinzier, Joseph 11-11
- Weinzier, Carl 17-16
- Weinmann, Karlhubert 16-15, 17-16
- Welsch, Herbert 16-9
- Wendland, Michael 17-6
- Wend, Bernd-Jürgen 17-11
- Werner, Paul 10-18, 11-19
- Werner, Stefan 11-17
- Widmann, Dr. Albert 11-19
- Wiedert, Ernst 15-7
- Wieland, Hermann 15-6
- Wiesner, Bodo 19-15
- Wilbert, Diet 19-10
- Wilke, Karl 11-10
- Wilhelm, Hans-Henrich 17-12
- Wilhelm, Rolf 17-5
- Wilke 15-14
- Will, Michael 18-7
- Will, Peter 15-8
- Willis, Bernard 18-8
- Winzick, B.C. 11-4, 13-12, 15-11
- Wirth, Hermann 13-9, 16-6
- Wischnowski, Werner 15-4
- Wischnowski, Jürgen 10-9
- Wisselbach, Hans 18-8, 19-20
- Witzkowski, Kurt 11-11
- Witz, Paul 12-9
- Wasnow 16-13
- Wohlschläger, Esther 15-19
- Wolff, Karl Felix 16-5
- Wolfschlag 18-5
- Wolter, Günter 15-4
- Wolmann, Ludwig 15-6
- Worth, Christian 11-4, 12-3, 13-20, 22, 14-20, 15-19, 16-19, 17-2, 18-10, 13, 21, 19-5, 19-13, 14
- Worle, Hermann, Gustav 15-4
- Wörner, Manfred 13-14
- Wubbe, Wilhelm 19-13
- Wulf, Th 13-20, 14-19, 15-19, 16-19, 17-2, 18-10, 21
- Wührner, Armin 12-9
- Z
- Zappe, Thomas 18-19
- Zehne, Markus 18-5
- Zeise, Manfred 11-11
- Zeidler, Klaus 17-16
- Zeitschel, Carlheo 15-15
- Zapp, La Rouché 19-16
- Ziegler, Jon 16-13
- Zimmermann, Dirk 19-23
- Zimmermann, Oliver 17-19
- Zimmermann, Paul 15-14
- Zielmann, Rainer 17-10, 12
- Zoglinann, Siegfried 15-14, 19-20
- Zühl, Tilmann 12-8
- Zündel, Ernst 13-20, 14-16, 15-17, 16-12, 17-19, 19-8, 14, 16
- A
- AAO Allgemeine Anthroposophische Gesellschaft 14-11
- Ad-hoc-Komitee Grundrechte in der BRD 11-8
- AFP Autofahrer-Partei 17-6
- Ammerbe 15-6
- Ammerstädt Hilfenlosh e.V. 14-13
- AHV Arbeitsgemeinschaft bei-matruer Verbände 16-19
- AK Antiklerikales 11-7
- AKOP Antiklerikales Oberplatz-Patriotische Initiative 12-16
- Aktion Lebensschutz 14-19
- Aktion Rechte 17-17
- Aktion Widerstand 13-21
- ALFA Aktion Lebensrecht für Alle 13-15
- ANR Aktion Neue Rechte 13-21, 18-15
- ANS/NA Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten 12-3, 13-22, 14-16, 15-19, 16-3, 19-6, 8, 20
- ANSE Arbeitsgemeinschaft natur-ligier Stammsverbände in Europa 13-10, 11, 14-9, 19-14
- Anti-Bund der Antifaschisten 16-14
- Antifaschistische Aktion 14-19
- AO Armden Orden 13-9, 14-9, 10
- Arbeits- und Forschungsbereich Walthen Nachbater 15-6, 16-6
- Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Ökologen Deutschlands 10-9, 11-11
- Arbeitskreis der konservativen Jugend Milchkreis 16-4
- Arbeitskreis Unabhängiger Deutscher 15-13
- Arbeitskreis Volkstreuere Verbände 10-15
- Arbeitsgemeinschaft 16-19
- Arbeitsgemeinschaft 12-7, 14-16, 16-6
- AUD 19-14
- Ausschub zur Erhaltung des nordischen Kulturbes 15-6
- AVP Aktionsgemeinschaft Vierte Partei 13-21
- B
- Bauern- und Bürgerinitiative 16-12
- BDJ Bund deutscher Jugend 10-4
- BDN Bund Deutscher Mädel 17-10
- BDNS Bund Deutscher Nationalsozialisten 13-22
- BDR Bürgerinitiative für Deutschland 11-11
- BDS Bund Deutscher Solidaristen 18-8
- BDU Bund Deutsch-Unitarischer Jugendlicher 18-22
- BdV Bund der Vertriebenen 12-10
- BgA Bund gegen Anpassung 11-7
- BHE Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten 15-14
- Bü Bund heimattreuer Jugend 13-4, 18-7
- Bismarck-Jugend 12-9
- BKA 10-18, 19-16
- Blood and Honour 18-14
- BNP Britische National Partei 18-13
- BNS Bund Nationaler Studenten 18-8
- BNSM Britische Nationalsozialistische Partei 18-14
- Bourgeoisfront 12-3
- Britische Nationalsozialistische Bewegung 18-13
- Zoglinann-Zentrum 16-13
- Bul-Bunte Liste Freiburg 11-7
- BUND 11-7, 15-13
- Bund der Götter 16-6
- Bund Deutscher Unitarier 16-6
- Bund für deutsche Weltanschauung 14-8
- Bund für Götterkranke 18-21
- Bund russischer Solidaristen (NTS) 16-13
- Bund vaterländischer Jugend 10-5
- Bund zur Verbreitung unbekannter Ansichten 11-8
- Bindische Jugend 10-14
- Bindnis 90/Grtine 16-15
- Birgeraktion Ausländerstopp 13-23
- Bürgerinitiative
- Bundesverbote Freiburg 11-8
- Bürgerpartei Freie Wähler 17-20
- Burschenschaft Olympia Wien 13-18
- Burschenschaft-deutsche 13-18
- C
- Caena 10-3
- CD Centrindemokraten 19-15
- CDK Conventusverband deutscher Kompositionverbände 14-21
- CDL Christendmokraten für das Leben 13-15
- CDU 11-12, 12-10, 16, 13-2, 15, 14-3, 4, 15, 20, 15-4, 16-3, 10, 12, 14, 17-5, 18-6, 9, 17, 22, 19-3, 11, 20
- CEDADE 13-20, 18-13
- CIC Central Intelligence Corps 13-17
- Claude-Helvetius-Gesellschaft Freiburg 11-8
- Collegium Humanum 10-9
- Collegium Teutonicum 13-17
- CP Centrumrat 19-15
- CSU 11-12, 12-9, 10, 13-2, 20, 15-14, 16-14, 17-20, 18-17, 19-19
- D
- DA Deutsche Alternative 12-9, 16, 14-19, 15-11, 19, 18-20, 19-6, 13, 14, 23
- DA-VR Deutsche Allianz-Vereinigung Rechte 10-16, 11-10, 13, 14, 12-16, 13-23, 14-20, 18-8
- DARFG Deutsche Autofahrer Interessengemeinschaft 11-11
- DAG 17-15
- Daubia 17-7
- Dänische Nationalsozialistische Vereinigung 13-20
- DAP 12-13, 19-22
- DAW Deutscher Arbeitskreis Wiken 19-20
- DB Deutsche Burschenschaften 17-5, 18-9
- DBI Deutsche Bürgerinitiative 15-5
- DDF Der Dänische Verein 19-12
- DDF Deutsche Freiheitsbewegung e.V. 16-11
- Defence Information Centre 17-9
- Deinfahrt Europa der Völker 11-11, 16-19
- Der Deutsche Weg 18-20
- Deutsch-europäische Studiengesellschaft 11-11, 16-19, 17-8
- Deutsche Aktionsgruppe 15-5
- Deutsche Arbeitsfront 17-11
- Deutsche Freischar 15-12
- Deutsche Gesellschaft für Vorgesellschaft 16-5
- Deutsche Liga 14-20, 15-11, 17-5, 13, 14, 16, 18-4, 20
- Deutsche Liga für das Kind 13-13
- Deutsche Liga für Volk und Heimat 14-16, 17-6
- Deutsche Partei 15-14, 16-12

- Deutscher Block 10-15
 Deutscher Kameradschaftsbund 17-2
 19-23
 Deutschblühige Gesellschaft e.V. 10-14
 DGB 18-15, 22, 19-10
 Die Demokraten 15-13
 Die Grünen 13-12, 14-3, 11, 17-5, 18-6, 19-10
 Die Grünen ATL Arbeitskreis für Landwirtschaft 13-2
 Die Nationalen 16-19
 Die Weissen Unabhängige Liste für Niedersachsen 10-9, 13-12
 DiBW Deutsches Jugendbildungs-werk 14-22, 17-19, 19-10
 DJO Deutsche Jugend des Ostens 12-10, 13-4
 DKBG Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes 18-7
 DKP 13-5, 13-5, 18-5
 DL Deutsche Liga für Volk und Heimat 16-10
 DNP 19-23
 DNSAP Dänemarks Nationalsozialistische Arbeiterpartei 19-12, 13
 DNSB 19-12
 DNSU Dänemarks Nationalsozialistische Jugend 19-12, 13
 DPVW Deutscher Partistischer Wohlfahrtsverband 13-11, 18-19
 DRJ Deutsche Reichsjugend 12-9, 16-10
 DRP Deutsche Reichspartei 12-16, 15-14, 18-8
 Drudenloge 19-14
 DSA Deutsche Sozialistische Aktionsgemeinschaft 17-6
 DSU Deutscher Sozialer Union 11-14, 12-16, 14-16, 16-10, 17-16, 18-4, 15
 DUR Deutsche Unionier Religionsgemeinschaft 10-9, 11-10, 12-15, 13-11, 14-14, 18-15, 22, 19-18
 DVfG Deutscher Volksbund für Geistesfreiheit 14-14
 DVU Deutsche Volksumion 11-11, 14, 12-7, 16, 14-3, 20, 16-7, 10, 17-24, 5, 17, 18-7, 11, 12, 14, 17, 22, 19-6, 19
E
 EAP Europäische Arbeitspartei 19-16
 Einheitspartei 15-13
F
 Familienwerk e.V. 12-7
 FANE 18-10
 FAP Freieitliche Deutsche Arbeiterpartei 10-7, 11-10, 11, 12-9, 19, 13-5, 9, 15, 20, 22, 14-22, 15-9, 19, 16-7, 10, 11, 19, 17-19, 18-4, 19, 20, 19-5, 8, 10, 11, 15, 23
 FDI 14-4
 FDP 11-12, 13-2, 15, 14-13, 15-14, 16-10, 15, 17-5, 18-4, 8, 11, 17, 19-20
 FIR 16-14
 FN Front National 14-20, 16-10, 17-13
 FÖP 18-4
 Förderverein zur Wiedervereinigung Deutschlands Unites Germanica e.V. 11-12, 17-15
 Forschtspartei(DK) 19-14
 FPÖ 10-12, 14-16, 20, 16-10, 15, 17-7, 16, 18-6, 11
 Freie Humanisten 10-14
 Freigläubige Gemeinschaft 10-14
 Freieitliche Volkspartei 11-12, 18-4
 Freundeskreis Filmkunst e.V. 12-7
 Freundeskreis Nationaler Jugend 10-15
 Friedrich-Ebert-Stiftung 18-15
 FSVVP Freie Sozialistische Volkspartei 11-11
G
 GAL Grün-Alternative Liste 11-10
 GdNF Gestaltungsgemeinschaft der Neuen Front 18-13, 20, 19-5, 14
 Gemeinschaft Ostdeutscher Grundeigentümer 13-14
 Gemeinschaft zur Erhaltung der Burgen e.V. 14-9
 Georg Ruseiter Gesellschaft 10-16
 Germanen-Orden 12-13
 Germania 17-5
 Gesamtdüssches Institut 11-12
 Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung 12-7, 16-5
 Gesellschaft für Deutsche Kulturbedingungen im Ausland 15-12
 GbV Gesellschaft für bedrohte Völker 12-8
 GIP Gesellschaft für freie Publizistik 12-7, 13-13, 13-4, 11, 17-19, 18-7, 8
 GGG Germanische Glaubens-Gemeinschaft 14-6, 8, 10
 Gladio 10-3
 GLU Grüne Liste Umweltschutz 14-11
 Goden-Orden 15-6
 Graue Wölfe 10-3
 GRGEE Forschungs- und Studien-gruppe für europäische Kultur 16-5, 14, 17-8
 Grenzace 12-8
 Grüne Forum 11-10
 Gruppe für Aufklärung, Demokratie und Selbstbestimmung 11-8
 Gruppe Neubeginn 14-19
 Guido-von-List-Gesellschaft 15-6
 Gyllifliten 13-9
H
 Hallesche Deutsche Jugend 19-23
 HBV 17-15
 Heimabund für niederdeutsche Kultur e.V. De Spielerei 10-16
 Heimatreue Vereinigung Deutschlands 12-9
 Heimatreueverein Cornelforde e.V. 10-16
 Heinrich-Arnack-Kreis e.V. 12-7
 HG Heitische Gemeinschaft 14-10
 HLAG Hilfigemeinschaft auf Gegenseitigkeit 16-19, 18-8, 19-14, 19
 Hilfigemeinschaft Freiheit für Rudolf Hess 11-10, 13-19, 20
 Hilfswerk der Unionier 13-11, 18-19
 HU 13-22, 15-14, 17-9, 10, 18-22, 19-20
 HLA Hamburger Liste für Ausländerstopp 19-6
 HNG Hilfigenisation für nationale politische Gefangene 15-13, 16-19, 17-19, 18-20
 HSA Hilfigenisation Südliches Afrika 18-8
 HTS Hochschüring Tübingen Studenten 13-15, 16-13
 HVD Heimatreue Vereinigung Deutschlands 16-10, 17-6, 19-8
I
 IG Farben 15-14, 19-23
 ICGEL e.V. Internat. Ges. zur Entwicklung der Lebensfreude 11-8
 ICFM Internationale Gesellschaft für Menschenrechte 16-13
 Initiative Volkswillen 14-19
 INU Initiative Neue Linke 11-7
 Innere Front 13-22
 Institute for Historical Review 18-13
 Internationales Rotes Kreuz 11-16
 IVVDN 16-14
J
 JLO Junge Landmannschaft Ostpreußen RHY Republikanscher Hochschulverband 12-9
 JN Junge Nationaldemokraten 12-9, 13-23, 16-3, 10, 15, 18-7, 19-6
 JU Junge Union 12-9, 13-21, 17-14
 Junge Landmannschaft Ostpreußen 12-9
 Junge Nationaldemokraten 15-13
 Junge Whitonen 15-11
 Jungsturm Norden 12-19
 JUSO 17-14
 JVL Junster-Vereinigung Lebensrecht 13-15
K
 KAH Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100 Geburtstag Adolf Hitlers 14-16, 15-19, 19-8, 10
 Kampfgruppe Pithem 15-19
 Kartener Front 13-22
 KdV Kameradenkreis der Ehem. Weiffen SS 19-20
 KLA Kieler Liste für Ausländerbegrenzung 18-7
 Konrad-Adenauer-Stiftung 16-14
 Konservative Kultur und Bildung e.V. 16-4
 Konservative Arbeiterkreis Gießen/ Mithrasen 16-4
 KPD 13-21, 14-12
 KPN Komitee Politischer Nationalisten 15-16, 17
 Kristigenarmut 14-8
 Kroatische Kulturgenossenschaft 19-16
 Kroatische Partei der Rechte 19-16
 Kroatischer Nationalrat 19-16
 Kroatischer Studentenverein an der Universität Mannheim e.V. 19-16
 KU-Kultur-Klan 18-13
L
 LDPR Liberal-demokratische Partei Russlands 18-11
 Lebensbund e.V. 17-11
 Lebensbund 13-18
 Leser- und Freundeskreis der Bauernschaft 16-12
 LGL Liberaler Gesprächskreis Lebeschütz 13-15
 Lblnd 11-6
 Lindendorfer des Bundes der Gotteskennais 10-14
 LUPUS 10-12
 LUJST Liste Unabhängiger Studenten 17-14, 18-4
M
 Marxistisch-Reichstische Initiative 11-7
 MAB 12-11
 Mitteldeutsche Nationaldemokraten 11-13
 MURABITUN 16-17
N
 NA Nationale Alternative 12-4, 5, 6, 9, 13-20
 NAOSBerlin 12-9
 Nationale Arbeitsgemeinschaft 17-17
 Nationale Front 18-13
 Nationale Sammlung 14-19
 Nationaleuropäisches Jugendwerk 15-11
 NDNV Neuer Deutscher Nationalverein 13-2
 NDW Nationaler Widerstand Deutschlands 12-3
 NEJ National-Europäisches Jugendwerk e.V. 11-12, 13-19, 15-10
 Nerocher Wandervogel 16-7
 Neue Front 13-21
 Neue Medien und Techniken 16-9
 Neuer Deutscher Nationalverein 17-5
 Neues Bewusstsein 14-11
 Neues Forum 14-11
 NF Nationalistische Front 11-9, 12-7, 13-15, 20, 14-19, 15-10, 16-19, 18-20, 19-5, 15, 16
 NFA Nationalfreieitliche Alternative 18-20
 NFB Nationaldemokratischer Hochschulbund 14-16, 18-15
 NKW Niederländisch-Kroatisches Arbeitskollektiv 19-15
 NL Nationale Liste 11-4, 12-3, 13-20, 14-19, 15-19, 19-6
 NL-Hamburg 16-19
 NLA National-Liberal-Aktion 15-14
 NO Nationale Offensive 12-9, 13-17, 20, 14-22, 16-10, 13, 17-6, 19-8, 15
 NOP Nationale Wiedergeburt Polens 15-16
 Nordische Bewegung 15-6
 Nordischer Kampfbund Deutsche Erneuerungsgemeinde 14-8
 Nordischer Ring 12-7, 19-14
 Nordland Verlag 16-12
 Northern League 16-5
 Nouvelle Ecole 16-5
 NP-Danmark 19-13
 NPJ Nationaldemokratische Partei Deutschlands 10-15, 16, 11-11, 12, 13, 14, 12-7, 16, 13-11, 12, 14, 19, 20, 21, 22, 23, 14-4, 16, 20, 22, 15-4, 9, 11, 13, 14, 15, 16-3, 6, 9, 10, 11, 12, 15, 19, 17-2, 4, 5, 18-7, 8, 10, 15, 17, 22, 19-15, 20
 NS Nationale Sammlung 12-3
 NSDAP 10-17, 12-13, 15, 17, 13-11, 14-8, 19, 15-14, 16-5, 12, 17-10, 18-5, 8, 19-11, 12, 19, 20, 22, 24
 NSDAP/AO -Auslands- u. Aufbauorganisation 13-22, 15-10, 19, 18-3, 11, 19-13, 14
 NSKG Nationalsozialistische Kampfgruppe Großdeutschland 13-22
O
 ODESSA Organisation der ehemaligen SS-Angehörigen 10-19
 ÖDP Ökologisch-Demokratische Partei 11-10, 11, 16-19, 17-6, 19-10
 ÖDR Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger e.V. 15-14, 19-20
 Organisation Gehlen 10-4
 Organisation Peters 10-4
 OSS Schweizer Geheimdienst 10-19
 Ost-West-Arbeitskreis 16-8
 Österreichischer Turnerbund 17-17
 ÖVP 17-18
P
 P2 Propaganda 2 10-3
 Panoeuropa-Union 16-13
 Parti Nationaliste Francois 18-13
 PDN Partide De Nationale 19-12
 PDS/Linke Liste 16-20, 18-4
 PLO 12-15
 PNFE 13-20, 18-10, 13
 Pro Vita Freiheitliche Initiative für das Leben 13-15
 Psi und christlicher Glaube 14-11
R
 RAF 12-10, 15-17, 18-17
 RCDS 17-5, 14
 REP 10-9, 11-7, 10, 11, 12, 13, 14, 12-7, 16, 13-2, 3, 14, 15, 14, 3, 16, 20, 22, 15-15, 16, 19, 16-6, 7, 10, 18, 19, 17-5, 7, 13, 14, 15, 16, 17, 22, 18-4, 5, 6, 7, 12, 15, 17, 19, 20, 22, 19-10
 Revolutionäres Antislavistisches Komitee 15-17
 RFR Rechte From FAP 17-19
 RRS Ring Freiheitlicher Studenten 11-10, 11, 12, 12-16, 14-20
 RRS Referat für Stichtreit 19-10
S
 SAMISTAD 13-20
 Sauerländer Aktionsfront 16-11, 18-20
 Schutzstaffel Ost 12-3
 Schwarze Front 15-12
 Schwarze Nazi-Internationale 10-19
 SAV Schutzbund für das deutsche Volk 11-10, 13-19
 SdV/NRAO Suche des Volkes/Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation 13-2
 SED 13-3, 4, 14-4
 Solidanoce 15-16, 17
 SPD 11-12, 12-10, 19, 13-2, 14, 3, 21, 16-15, 17-5, 16, 18-4, 9, 12, 15, 17, 19-3, 20
 SPÖ 17-18
 SPR Sozialistische Reichspartei 12-16, 13-22, 17-5
 SS 10-18, 11-16, 12-17, 13-4, 9, 17, 14-9, 16, 15-14, 17-11, 18, 18-8, 15, 22, 19-18, 19, 24
 Stille Hilfe 14-22, 15-3
 Stoßtrupp Nagold 13-22
 Stoßtrupp Rachen 13-22
 Studentenzentrum Welkestein e.V. 16-10, 17-5
T
 Technische Fraktion 17-13
 Technischer Dienst 10-4
 Thule-Gesellschaft 12-13
 Titelseite 19-14
U
 UÖD Unabhängige Ökologen Deutschlands 14-16, 16-19
 Utigen-Verband 15-6
 USB Unabhängiger Schulbund und 16-13
V
 VAPD Volkstreue Aufparlamentaristische Opposition 12-3, 15-19
 VdA 16-14
 VDR Volksbund Deutscher Ring 13-2
 VDS Verband deutscher Soldaten 19-19
 VDZ Verband deutscher Zeitschriftenverlage 17-16
 Verband der Sachischen Wehrwölfe 12-3
 Verein zur Altersverföhnung e.V. 11-8
 Verfassungsgutachter 16-6
 Verdingungsakte 1617
 Vokstfront 19-24
 VSBD/PdA Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit 19-20
 VVN/BdA 13-11, 14-14, 16-14, 19-15, 24
W
 Waffenbruderschaft Svaborg 10-3
 Warburg 92 16-16
 Wehrsportgruppe Fulda 13-22
 Wehrsportgruppe Hans-Joachim Peiper 12-3
 Wehrsportgruppe Trenck 16-19
 Wehrsportgruppe Wewerhoff 14-16
 Weiße-Armee-Fraktion 16-13
 Western Goals 16-6
 WBG Wählergemeinschaft freier Bürger 15-4
 Wilking-Jugend 12-9, 13-9, 20, 14-16, 16-7, 19, 17-16, 19, 18-4, 7, 19-14
 WOSAN Wohnungsunterstützungsinitiative 12-6
 WSL Weibland zum Schutz des Lebens 10-9, 11-10, 13-12, 14, 15-4
 WUNNS Weltunion Nationaler Sozialisten 16-12, 19-13

Fortsetzung von Seite 12

„abstrus“ (S. 17) bezeichnen, ideologiekritisch treffend ist eine solche Bemerkung jedoch kaum.

Daß sich Kratz mit Recht am Eitismus Bahros reißt, ist berechtigt, aber braucht man als Argumentationshilfe dazu wirklich das Zertbild von den „hierarchischen psychoteroristischen ‚Jugendsekten‘“ (S. 18)? Die bekannte sog. „Jugendsekten-Debatte“ ist inzwischen religionswissenschaftlich entchlüsselt als Versuch von Kirche, Parteien und Medien, abweichendes soziales und religiöses Verhalten von Jugendlichen - und nicht wenigen Erwachsenen übrigens auch - zu stigmatisieren... daß es in einigen Gruppen Psychoterror gab und gibt, ist damit nicht abgesritten.

Daß Kratz Bahros Elite mit den heutigen „Herrschenden“ - wer immer das ist - gleichsetzt, zeigt erneut, daß er die „Logik der Rettung“ nicht als das zu lesen versteht, was das Buch ist, nämlich als eigentlich religiöses Manifest, dessen politische Implikationen zugegebenmaßen höchst problematisch sind. Schon der Untertitel von Bahros Werk „Wer kann die Apokalypse aufhalten?“ hätte darauf aufmerksam machen müssen, daß es um eine spirituelle Wiedergeburt geht, die sämtliche

geistigen Traditionen des Abendlandes in priestertlich-prophetischer Attitüde dem Leser vor Augen stellen möchte, um ihn zur Umkehr zu bewegen. Der ersuchte „Fürst der Wende“ gehört ebenfalls zum Szenario apokalyptischer Traditionen, die man kennen muß, will man Bahro richtig verstehen - um ihn dann mit Recht zu kritisieren.

Und es sind gerade diese expliziten und impliziten christlich-abendländischen Traditionen, diese uralten Träume von „Heil“ und „Erlösung“, die Bahros Jünger ansprechen. Diese sind in der Regel entkirchlichte Intellektuelle, denen der alte Glauben und alte politische Wahrheiten zu Bruch gegangen sind und die daher umso gieriger auf Botschaften warten, die Erlösung hienieden - nicht im Jenseits - versprechen.

Kurzum, Bahros Buch ist auch ein Beleg dafür, wie hungrig viele nach religiöser Gewißheit sind und wie bedenkenlos manche Simstifter erst „die Alternativen“ und dann gar die „Logik der Rettung“ beschwören. Peter Kratz Artikel läßt vermuten, daß er wenig anzufangen weiß mit religiösen Traditionen und deren nach wie vor deutlicher Präsenz im heutigen Zeitgeist. Seinen Versuch, Bahros gesamte Ideen auf

völkisch-faschistische Verwandtschaften abzuklopfen, trifft oftmals ins Schwarze, stigmatisiert jedoch zu pauschal ein Denken, das sich auch aus ganz anderen Quellen speist.

Ist aber Bahro ausschließlich als Prä-Neo-Postfaschist oder ähnliches erst einmal entlarnt, wird sich keiner mehr genauer mit ihm befassen. Damit verpaßt man die Chance, etwas genauer zu begreifen, warum immer mehr Antworten auf die Krisen unserer Gesellschaft religiös sind. Daß solche Religiosität politische Voraussetzungen und Folgen hat, ist unbestritten. Ob sie so einfach „den Herrschenden“ nützt, wie Peter Kratz meint, weiß ich nicht. Die Träume von der Abwendung der Apokalypse sind jedenfalls älter als der Faschismus und damit auch durch ritualisierten Antifaschismus nicht zu erledigen. Daß sie immer mehr Anhänger auch unter ehemalig politisch denkenden Menschen finden, verweist eben auch auf die Krise „der Linken“, denen der realexistierende, schlechte Widerspruch zum Kapitalismus ebenso abhandeln gekommen ist wie die eigene politische Utopie. - Auch darüber wäre mit Peter Kratz sicher trefflich zu streiten.



Fritz Hollstein

Flick setzt auf Hitler

Am 26. Januar 1932 herrschte auf dem Düsseldorfor Arbeitsamt viel Betrieb, Schließlich zählte die Stadt über 65 000 Arbeitslose, und alle mußten zum Stempeln kommen. Von dort nahmen auch die Demonstrationen ihren Ausgang, wenn durch Notverordnung die königliche Unterstützung erneut gekürzt worden war. Doch heute hatte es einen anderen Anlaß.

„Hitler im Parkhotel“ verbreitete sich wie ein Lauffeuer, setzte Hunderte in Bewegung. Die durch Uniform erkennbaren SA-Leute wollten es einfach nicht glauben, daß ihr „Führer“ vor dem Industrieclub im benachbarten Parkhotel sprechen werde, wollten aber auch nicht mitmarschieren um sich zu überzeugen.

Wir, eine Gruppe junger Antifaschisten, feuerten uns über diese Verstärkung. „Nieder Mit Hitler! Hitler ist der Krieg“, riefen wir immer wieder, während vor den Fenstern des Parkhotels die Rolläden herunterrasselten. Bald war die Polizei auf dem Plan und sorgte nach bewährtem Muster für „Ruhe und Ordnung“. Eine Anzahl Antifaschisten sperrte sie in den Keller der Oper. Proteste ihrer Frauen brachten sie am Abend wieder heraus.

Doch auch drinnen, bei den 600 Bankiers und Kongressgewaltigen, war die Polizei-selbstverständlich äußerst maniertlich. Jedenfalls berichtete der Polizeipräsident dem Herrn Regierungspräsidenten, daß „fast alle Syndici der großen Werke sowie fast alle Direktoren der Vereinigten Stahlwerke anwesend waren“. Und er fügte hinzu: „Aus den Worten des Vorstandes so wie dem allgemeinen Beifall dürfte mit Recht gefolgert werden, daß die Versammlung mit dem Vorstand einer Meinung und mit den Ausführungen des Redners einverstanden war.“

Hitler hatte in seiner Rede die „Autorität der Persönlichkeit“ betont und die Demokratie als „Prinzip der Zerstörung“ bezeichnet. Er versprach den Anwesenden die Zerschlagung der Arbeiterbewegung, die Zerstörung der Gewerkschaften, Abschaffung demokratischer Wahlen, Ausbau der Reichswehr, verstärkte Rüstung und mehr Lebensraum im Osten.

„Nur ganz wenige haben ihre zurückhaltende Art zum Ende der Rede beubehalten. Am Schluß gab es ungehemmten Dauerbeifall“, berichtet der Teilnehmer Paul Kleinwefers in seine Memoiren „Jahrgang 1905“. Der Krefelder Maschinenfabrikant und Ehrensenator sieht auch heute noch im Dritten Reich „eine fast ideale Wirtschafts- und Sozialordnung“.

Thyssen hatte das Treffen im Industrieclub arrangiert. Er finanzierte Hitler bereits 1923 und hatte gemeinsam mit Emil Kirdorf das Ruhrkohlen syndikat veranlaßt, der NSDAP ab 1.1.1931 pro verkaufter Tonne Kohle 5 Pf zu spenden. Hitlers Pressechef Otto Dietrich bezeichnet diese Begegnung voller Begeisterung im Industrieclub als Weichenstellung und sagt rückblickend: „Die Wirkung bei den Wirtschaftlern war tief und zeigte sich in den nächsten Kampfnationen.“

Unter den Teilnehmern befanden sich Flick, Haniel, Voegler (Vereinigte Stahlwerke),



Flick setzt auf Hitler

Zangen (Mannesmann), Poensgen (Stahlwerksverband), Krupp, Henkel (Persil), Springorum (Hoesch), Kirdorf (Gelsenkirchener Bergwerks AG und Mitbegründer des Kohlesyndikats). Viele dieser Konzerngrößen standen später - nach 1945 - auf der Liste der 42 Kriegsverbrecher, die der amerikanische Kilgore-Ausschuß vorlegte und in der es heißt: „Es ist nicht wahr, daß die deutschen Großindustriellen sich erst im letzten Augenblick und halb gezwungen dem Nationalsozialismus angeschlossen haben. Sie waren von Anfang an seine begeisterten Förderer einwandfrei mitschuldig an den von den Nationalsozialisten in ihrer Sucht nach Welt Herrschaft gegen die Völker der Erde verübten Verbrechen.“

Der Rechte Rand

Friedrich Flick stand nicht nur auf der Liste, sondern wurde auch vom amerikanischen Militärgerichtshof IV in Nürnberg zu 7 Jahren Gefängnis verurteilt, jedoch vorzeitig entlassen. Hitlers Weltwirtschaftsführer wurde wie der gebraucht.

Flick, der in der Weimarer Republik zuerst Stresemann und dann Brüning finanziert hatte, setzte nach dem 26.1.32 auf Hitler. Kurz nach des "Führers" Auftritt vor dem Industriecolub wurde in einer Begegnung unter vier Augen zwischen Flick und Hitler ein Schlachtplan entwickelt und regelmäßige Finanzierungen mit NSDAP vereinbart. Als Hitler ein Jahr später zum Kanzler gemacht wurde, konnte Flick bereits eine vorbereitete Rüstungskonkschrift vorlegen. Doch bis dahin gab es in diesem turbulenten Jahr 1932 noch manches Hindernis zu überwinden. Am 30. Mai - die Arbeitslosigkeit beläuft sich auf 6 1/2 Millionen - übernimmt der ebenfalls von Flick ausgehaltene Franz von Papen die Notstandsregierung des Heinrich Brüning, der bis dahin auch auf der Spendenliste stand. Mit seinem Staatsstreich gegen die sozialdemokratische Regierung in Preußen am 20. Juli 1932 begann die konsequente Entwicklung zum NS-Staat.

Zu diesem Zeitpunkt werden in den vertraulichen "Deutschen Führerbriefen" des Reichsverbandes der Deutschen Industrie "die positiven Möglichkeiten und Aufgaben des Nationalsozialismus" unterstrichen, weil die wirtschaftliche Not die bisherige Bindungskraft der Arbeitserschaft in der Richtung auf den Kommunismus ins Gleiten gerät. Schon ein Jahr zuvor hatte die "Wirtschaftspolitische Vereinigung Frankfurt" am 27. Juli 1931 den Reichspräsidenten als "Heerführer des Weltkrieges" gebeten, der NSDAP und der Deutschen nationalen Volkspartei (DNVP) sein Vertrauen zu schenken. Die Vereinigten Va-

terländischen Verbände Deutschlands überbrachten diese Eingabe, die von Repräsentanten der Krupp-Werke und der IG-Farbenindustrie AG unterzeichnet war.

Ein "Freundeskreis Keppler" (später "Freundeskreis des Reichsführers SS Himmler") sah in der Absicht, die Gewerkschaften abzuschaffen, eine "hervorragende Idee" und stellte Millionenbeträge zu Verfügung. Dem vizezönsönen umfassenden Kreis gehörten u.a. an: Friedrich Flick, die Bankiers Kurt von Schroder (Kölner Bankhaus Stein), Emil Meyer (Dresdner Bank), Graf von Bismarck für die Landwirtschaft, Hjalmar Schacht, Heinrich Büttelisch (IG-Farben), der später das Bundesverdienstkreuz erhielt, Karl Blessing (Deutsche Bank).

Die Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 führten am 13. August zu Verhandlungen des Reichspräsidenten Hindenburg mit Papen, Schleicher und Hitler über eine Regierungsteilung der NSDAP. Doch Hitler will die ganze Macht. Dazu finden sich Hindenburg und seine Berater nicht bereit. Wieder kommt es zur Wahl. Am 6. November bekommt Hitler Millionen Stimmen weniger, während die Arbeiterparteien stabil bleiben. Namhafte Industrielle, Bankiers und Großagrarier (Thyssen, Schacht, Freiherr von Schroeder usw.) fordern Hindenburg in einer Eingabe vom 19. November in einer Art Torschlusspanik auf, nicht mehr länger zu warten, sondern Adolf Hitler jetzt zum Kanzler zu machen. Doch erst kam noch ein letztes Zwischenspiel: Am 3. Dezember übernahm Papens Kriegsminister Kurt von Schleicher das Kabinett der Barone. Dieser wollte eine "befristete Diktatur" ausüben. Doch schon am 4. Januar 1933 wurden in der Köhler Villa des Bankiers Freiherr von Schroeder bei einer Zusammenkunft der Hochfinanz und des Herrn von Papen mit Hit-

ler, Heß, Himmler und Keppler entgültig die Weichen zur Machübertragung an Hitler und damit zur entgültigen Vernichtung der Demokratie, zur Dauerdiktatur gestellt. Am 30. Januar 1933 wurde Hitler von Hindenburg zum Kanzler berufen, von dem Mann, dessen Wiedewahl als Reichspräsident von der SPD unter der Losung betrieben worden war: Wer Hindenburg wählt, schlägt Hitler.

Trotz dieser erdrückenden Beweise für die von Konzernen und Banken betriebenen Machübertragung von Hitler, bemüht sich seit Jahren ein Heer von Weißwäschern, die Unschuld ihrer Auftraggeber zu beweisen. So schreibt Hagen Schulze in seinem Geschichtswerk "Weimar": "Die Konspiration zwischen 'Monopolkapital' und Hitler ist eine Schimäre". Für Rudolf Augstein ist Deutschland und die Welt Opfer der "Befriedigung der krabenhafte n Omnipotenzgelüste" Hitlers geworden. Auch Joachim C. Fest macht Hitler zum Einzelgänger und behauptet in seiner vielgelesenen Hitler-Biographie: "Tatsächlich war Hitler in einem wohl beispiellosen Grade alles an sich selbst und alles in einem: Lehrer seiner selbst, Organisator einer Partei und Schöpfer ihrer Ideologie, Taktiker und demagogische Größe, Führer, Staatsmann und während eines Jahrzehnis Bewegungszentrum der Welt."

Auch der Amerikaner Henry A. Turner sieht es als seine Aufgabe an, die "Legende über die Verantwortung der Großindustrie für die NS-Herrschaft" zu zerstören. Und er begründet auch gleich am Anfang seines Werkes "Faschismus und Kapitalismus in Deutschland", weshalb diese Legende zerstört werden muß: "Entspricht die weitverbreitete Ansicht, daß der Faschismus ein Produkt des modernen Kapitalismus ist, den Tatsachen, dann ist dieses System kaum noch zu verteidigen."



Demo-Aufruf: 60 Jahre danach

Aus der Geschichte lernen: Rassismus, Terror und Militarismus stoppen - Aufruf zum 30. Januar 1993

"Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Lösung, der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel." (aus dem Schwur der Überlebenden des KZ Buchenwald) Es sind mehr als nur Wurzeln da, die wieder für gültige Bitten sorgen. Eine neue Welt des Friedens und der Freiheit ohne Not und Zerstörung der Natur zu erbauen, bleibt vorfindigliche Aufgabe.

Am 30. Januar 1993 ist es 60 Jahre her, da den Nazis in Deutschland die Macht übertragen wurde. Ein Jahr nach seinem Treffen und seinem Pakt mit Vertretern von Industrie und Banken im Düsseldorfer Industriecolub war Hitler Reichskanzler. Dem gingen zwei Jahre offene und versteckte Paktereien konservativer Kräfte mit den Nazis voraus. Die Antifaschisten waren sich nicht einig. Obwohl viele darauf hingewiesen hatten, daß Hitler Krieg bedeutet, wurde die Gefahr des Faschismus unterschätzt. (...)

Heute gibt es wieder ein ausgeklühtes Netz neofaschistischer Organisationen. Heute gibt es wieder rassistischen Terror. Heute denken Politiker darüber nach, wie sie mit offenen und versteckten Koalitionen mit den "Republikanern" die demokratischen Kräfte zurückdrängen können. Heute fordern führende Politiker, das als Schlußfolgerung aus den faschistischen Verbrechen in unserer Verfassung verankerte Grundrecht auf Asyl abzuändern. Es besteht die Gefahr, daß dieses Grundrecht ausgehöhlt, ja sogar abgeschafft wird. Heute gibt es wieder in Politik und Medien jene Biedermänner, die vom "Boot, das voll ist" reden, wo einisi die Deutschen "eir Volk ohne Raum" waren. Heute gibt es wieder Generale und Minister, die darauf drängen, deutsche Truppen in aller Welt einzusetzen. Schon sind deutsche Truppen ir der Türkei, vor dem Balkan, in Kambodscha - obwohl das nach dem Grundgesetz nicht gestattet ist. In aller Welt sind deutsche Rüstungsexporture dabei, wenn es gilt aus Waffen Milliardengewinne zu machen. (...)

Auch wenn sich die Republikaner, die NPD und DVU als Fraktionen in Landesparlamenten "demokratischer" geben als die offen terroristischen FAP- und NF-Banden so stehen auch sie mit ihren Zielen in der Tradition der NSDAP, mit der sie die menschenverachtende These von der Ungleichheit und Ungleichwertigkeit der Menschen: gemeinsam haben. Es ist uns unerträglich, daß sie ihr rassistische Propaganda legal verbreiten und das Parteiprivileg ausnutzen können. (...) Wir rufen dazu auf, am 30. Januar 1993 in Düsseldorf, wo im Industriecolub das Verhängnis der Machübertragung an die Nazis begann, zu demonstrieren und die Ze bis dahin zu nutzen, um geeignete Aufrückungsaktionen über die Lehren der Geschichte einzuleiten und durchzuführen. Wir rufen auf zu vielfältigen Aktionen für de Frieden, gegen den Nationalismus und Rassismus. Wir rufen auf zur Gemeinsamkeit der Demokraten. Laßt uns in Schulen, Hochschulen und Kultureinrichtungen, i Betrieben, Gewerkschaften und Vereinigungen darüber sprechen, wohin Völkerraß und Rassismus, Rüstung und Ausplünderung der Völker, weltweite Einstütz deutscher Truppen, Intoleranz und Mißachtung der Freiheit Andersdenkender sowie Einschränkung der Bürgerrechte führen können.

Eine Bewegung 50 Jahre danach soll ihren Höhepunkt finden bei der Demonstration am 30. Januar 1993 unter dem Motto:

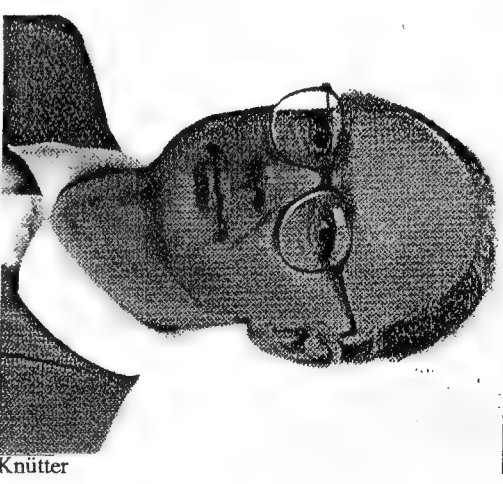
Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus Stoppt den Rassismus und Neofaschismus; Laßt die Flüchtlinge rein, aber Waffen un Bundeswehr nicht raus!

Demonstration und Kundgebung am Samstag, 30. Januar 1993 ab 11 Uhr, Treffpunkt am Thyssen-Haus (Gustav-Gründgen-Platz)

Wider dem Antifaschismus

Jürgen Grewen

Nichts ist den rechtsextremen Parteien und Gruppen wichtiger als die Legitimation, vor allem die wissenschaftliche Legitimation, um so den nötigen Schwung für ihre Kampagnen und die moralische Rechtfertigung für ihre Taten zu erhalten. So bekam der Feldzug gegen Flüchtlinge und Ausländer den nötigen Auftrieb 1981 durch das rassistische "Heidelberger Manifest", in dem westdeutsche Professoren zum "Kampf gegen die Unterwanderung des deutschen Volkes" aufriefen. Für die Verbreitung der "Auschwitzlüge" und der damit verbundenen Geschichts-"Revisionismus"-Kampagne griff man auf Pseudowissenschaftler wie Leuchter oder den Möchtegern-Historiker Irving zurück. Auch der neueste Feldzug gegen den Antifaschismus ("Anti-Antifa") kann auf universitäre Unterstützung verweisen.



Knüttler

die "Geistigen Grundlagen und politische Richtung der 'Nationalzeitung'" vorstellt, kommt er zu fragwürdigen Feststellungen: "Die 'Nationalzeitung' weist immer wieder auf die Methode der sowjetischen Außenpolitik hin, die Bundesrepublik mit dem NS-Deutschland zu identifizieren. Ziel dieser Vorwürfe ist es, in den westlichen Staaten Ressentiments gegen Deutschland aufzuführen und auf diese Weise den inneren Zusammenhalt des Westens zu schwächen. Von offizieller Seite in Westdeutschland werden diese Maßnahmen und vor allem ihre Erfolge bagatellisiert. Wenn die 'Nationalzeitung' und auch rechtsradikale Blätter auf diese Vorkommnisse dauernd hinweisen, so handeln sie zweifellos verdienstvoll und nehmen berechtigter Interessen des deutschen Volkes wahr... Die 'Nationalzeitung' füllt angesichts der Zurückhaltung offizieller Stellen und der allgemeinen Presse tatsächlich eine Lücke aus".

Seine Habilitation "Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik" (Düsseldorf 1971), wo er den deutschen Juden eine Eigenschuld an ihrer Vernichtung gibt, konsterniert seine Fachkollegen. "Unverständlich und ganz abwegig", so Arnold Paucker in der Zeit (5.5.72) und für Ernest Hamburger geben Knüttlers Folgerungen "Grund zu tiefer Sorge".

Anfang der 70er Jahre wird Knüttler als Professor für Politikwissenschaften an die Uni Bonn berufen und Mitglied im "Bund Freiheit der Wissenschaft". Wenig später wird er Vertrauensdozent der Konrad-Adenauer-Stiftung und Mitglied des wissenschaftlichen Beirates der Bonner Bundeszentrale für politische Bildung.

Einen zweifelhaften Ruf bekommt er zusätzlich durch seine Aktivitäten als "Jäger und Sammler". Laut Berichten der Studentenzeitung "Akt" brachte er mehrfach durch lancierte "Dossiers" und gezielte Hinweise an Behörden (so z.B. an den Staatsschutz) "links" von ihm stehende Menschen um ihren Arbeitsplatz.

Auch seine Einmischung bei lokalen gesellschaftspolitischen Ereignissen stößt auf Unverständnis. So z.B. als es um die Konzeption des in Bonn einzuziehenden "Haus der Geschichte" geht. "Die antifaschistische Gesin-

Ende der 80er Jahre konzentriert sich der "Extremismusexperte", der zunehmend von staatlichen Stellen (Innenministerium) zitiert wird, dem Kampf wieder dem Antifaschismus. Schriften und Artikel, die nicht in renommierten Verlagen untergebracht werden können, erscheinen im Selbstverlag. Dort ist seine Sprache ungeschliffener. In einem Vorwort kommen die klaren Motive für seinen "Anti-Antifaschismus" zum Vorschein: "Sie dient der Enttabuisierung des 'Faschismus' und der Kritik am 'Antifaschismus'". "Antifaschistisch" ist eine Haltung, die nicht nur moralisch, sondern ökonomisch argumentiert und auf die Herstellung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung abzielt... Wenn im alltäglichen Sprachgebrauch ganz allgemein vom 'Faschismus' gesprochen und der Ausdruck 'antifaschistisch' unüberlegt verwendet wird, so ist das für da politische Bewußtsein schädlich. Sprache und Denken hängen zusammen".

Die Geister, die ich rief...

Wer sich so engagiert wider dem Antifaschismus betätigt, darf sich über Zuspruch aus der rechtsextremen Ecke nicht wundern. Allerdings ist oft nicht zu unterscheiden von welcher Seite die Affinitäten ausgehen. So gibt sich Knüttler für ein Interview in der neonazistischen Zeitschrift "Europa vom" her, in dem er den "Republikanern" bescheinigt, keine extremistische Partei zu sein. Ein anderer Fall wiegt schwerer. Lange Zeit war Knüttler Mentor und Protegé eines von ihm an der Universität Bonn gegründeten "Ost-West-Arbeitskreises", der nach skandalösen Veranstaltungen mit dem rechtsextremistischen Hans Dietrich Sander, Auschwitzleugner David Irving und Neonazi Frank Rennicke aufgelöst wurde. Mehr noch, studentischen Funktionäre des Arbeitskreises waren gleichzeitig Mitglieder

Eins darf man vorwegnehmen, ein Neonazi ist Professor Knüttler beileide nicht. Da er sich Sachen Antifaschismus so vehement aus dem Fenster hängt, schadet es jedoch nicht sich näher mit ihm zu beschäftigen. Geboren am 9.5.1934 in Stralsund studiert er 1954-59 in Berlin Politikwissenschaften. 1960 promoviert er in Bonn. Schon die ersten Schriften sorgen für Aufsehen. In einem Sonderheft des DGB z.B., wo Knüttler eine Untersuchung über

Ein rechter Demokrat?

neonazistischer bzw. rechter Organisationen. **Ralf Küttelwesch**, Vorsitzender im Wintersemester 91/92, ist stellvertretender Bundesführer der "Viking-Jugend"-Abspaltung "Jugendbund Stummvogel". **Andreas Jahrov**, Vorsitzender vom Wintersemester 90/91 bis Sommersemester 91 ist Funktionär der neonazistischen "Initiative Gesamtdeutschland", die den "Ost-West-Arbeitskreis" zu ihrer akademischen Zweigstelle umfunktionierte. **Volker Siebalt**, mal stellvertretender Vorsitzender mal Kassenwart, war zusammen mit Jahrov Mitglied der "Jugendgruppe" des rechten "Kuratorium Unteilbares Deutschland". Das "Kuratorium" trennte sich von seiner "Jugend-

Erster Antirassistischer und Antifaschistischer Ratschlag in Thüringen

Am 7.11.92 fand im Haus der Gewerkschaften Erfurt mit zehn Diskussionsrunden und verschiedenen Kulturworkshops die erste thüringische antirassistische Aktionskonferenz statt. 300 meist junge Menschen waren dem Aufruf des DGB und anderer Initiativen gefolgt.

Die TeilnehmerInnen formulierten zum Abschluß des Ratschlages den "Erfurter Appell" (siehe Kasten), mit dem sie sich an die thüringischen BürgerInnen und Politik wenden und einklagen, daß aktiv gegen den wachsenden Rassismus und die neofaschistische Gewalt vorzugehen sei.

Der Opfer des Faschismus gedenken - Rassismus und Neofaschismus stoppen!

Mit dieser Lösung wurde am Abend die Aktionskonferenz mit einer Demonstration anläßlich dem 54. Jahrestag der Reichspogromnacht, an der sich 2000 Menschen beteiligten, abgeschlossen.

Es ist ruhig in Thüringen

Würde man der veröffentlichten Meinung und der thüringischen Politik glauben sehen, dann hätten die Veranstalter, ein Bündnis aus DGB GewerkschaftlerInnen und 300 Einzelpersonen aus den unterschiedlichen politischen Spektren bis hin zu den Autonomen, in Thüringen keinen Anlaß zu großer Aufgeregtheit. Das einzige was daran stimmt ist, daß es bisher in Thüringen noch kein Todesopfer des faschistischen Terrors gibt. Im übrigen stellt sich das Land "ganz normal deutsch" dar: Nazi-Schmierereien an den Häusernwänden, rechte Stöpseln auslandische und Linke Passanten an, im Thüringer Wald läßt die DNP unter den Augen der Staatsanwaltschaft ihre 3 Wehrsportgruppen den Ernstfall üben, in Arnstadt prügeln Neonazis, geduldet durch Polizei und Öffentlichkeit, mit mehr als 10 Überfällen allein im Jahr 1991 das unabhängige Jugendzentrum leer, betreiben Neonazis aus Niedersachsen, Hessen und Bayern beim noch unerfahrenen Ostdeutschen Faschisten Entwicklungshilfe. Eben, ein ganz normaler Teil des neonazistischer

gruppe" nach einigen Vorfällen wegen "Rechtslastigkeit". Ein Knüttler-Zögling namens **Andreas Zehnter** ist Mitglied des ersten "Neuen Deutschen Nationalvereins" (NDNV), in der sich "Republikaner" und Mitglieder des neofaschistischen "Ring Freieitlicher Studenten" (rfs) die Hand reichen. Mitglieder dieses Vereins tauchen öfters als Referenten im Seminar für politische Wissenschaften auf, so z.B. Dr. **Harald Rüdtenklaus** oder **Horst Groepper**. **Andreas Zehnter** ist einer der Mitautoren der im Selbstverlag Knüttlers erscheinenden Schriften. Sein Artikel "Antifaschismus im politischen Tageskampf. Die Bedeutung der VVN-Bund der Antifaschisten für

ten Deutschland. So normal, daß es der Veranstalter einer antifaschistischen Diskussion es talentlos hinnimmt, daß 20 Pascht sien (DVU, NPD, FAP) am 16.11. in Arnstadt diese fakedisch majorisierten.

Der erste antifaschistische Ratschlag ist ein Anfang, um in Thüringen ein Netz von Aktivitäten zu schaffen, daß sich dem wachsenden Rassismus, dem Schweigen der Mehrheit der Bevölkerung und den heuchlerischen Fensterreden der Politik in den Weg stellt. Für die Initiatoren ist es klar, daß dies nur gelingen kann, wenn alle Menschen und Organisationen, die bereit sind sich aktiv in diese Auseinandersetzung einzumischen und andere Positionen und Handlungsstrategien nicht ausgrenzen wollen, zusammenarbeiten. Dabei werden die nächsten Monate davon gekennzeichnet sein, mit aktionsbereiten Menschen konkrete Gegenwehr zu organisieren und insbesondere mit den Gewerkschaften Zusammenhänge zwischen Rassismus/Rechtsextremismus mit der Deindustrialisierungspolitik von Regierung und Treuhänder mit der damit einhergehenden Volksarbeitslosigkeit zu verdeutlichen und den Kampf um die Anpassung der sozialen und ökonomischen Verhältnisse zu verstärken. *Joseph Grüne, Erfurt-Thüringen*

Eichberg kam nicht Er wurde ausgeladen.

Am 17. und 18. August sollte Henning Eichberg, satirisch bekannter Vordenker der "Neuen Rechten" (Der Rechte Rand Nr.18), in Wolfenbüttel während der Sommer-Urlaubs Vortrag über das Festungswesen im Mittelalter halten. Als der Leiter der renommierten Wolfenbütteler Bibliothek, Prof. Niewöhner, erfuhr, wen er sich auf das Anraten der Hamburger Kollegen ins Haus geholt hatte, entschied er sich auf Druck der SeminarleiterInnen, Eichberg wieder auszuladen.

Schmerzlich für Eichberg, denn er benötigt Auftritte an renommierten wissenschaftlichen Einrichtungen für ein Verfahren an der Stuttgarter Universität, wo er den Titel eines "deutschen" Professors erhalten will. Wie üblich wirbt er bei solchen Gelegenheiten mit seinen "wissenschaftlichen" Arbeiten und nicht mit seinen Beiträgen in den neo-faschistischen

die kommunistische Blindenpolitik" ist wegen seiner Fußnoten interessant. Hier wurde nicht nur fleißig gesammelt - auch Informationen aus zweifelhaften Kanälen flossen mit ein.

Nicht von ungefähr, so darf man vermuten, wurde die "Anti-Antifa Bonn" von Mitgliedern der "Initiative Gesamtdeutschland" gegründet. Offensichtlich fühlen sich neonazistische Kreise durch die universitäre Schutzhilfe legitimiert mit Gewalt gegen Antifaschisten vorzugehen. Wie sagte doch Knüttler: "Sprache und Denken hängen zusammen" aber augenscheinlich auch das Handeln.

Blättern "wir selbst" oder den "Burschen-schaftlichen Blättern". Aber auch in seinen akademischen Arbeiten läßt sich anrüchiges finden, lautet doch seine zentralste These in einer sportwissenschaftlichen Arbeit, daß "Neger langsamer seien als Weiße". Spannend bleibt die Frage nach den Referenzen, die Eichberg vorweisen muß, wenn er sein Anerkennungsverfahren in Stuttgart durchziehen will. Ob der einschlägig bekannte Soziologe **Robert Hepp** aus Vechta seinen Freund Eichberg wieder vor vermeintlichen "Denunziationen" schützt, wie er es in der "Jungen Freiheit" schon einmal mit einer Rezension zu dem Werk von Teichmann unternahm, der die Arbeiten Eichbergs sorgfältig auf seine pseudowissenschaftlichen Erkenntnisse hin überprüfte?

Publizistisches Techtelmechtel

Berg (Bayern). Die Verlagsgemeinschaft Berg (VGB) von Gert Sudholt (Zirkelsohn von Helmut Sündermann, ehemals stellvertretender Reichspressechef der NSDAP) hat im Rahmen ihrer Reihe "Deutsche Geschichte" den ca. 150 Seiten starken Band "Die Tschelchowskaker. Das Ende einer Fehlkonstruktion" (DM 24.80) vorgelegt. Bezeichnend ist das eintürmliche Nebeneinander von Autoren aus dem christsozialen Lager (z.B. Walter Becher, ehemals CSU-Bundestagsabgeordneter, Herbert Czajka, Ex-MdB der CDU), der neurechten Professorenschaft (z.B. Lothar Bossle, Hellmut Diwald) und Rechtsextremisten (z.B. Walter Staffa, Vorsitzender des Wütko-Bundes). A.M.

Der Autor des nebenstehenden Artikels, Jens Dobler, lebt als freier Journalist in Berlin. Seit 1.5.92 führt er zuerst im Auftrag des "Schwulen Forum Niedersachsen" eine Untersuchung über das Ausmaß antihomosexueller Gewalt in Niedersachsen durch. Seit Oktober zeichnet das niedersächsische Sozialministerium für dieselbe Untersuchung die Auftragsüberschuldung. Die Studie soll Ende April abgeschlossen sein. Jens Dobler ist interessiert an Informationen und Hintergrundmaterialien von Anschlügen und Angriffen Neonazis gegen Schwule und schwule Einrichtungen. Kontakt über den Rechten Rand.

Jens Dobler Antischwule Gewalt in Niedersachsen

„Gewalt gegen Schwule“ ist ein relativ junges Thema innerhalb der Schwulbewegung. Das Problem aber ist keineswegs jung, es ist keineswegs nur ein deutsches Problem und die Ursachen sind nicht nur im Rechtsradikalismus zu suchen. Es taucht immer dort auf, wo Männer mit Homosexualität oder ihren eigenen homosexuellen Anteilen Probleme bekommen und diese durch Gewalt zu lösen versuchen. Warum in den letzten Jahren aber vor allem junge Männer zuschlagen und das Problem in Deutschland eine besondere Brisanz hat versucht nachfolgender Artikel aufzuzeigen.

Gewaltübergriffe gegen Schwule die von massiver Beleidigung über Körperverletzung bis hin zum Mord reichen, werden in den letzten Jahren aus vielen Ländern, selbst aus Australien gemeldet. Ob damit schon der Beweis einer Häufung erbracht ist, bleibt fraglich. Gründe sind hierfür eher in einer verbesserten schwulen Infrastruktur zu suchen. Aber auch in Deutschland häufen sich die Berichte über antischwule Gewalt in den letzten Jahren, trotzdem sind Gewaltübergriffe bereits seit der Jahrhundertwende dokumentiert. Über das Ausmaß der Gewalt gibt es keine verlässlichen Zahlen. Fest steht, daß die bekanntgewordenen Fälle nur die Spitze des Eisberges darstellen. Die Dunkelziffer liegt zwischen 80 und 90 Prozent. In den USA ist seit 1984 (dem Jahr von AIDS) eine eindeutige Zunahme zu verzeichnen. In Deutschland ist dies wegen fehlender Statistiken und Forschungen nicht festzustellen, auch scheint AIDS in der Motivation der Täter keine primäre Rolle zu spielen.

Wegen fehlender Forschung liegen bisher auch keine eindeutigen Täterprofile vor. Täter scheinen, der „normale Jugendliche“ von nebenan, bis hin zum brutalen Gewalttäter der auf alles draufschlägt was ihm in die Quere kommt, zu sein. Aus den Erfahrungen der letzten Jahre lassen sich bei den Tätern trotzdem eindeutige Aussagen treffen. Die klassische Jugendbande (so es sie denn noch gibt) ist es in der Regel nicht. Eher sind es sich zufällig zusammenfindende Jugendliche die nach gemeinsamen Sauftour zum „Schwulenticken“ losziehen. Die sehr gefährlichen Kapitalverbrechen werden in der Regel durch sich als Stricher ausgebende Einzelpersonen begangen. Auch Ausländer, vor allem mit islamischer Religionszugehörigkeit, stellen ein nicht zu unterschätzendes Täterpotential dar. Vom alltäglichen Rassismus auf den Straßen geheizt suchen sie sich einen Blitzableiter der gesellschaftlich mindestens genauso geächtet ist wie sie selbst. Auch gemischtnationale Gruppen treten auf. Hier findet die multikulturelle Vereinigung übers gemeinsame neue Feindbild - den Schwulen - statt.

Rechtsradikale Jugendliche, und bei denen soll hier der Schwerpunkt liegen, stellen nach vorsichtigen Schätzungen „nur“ circa 10% des Täterpotentials dar. Hierzu wird gezählt, wer

als solcher (Skinhead) zu erkennen ist oder während der Tat mit eindeutigen Parolen rumbrüllt. Es lassen sich organisierte und unorganisierte Vorgehensweisen unterscheiden.

- 1986 wird in Göttingen ein Schwuler von den FAP-Mitgliedern Jörg Latzkowiak und Schaper in der Schwulendisco „Big Apple“ eindeutig sexual angemaht. Zu dritt verlassen sie die Disco. In der Innenstadt verprügeln sie ihn schwer.



- 1990 und '91 kommt es in Wilhelmshaven in und vor schwulen Kneipen und an schwulen Treffpunkten immer wieder zu Überfällen mit teils lebensgefährlichen Verletzungen.

„Unorganisiert“ meint also, das unabgesprochene, nicht von langer Hand geplante Vorgehen gegen Schwule. „Schwule klatschen“ auf den Nach-Hause-Weg, weil man sonst ja nichts besseres zu tun hat. Auch der Mord an dem 72-jährigen Erwin Schacht, im Januar 1990 in Hannover, durch das FAP-Mitglied Maik Berget, muß als unorganisiert betrachtet werden. Der 18-jährige war durch die Kriegsberichte des Rentners so fasziniert, daß er ohne zu überlegen mit in seine Wohnung ging. Über die anschließenden Annäherungsversuche sei er so schockiert gewesen, daß er den Mann mit mehreren Gegenständen erschlug.

Diesen Fällen gegenüber stehen eine Reihe von Anschlägen die organisierte Strukturen aufweisen:

- 1989, '90, und '91 werden bei der Hildesheimer Aids-Hilfe und bei einem HIV-positiven Schwulen in einem Dorf in der Nähe von Hildesheim, Hakenkreuze gesprüht und die Fenster eingeschlagen. - 1989 werden in Hannover gleichzeitig drei Schwulenknäipen von Skinheads überfallen, Gäste verletzt und Mobiliar zerstört.

- Im November 1987 wird in Braunschweig von 20 Skinheads die Frontscheibe der Schwulenkeipe „San Francisco“ eingeschlagen.

Durch die Neuorganisierung der militanten Rechten nach Kihnens Tod und des zunehmenden Erfolg's rechtsradikaler Angriffe, besteht aus dieser Ecke zur Zeit die größte Gefahr einer Zunahme von Angriffen gegen Schwule und schwule Einrichtungen. Ob auch hier die Bevölkerung klarschend daneben steht bleibt abzuwarten.

Neben den individualpsychologischen Hintergrundgründen der Täter haben wir es gleich mit zwei gesellschaftlich bedingten Komponenten zu tun, hinter denen antischwule Gewalt zu verstehen ist. Noch immer gilt: schwul=weiblich=negativ oder unmännlich=schwul. Noch immer werden Normen-von-Männlichkeit verkauft die für den/die Darüberstehende/n schlicht als albern erscheinen, den männlichen Jugendlichen aber in starke Identifikationskonflikte bringen. Weiche Seiten im jungen Mann werden bekämpft, noch immer tabuisierte homosexuelle Erlebnisse während der Pubertät gar, führen in Krisen. Der junge Mann will oder muß sich und anderen beweisen, daß er nicht schwul, d.h. ein ganzer Mann ist. Das Angreifen von Schwulen scheint hierfür der beste Beweis zu sein.

Zu recht allerdings weist Manfred Eiding, Autor des Buches „Schwule Klatschen“ (eine Studie über antischwule Gewalt in München) auf ein besonders deutsches Problem hin: „Auch Täter, die sich nicht als rechtsradikal begreifen, beschimpfen oder bedrohen ihre Opfer oft mit Nazi-Parolen“. „Unwert“, „Widernatürlich“, „Schwule in die Gaskammer“, sind einige Beispiele. „Es ist“, so Eiding, „als ob sich denjenigen, die Homosexualität ablehnen, solche Parolen förmlich aufdrängen. Das Verdängte - in diesem Fall die nationalsozialistische Homosexuellen-Verfolgung - kehrt auf diese Weise wieder“. Die Nazi-Fassung des 175 hatte bis 1969 Bestand. Für Schwule war das Dritte Reich erst 24 Jahre später vorbei. Die wenigen überlebenden Rosa-Winkel-Häftlinge galten in der Bundesrepublik weiter als vorbestraft. Dieses Kapitel Reichs- und Bundesdeutscher Schwulenverfolgung wurde nie aufgearbeitet. Man weiß bis heute noch nicht genau wieviele Schwule in den Konzentrationslagern umgebracht wurden. Die Schätzungen reichen von mindestens 20.000 bis 50.000 Toten. Erst in den letzten Jahren konnten Entschädigungen auch für ehemalige Rosa-Winkel-Häftlinge durchgesetzt werden. Mit der Würdigung homosexueller Opfer des Nazi-Regimes auf Gedenktafeln etc. haben noch heute nicht wenige Probleme. Schwulenhaß ist ein Kulturgut in Deutschland. Die Söhne machen nach, was ihnen ihre Väter einge-trichtert haben.

Dr. Ulrich Schneider

Ein wichtiger Schritt nach vorne!

Eindrücke vom Gedenkstättenkongreß in Braunschweig

Das wichtigste Ergebnis des Kongresses "Zukunft der Gedenkstätten zur Erinnerung an Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus" vom 6.-8. November 1992 in Braunschweig war sicherlich folgendes:

Es fand ein Dialog zwischen Gedenkstätten bzw. ihren Mitarbeitern und Interessierten aus Initiativen und Organisationen, zwischen "Alten" (den Vertretern der Opferverbände) und "Jungen" (den Mitarbeitern, Historikern, politischen Antifaschisten), zwischen Ost und West und zwischen den Antifaschisten selbst.

An diesem Dialog beteiligten sich etwa 220 Menschen aus Lagergemeinschaften, Gedenkstätten, antifaschistischen Organisationen und politischen bzw. Bildungseinrichtungen. Vertreter aus 10 verschiedenen Ländern waren nach Braunschweig angereist. So vereinigte die Tagung in sich eine Summe an Kompetenz und Erfahrung wie sie in den letzten Jahren nicht zusammengekommen ist.

Nach einem eindrucksvollen kulturellen Auftakt am Freitagabend mit Esther und Edna Bejerano und der Gruppe Coincidence begann die eigentliche Arbeit des Kongresses mit der Plenumsveranstaltung am Samstag. Als Vertreter der Lagergemeinschaften und Opferverbände kamen Esther Bejerano (Auschwitz-Komitee in der BRD), Edgar Bamberger (Verband der Sint und Roma) und Leo von Vessum (Niederlande, Vizepräsident des internationalen Komitees Buchenwald-Dora) zu Wort. Als Vertreter der Politik referierte Minister Jürgen Trittin über Ziele und Wege der Gedenkstättenarbeit in Niedersachsen. Anschließend legten Prof. W. Wippermann (Wenn nutzen Gedenkstätten?) und Prof. K. Pätzold (Gedenkstättenarbeit vor dem Hintergrund des 9. November, dem Jahrestag der Reichspogromnacht) in eindrucksvollen Referaten wissenschaftliche Diskussionsergebnisse vor. In einem sehr sensiblen Beitrag von Prof. A. Noll wurden noch einmal die Dimensionen von Trauen und Erinnern deutlich.

Die gemeinsame Aussage aller Beiträge läßt sich dabei auf folgende drei Punkte zusammenfassen:

1. Gedenkstättenarbeit ist auch zukünftig von großer Aktualität, nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Verfalls der Gedenkstätten Auschwitz, der Brandstiftungen auf die KZ-Gedenkstätten Sachsenhausen, Ravensbrück und der Schändung der Gedenkstätte Überlingen.
2. In der weiteren Arbeit müssen - in Ost und West - dringend vorhandene Defizite, die "vergessenen/verdrängten Opfergruppen" in den Blick genommen werden.
3. Eine Gleichsetzung oder Vermischung der KZ-Gedenkstätte mit den Opfern der alliierten

Internierungslager ist weder wissenschaftlich noch aus der Sicht der Opferverbände akzeptabel.

Einen nicht zu unterschätzenden Beitrag des Kongresses brachte sicherlich auch der "inoffizielle" Teil, die Gespräche am Rande der Veranstaltungen, die Kontakte und Austauschmöglichkeiten. Dies fand ebenfalls in den insgesamt 11 Workshops zu Themen wie "Gedenkstätten als Lernorte", "Zwischen Historie und Hoyerswerda", "Die Täter", "Euthanasie und Eugenik" oder "Wider die Abwicklung des Antifaschismus" seinen Niederschlag. Hier ergaben sich rege Diskussionen und Formen des Informationsaustausches, die es bisher noch nicht gegeben hatte. Selbst dort, wo teilweise bekannte Meinungen aufeinander stießen, war es in den Arbeitsgruppen möglich, unterschiedliche Positionen zu diskutieren.

Daß ein solcher Dialog nicht reibungslos sein würde und teilweise erst noch gelernt werden muß, zeigte sich am Samstagabend bei der Diskussion über die Situation der Gedenkstätten in der ehemaligen DDR. Mangels adäquater Adressaten (Mitarbeiter der Gedenkstätte Sachsenhausen bzw. Vertreter der brandenburgischen Kommission waren nicht anwesend) wurden teilweise pauschal Forderungen und Vorwürfe gegen die großen Gedenkstätten in den neuen Bundesländern erhoben. Dabei kann es weder toleriert noch entschuldigend werden, daß - wie geschehen - in unqualifizierter und verletzender Weise Mitarbeiter der Gedenkstätte Buchenwald, die sich als Dialogpartner auf dem Kongreß befanden, angegriffen wurden.

Eindrucksvoll für alle Teilnehmer war am folgenden Tag sicherlich der Besuch der KZ Gedenkstätte Salzgitter-Drütle, einem KZ Außenlager, das sich auf dem Werksgelände der Stahlwerke Peine-Salzgitter in Errichtung befindet. Von Mitgliedern des Arbeitskreises Stadtgeschichte wurde eine Einführung in die Geschichte des Außenlagers gegeben und Fragen und Probleme bei der Einrichtung dieser Gedenkstätte erläutert. Zur Erinnerung aller Opfer der faschistischen Konzentrations- und Vernichtungslager legten die Teilnehmer in dieser Gedenkstätte Kränze nieder.

Den Abschluß des Kongresses bildete eine Plenumsveranstaltung, auf der - ausgehend von den Diskussionen der Workshops und den Referaten des Vortages - Forderungen für die zukünftige Gedenkstättenarbeit entwickelt wurden. In insgesamt sechs Punkten wurden die Ergebnisse zusammengefaßt. Es wurde dabei betont, daß dieser Kongreß nicht den Abschluß, sondern den Auftakt zum weiteren Dialog aller an der Gedenkstättenarbeit interessierten Kräfte bilden sollte. Weitere Gespräche sollten im Rahmen des Gedenkstättenverbandes, auf den regelmäßigen Seminaren von der Aktion Stillezeichen/Friedensdienste und auf

regionaler Ebene bzw. unter thematischer Fragestellung stattfinden. Als konkreter Diskussionspunkt wurde empfohlen, sich intensiv und inhaltlich mit den Empfehlungen der brandenburgischen Kommission zur Neugestaltung der Gedenkstätten und den Materialien des Hearings vom Frühjahr 1992 auseinanderzusetzen.

Die Ergebnisse des Kongresses, die Referate, die Materialien der Workshops und die Abschlusserklärung sollen in absehbarer Zeit veröffentlicht werden.

AKTION: EINGREIFEN!

Buttons mit der Aufschrift "Gegen Nazis und Rassisten: Ich greife ein!" Die Initiatoren wollen mit dieser Button-Aktion versuchen, das Nicht-Verhalten und die heimliche Akzeptanz gegenüber rassistischen und faschistischen Äußerungen in alltäglichen Situationen zu untergraben und die genannten Buttons möglichst weite in der Öffentlichkeit zu verbreiten. Dem Argument, daß Buttons oft der Ersatz für praktisches Handeln seien, halten die Initiatoren den der Aktion entgegen, daß sich jeder mit dem Ausstecken des Buttons "Ich greife ein!" auf praktisches Handeln einlasse und jederzeit beim Wort genommen werden könne. "Diese Art der Selbstverpflichtung ist die Hürde der ganzen Aktion - und damit gleichzeitig ihr politischer Inhalt. Es erfordert eine innere Selbstverwindung, sich so weit vorzuwagen, aber gerade auf diese Bereitschaft, sich zu zeigen, sich vorzuwagen, kommt es unserer Ansicht nach jetzt an."

Infos und Bezugsbedingungen Aktion: Ein greifendes Fasz-Abz. K. o. chstr. 18, 1000 Berlin 61, Telefon: 030/25902280

Verstorben

Hechhausen - Im Alter von 63 Jahren verstarb am 18. September 1992 Edgar W. Geiß. 1978 machte Geiß auf sich aufmerksam, als er das "Tagbuch der Anne Frank" als Fälschung denunzierte. Im März 1990 wurde Geiß nach langjährigen prozessualen Auseinandersetzungen dafür zu einer geringen Geldstrafe verurteilt. Geiß gehörte zum Umfeld des Michael Kühnen und war 1978 Sprecher der "Aktionsfront Nationaler Sozialisten" (ANS). 1981 erschien Geiß als Trauergast bei der Beerdigung des Kriegsverbrechers Admiral Dönitz. Bei der Beisetzung am 1. Oktober hielt "sein jahrelanger Mitkämpfer", der Hanburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger, den Nachruf auf den einstigen Vorsitzenden der "Bürgerinitiative gegen Kriegsschuld und antideutsche Graueln". In der aktuellen Ausgabe der "Neuen Front" heißt es in einem Nachruf über Geiß: "Kauertad Geiss war einer der letzten aktiven Weggefährten unseres Michael Kühnen aus dem Gründungsjahr unserer Bewegung 1977. Die Gesamtgemeinschaft verliert einen der innersten Nationalsozialisten."

Die Offensive des Bundes der Vertriebenen für die "historische Wahrheit"

Ulja Jelpke/Albrecht Maurer/Helmut Schröder

Die im Oktober beendete Veranstaltungsreihe des Bundes der Vertriebenen (BdV) zum "Tag der Heimat" stellte der BdV unter das Motto "Für Recht und geschichtliche Wahrheit". Der BdV unterstrich damit eindrucksvoll die Richtigkeit der Äußerungen des ehemaligen BdV-Generalsekretärs Koschyk, daß sich der BdV "auf radikalem Kurs" befinde (Welt, 17.6.92) und die "Kräfte der Vernunft und der Mitte" zunehmend aus diesem Verband verdrängt werden würden (FAZ, 17.6.92). Es ist sicherlich kein Zufall, daß der aus Bundeswirtschaftsminister Riedl in Peenemünde - just in dieser Zeit nach der "historischen Wahrheit" sucht. Aber auch andere wollen verstärkt die "Wahrheit" und ziehen gegen "Geschichtslügen" zu Felde.

Im Juli diesen Jahres verurteilte ein Schöffengericht des Amtsgerichts München den Herausgeber des Trabant-Anzeigers und Münchner Anzeigers, Alfred Detscher, wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß, der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und Beleidigung zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr auf Bewährung. Detscher hatte u.a. den geschichtsrevisionistischen Aufruf "Wir verlangen die Wahrheit und unser Recht", der von mehreren hundert Faschisten unterschrieben war, im Münchner Anzeiger abdrucken lassen. Initiiert war dieser Aufruf von dem Almazi Otto-Ernst Remer. Mit diesem Aufruf, der den Hitler-Faschismus rehabilitieren will, indem er seine Verbrechen leugnet, bzw. abschwächt und relativiert, wird versucht, dem "deutschen Volk" ein neues Selbstbewußtsein einzupflanzen, um alte großdeutsche Pläne neu umsetzen zu können, getreu der Devise "Wahrheit macht frei".

Gemeint ist die Freiheit, im Geiste des Rassismus und Revanchismus die Ergebnisse der Niederlage des deutschen Faschismus von 1945 weiter zu korrigieren. Dies geht heute noch nicht so wie gewollt, denn, so die Logik dieses Aufrufs, "die Folgen der >Holocaust-Hetze< sind für unser Volk tödlich: Die Zahlungen für die >Wiedergutmachung< und für >Solidarleistungen< an fremde Völker erhöhen die Schuldenlast, die dieser Staat unseren Kindern und Kindeskindern auflädt. Die mit >allem, was im deutschen Namen Schreckliches geschah< begründete Freigabe unserer Heimat zur Besiedlung durch fremde Rassen und Völker zerstört allmählich und immer schneller unser Volk. Der gesetzwidrige Verzicht auf uraltes Land im deutschen Osten, begründet mit angeblichen Verbrechen des Deutschen Reiches an unseren Nachbarn, überantwortet Millionen Deutsche fremder Willkür und verstößt sie kurzzeitig aus dem deutschen Volke." (Münchner Anzeiger 49/1991)

Dieser Aufruf, der sich in die Tradition der "Auschwitz-Lüge" stellt, wurde nicht nur von offen neonazistischen Kräften unterzeichnet, sondern z.B. auch vom immer-noch-CSU-Mitglied und Mitglied des Witkobundes, Manfred Ritter, der durch seine ausländerfeindlichen Tiraden in seinem Buch "Stumm auf Europa" eine traurige Berühmtheit erlangte.

Seit geraumer Zeit, wenn auch nicht so brutal offen, streiten die Vertriebenenverbände mit der Front der Geschichtsrevisionisten. So ist es keine allzu große Überraschung, wenn der BdV den diesjährigen "Tag der Heimat" mit einem ähnlichen Motto ausgestattet hat. Daß der Veranstaltungsplan für den diesjährigen "Tag der Heimat" ausgerechnet in der Zeitung "Der Schlesier" abgedruckt war, überrascht nicht, denn gerade der "Schlesier" versucht seit geraumer Zeit an den Fragen der "Kriegsschuldfrage" und der "Umerzielung des deutschen Volkes" seine Leserinnenschaft für die Rückgewinnung der deutschen Ostgebiete zu gewinnen. Die Bedeutung des Motos "Für Recht und geschichtliche Wahrheit" erläuterte für das Präsidium des BdV Herbert Czaja. Er schrieb dazu: "Viele Vertriebenen vermischen häufig in Urteilen über Vergangenheit und Gegenwart das menschlich erreichbare Maß der geschichtlichen Wahrheit. Das menschlich erreichbare Recht ist ihnen in entscheidenden Bereichen noch immer versagt. (...) Die Unrechtsfolgen der Massenverbringung sind noch nicht beseitigt. (...) Wer sich in der Geschichte behaupten will, braucht ein klares Ziel." (Deutscher Ostdienst, 21.8.1992)

Für dieses Ziel agierten in diesem Jahr auf zahlreichen Veranstaltungen eine Reihe von Personen, die an ihren Interpretationen und Darstellung der "historischen Wahrheit" keine Zweifel lassen. So u.a.

* Christian Stoll, ehemaliger niedersächsischer Landesvorsitzender der Landsmannschaft der Oberschlesier, der durch seine Aktualisierung der Nazi-Parole vom "Volk ohne Raum" Aufsehen erregte. Stoll veröffentlichte auch in den rechtsextremen österreichischen "Eckartschriften" Nr. 98 das Buch "Die Deutschen im polnischen Herrschaftsbereich nach 1945", das die "National-Zeitung" so gelungen fand, daß sie daraus ausführlich nachdruckte.

* Alfred Schickel, Leiter der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI), der mit seinen geschichtsrevisionistischen Veröffentlichungen in der rechtsextremen Presse hofiert wird.

* Alfred Artelt, stellvertretender Landesvorsitzender des BdV in Niedersachsen und Autor in der rechtsextremen Zeitung "Wir selbst"

* Dieter Radau, Landesvorsitzender des BdV

in Niedersachsen, der den rechtsextremen Ostpolitischen Deutschen Studentenverband (ODS) unterstützte

* Franz Pahl von der Stüdtroler Volkspartei, der auch auf offen rechtsextremen Veranstaltungen als Referent auftrat und der neofaschistischen-Zeitung wie "Europa-vorn" als-Interviewpartner zur Verfügung stand.

In einer kurzen Zwischenbilanz der Veranstaltungsreihe kann dann auch der "Deutsche Ostdienst" (DOD) feststellen, daß sich "landauf, landab, heimatentreue Deutsche in zumeist überfüllten Sälen in ihren Ansprachen (bemühten) dem hohen Anspruch des diesjährigen Leitwortes gerecht zu werden." Dieses Bemühen stelle der DOD u.a. an dem Beispiel des Landesvorsitzenden von Hessen und Vizepräsident der im rechten Spektrum angesiedelten Panuropa-Union, der am 13.9.1992 in der Gießener Kongreßhalle "in gewohnter Leidenschaft" zu einer "Offensive für geschichtliche Wahrheit" aufrief. Seine "geschichtliche Wahrheit" über die Zeit nach dem ersten Weltkrieg: "Schon damals wurde uns Studentendeutschen das Selbstbestimmungsrecht nicht gewährt, mit Gewalt ein tschechoslowakischer Staat geschaffen, ohne die 3,5 Millionen Deutschen zu fragen und entscheiden zu lassen." Der DOD ergänzt dies: "Wäre damals das Selbstbestimmungsrecht anerkannt worden, hätte es die Ereignisse des Jahres 1938, das Münchner Abkommen, nicht gegeben." (DOD, 25.9.1992) Die hier klassische vorgetragene Entlastung des Hitler-Faschismus, dienst dazu die Verantwortung am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges auf andere Staaten abzuwälzen, und damit einhergehend Gebietsansprüche zu formulieren.

Der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Herbert Hupka, formulierte den gleichen Gedanken auf dem "Tag der Heimat" in Dresden ähnlich: "Die Oder-Neiße-Linie ist, das sei freimütig bestätigt, eine offene Grenze, aber sie ist, auch das muß festgestellt werden, eine Grenze des Unrechts. Es ist eine vom Diktator Josef Stalin gewaltsam gezogene und in der Vertreibung und Annexion widerrechtlich zur Grenze erklärte Linie." (DOD, 25.9.1992)

Daß der DOD getreu dieser Maxime "die historische Chance für einen nachbarschaftlichen

Neuanfang im Osten Europas“ sieht, muß von daher zur größten Besorgnis Anlaß geben. Auch nicht gerade beruhigend ist die Tatsache, daß bei den Veranstaltungen zum „Tag der Heimat“ für „Recht und geschichtliche Wahrheit“ nicht nur Unionspolitiker vom rechten Flügel wie Gauweiler und Mayer-Vorfelder angetreten waren, sondern auch Politiker wie Bundesumweltminister Töpfer und Bundeskanzler Helmut Kohl.

Aber offenbar ist weiterhin die Linie im Bundesministerium des Innern: Den BdV vor jeder antifaschistischen Kritik schützen und ihm stattdessen großzügig mit finanziellen Mitteln ausstatten, jede Übernahme rechtsextremer Positionen durch den BdV oder Vertriebenenzeitleugen und abstreiten. Und dies auch in völlig offenkundigen Fällen, wie bei der Vertriebenenzeitung „Der Schlesier“, dessen publizistische Tätigkeit sich fast ausschließlich darin erschöpft, die neofaschistische Presse wiederzukaufen und bei dem das BMI bis heute noch keine ausreichenden Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen zu erkennen vermag. Das ist vielleicht auch schwierig für einen zuständigen Staatssekretär wie Eduard Lintner (CSU, Studentenrat der deutschen Landmannschaft), der selber der durch ein Interview Reputation verliert und bis heute nicht erkennen kann oder will, daß die These von der „Umerziehung“ eine rechtsextreme ist.

Politiker wie Riedl und Lintner sorgen dafür, daß die Neofaschisten sich nicht isoliert vorkommen müssen und ihre Lügen Stück für Stück zur „Wahrheit“ werden.

Vertriebene gegen "Umerzieher und Kriegsschuldflühe"

Im "Schlesier" polemisierte dessen regelmäßiger Autor Kartheinz Bruns gegen den "Verzichtspolitiker" Schäuble, der auf der Auftaktveranstaltung zum 43. "Tag der Heimat" in Berlin gesagt hatte, "obwohl das deutsche Volk unter Hitler schwere moralische und politische Schuld auf sich geladen habe, sei die Vertreibung von 14 Millionen Deutschen Unrecht gewesen". Bruns, der auch in der Frey-Presse publiziert, war das entschieden zu viel: "Entsprechend dem Zeitgeist soll das gesamte deutsche Volk in den Schuldurm der Geschichte gesperrt werden, wobei der jungen Generation und selbst den noch Ungeborenen eine >besondere< Verantwortung auferlegt wird. Eine absurde These pauschaler Verurteilung, die sich kein Volk der Erde zueigen macht, denn eine mehr oder weniger inhumane Vergangenheit haben schließlich alle zu bewältigen."

Der Neofaschist Bruns kauft alle NS-Propaganda wieder, die zur Vorbereitung des Polenfeldzuges durch die Nazi-Wehrmacht diente: "Was allerdings schon lange vor Hitler von Polen zu verantworten ist, wird ausgetakelt und bleibt der geschichtlichen Wahrheitfindung vorbehalten. Wer erfährt in diesem Zusammenhang heute, daß z.B. Polen die ersten KZ in Szeplorno und Stralkowo im Posener Gebiet schon nach 1918 für Deutsche errichtete, 1921 mit brutaler Gewalt gegen die Deutschen in Oberschlesien vorgangen ist und von diesem Zeitpunkt an die deutsche Minderheit in Gesamtpolen unterdrückt wurde - 1939 gab es erneut KZ für Deutsche. Höhepunkt der Deutschenverfolgung waren die bestialischen Morde an Volksdeutschen am 3. September 1939, bekannt als >Bromberger Blutsonntag<."

Und, Neofaschist Bruns, kann sich ein derartiger >Blutsonntag< wiederholen? "In Reiseberichten schildern Landsleute ihre unliebsamen Erfahrungen mit polnischen Bürgern, die zwar auch hier nicht verallgemeinert werden sollen - die aber bezeichnend sind für das immer noch belastete deutsch-polnische Verhältnis. Wenn Teilnehmer deutscher Reisegruppen beschimpft und angepöbelt, wenn an Hauswänden in Breslau Parolen wie >Deutsche raus< angebracht werden, dann erzeugen derartig deutschfeindliche Inhalte neue Spannungen."

Alois Pfreimdt

Der "Hofgeismarer Kreis" in der SPD

Die neofaschistischen Äußerungen von Leipziger Jusos und ihrem Umfeld im mdf-Magazin "fakt" vom 16. 9. 92 haben Staub aufgewirbelt. Sie wurden überwiegend als Zustimmung zum Rostocker Pogrom verstanden. Die innerparteilichen Reaktionen sind eher bescheiden: Der Juso-Bundesvorstand forderte ein nicht näher bezeichnetes "Häuflein Junger Sozialdemokraten in Leipzig" auf, "die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten zu verlassen". In der Sitzung des Juso-Bundesausschusses vom September 1992 beantragte der Bundesvorstand dann, den Landesvorsitzenden der sächsischen SPD aufzufordern, "erst mal eine Untersuchungskommission einzusetzen. Diese "soll aufklären", heißt es schwammig, "ob vorliegende Sachverhalte zu einem Parteiordnungsverfahren gegen den im sogenannten 'Hofgeismarer Kreis' organisierten Teil der Leipziger Jusos führen können".

Kopf der umstrittenen Gruppe, die sich "Hofgeismarer Kreis Leipzig" nennt, ist der 20jährige Sascha Jung, dem nicht nur in der sächsischen SPD die Türen offenstehen. Die Gruppe versucht vordergründig, sich an diverse Kreise anzubiedern, die sich auf den ersten Nachkriegs-SPD-Vorsitzenden Kurt Schmacher beziehen. Dessen damalige Mitarbeiterin und spätere prominente SPD-Politikerin Annemarie Renger wird von ihr als Ansprechpartnerin gesehen, nationalistisch interpretierte Zitate des schon zu Zeiten der Weimarer Republik SPD-Rechten und späteren NS-Vertolgten Schmacher werden als Rechtfertigung für die eigene, rein völkische Position angeführt. Sascha Jung formuliert im September 1992 in einer schriftlichen Erklärung gegen die Vor-

würfe von "fakt" Sätze wie die folgenden, die das biologische, völkisch-rassistische Selbstverständnis der Gruppe wiedergeben: "Der Mensch ist ein soziales Wesen. Worauf wir hinweisen ist, daß er sich auch als solches begreifen muß. Das heißt, daß er ohne seine Nachbarn in den verschiedenen Gemeinschaften, Familie, Volk, Völkergemeinschaft, die ihm sozial absichern und ihm Identität geben, nicht existieren kann". Und weiter: "Ein Volk kann auf Erden ohne die anderen nicht existieren. Gerade deshalb denken wir gar nicht daran, die verschiedenen Gemeinschaften aufzulösen." In diesem Papier, das als Kontaktdressse des Büro des SPD-Unterbezirks Leipzig anführt, bleibt es jedoch nicht bei Positionen, die die extreme Rechte heute allge-

mein unter ihrem Begriff "Ethnopluralismus" zusammenfaßt. Jung verteidigt hier auch indirekt den Beifall des Rostocker Mobs für den Pogrom und versteckt die "Ausländer raus"-Forderung hinter der Formel: "Wir sind allerdings auch so realitätsnah, daß wir bei all dem erkennen, daß es eine Illusion ist, anzunehmen, wir allein könnten die gesamten sozialen Probleme dieser Welt lösen". Die Frage, wer die sozialen Probleme in den Ursprungslandern der Flüchtlingsströme denn verursacht hat, wird nicht gestellt; sie würde von den "Hofgeismarern" wohl auch nicht mit der kapitalistischen Weltwirtschaftspolitik der deutsch geführten EG beantwortet.

Die Gruppe hat ihren Namen mit Bedacht ge-

wählt und auch die lasche Reaktion der SPD auf diese Faschisten in ihren Reihen hat ihre Parallelen. Und schon vor Jahren haben tak-tisch geschicktere SPD-Nationalisten, die Reiznamen und allzu deutliche Bekenntnisse meistens vermeiden, unbemerkt Schlüsselposi-tionen in der Partei erobert.

SPD-Nationalismus der 20er Jah-re als Quelle

Zu Ostern 1923 trafen sich über 100 rechte Jungsozialisten in dem mitteldeutschen Städt-chen Hofgeismar. Sie waren von der Lebensre-formbewegung und ihrem völkisch-religiösen Kitch angezogen und ausgewählt von der gerade erfolgten Besetzung des Ruhrgebietes durch das französische Kapital, das sich wegen der Ausplünderung des lothringischen Kohle- und Stahlreviers durch das deutsche Kapital seit 1871 und der Kosten des Weltkriegs schadlos halten wollte. Die intellektuellen Anführer dieser Gruppe, die sich fortan "Hofgeismar Kreis" nannte und in scharfer Opposition zur marxistischen Juso-Mehrheit der 20er Jahre stand, orientierten sich an den völkisch-elitären Ideen der "Konservativen Revolution". Während die KPD im Rheinland eine Rote Armee gegen das französische Militär aufbaute und die Besatzungs-Situation für eine Revolu-tion gegen das Kapital gleich welcher Nation zu nutzen versuchte, beschränkten sich die mehrheitlich aus dem Ruhrgebiet angereisten Jusos in Hofgeismar aufs nationalistische La-menieren.

Ihr 1923er-Treffen geriet flugs zu einem ger-mamentümelnden Lichtfest mit Rezitationen völkischer Gedichte und Beschörungen des militaristischen "Geistes von 1914", als es das deutsche Kapital geschafft hatte, selbst die ArbeiterInnenbewegung für seinen imperiali-stischen Krieg zu begeistern. Reden und Refe-rationen waren dementsprechend bestimmt von Haßtritten gegen die Demokratie als dem "deutschen Volkscharakter" angeblich unan-gemessen und gegen den Versailer Friedens-vertrag, die bis zum Aufruf für einen neuen Krieg gegen Frankreich reichten, um die Er-gebnisse des Ersten Weltkriegs zu revidieren. Nietzsches "Feuerspruch", an lodern den Flammen theatralisch vorgetragen, und die Jubelrufe "Es lebe Deutschland!" prägten die Stimmung an diesem Ostertag, das diese Jusos heidnisch statt christlich feierten. Von der Moderne der Zwanziger Jahre, von der Skepsis vieler bürgerlicher Intellektueller nach dem Kulturschock des mörderischen Ersten Welt-kriegs oder gar vom Sozialismus der Arbeit-erInnenbewegung merkte man hier nichts. Statt dessen wurden die "Stahlgewitter" (Ernst Jün-ger) der sinnlosen Materialschlachten mit den Krupp-Kanonen heldisch verkürt und einer hierarchischen ständestaatlichen Gesellschaft mit Führen an der Spitze das Wort geredet. Als Widerpart der bei Historikern zum Begriff geworden "Ideen von 1914" - Kapitalist und Arbeiter "gleichen Blutes" einig gegen den "Fremden" äußerten Feind - galten die "Ideen von 1789", das "Freiheit!, Gleichheit!, Solida-rität!" des bürgerlichen und sozialistischen In-ternationalismus. Der "Hofgeismar Kreis" war Teil derselben Atmosphäre der frühen

Weimarer Republik, in der die noch national-revolutionäre und vom "Deutschen Sozialis-mus" (gegen den angeblich jüdischen Marxis-mus und den ebenso eingeordneten Liberalis-mus) bestimmte NSDAP wenige Monate spä-ter ihren Putsch an der Münchner Feldherrn-halle versuchte. Der "Hofgeismar" Karl Brö-ger schrieb 1923 in den "Jungsozialistischen Blättern": "Wer recht tief aus wohlverstande-nem deutschen Geiste lebt, muß Sozialist sein, und viele Züge unseres Volkstums (...) deuten auf die innere Verbundenheit von deutscher Art zum Sozialismus" (Heft 6, S. 84). Ebenso völkisch wurde hier vielerorts der Genossen-schaftsgedanke als angeblich typisch deutsche Erscheinungsform des Sozialismus und als die Alternative zum "boltschewistischen Kollekti-vismus" begründet.

Die schauerliche Veranstaltung in Hofgeismar stieß zwar sofort auf herbe inparteiliche Kritik, die deutschen-nationale Aufwallung nach der französischen Ruhrbesetzung und die Ab-grenzung der SPD vor allem nach links statt nach rechts kann jedoch den völkischen Rassi-sten zugute, die selbstverständlich in der Partei bleiben durften.

Heller, de Man, Niekisch: Die "Konservative Revolution" in der historischen SPD

"Als Mensch ist der blonde Bräute uns natürlich tausendfach mehr sympathisch als sein schwarzer Bundesgenosse: der Franzmann", schrieb damals ein anderer "Hofgeismar". Die "Fiktion der Gleichheit" der Menschen wurde von dem Kreis bekämpft, den Säbel ließ man kräftig rasseln: "Wir fühlen uns als Einzel-jener Germanen, die das römische Joch bra-chen. Unsere Gedanken folgen den Spuren der Ordensritter nach Osten", hieß es da. Hofgeis-mar sollte der Anbruch der Epoche "des schaf-fenden Mannes" und seiner "reifen Männlich-keit" sein (zit. n. Walter 1986, S. 48, S. 83 f). Mitte der 20er Jahre wurden dann auch offen antisemitische Positionen vertreten. Die Zirkel und Schriften der "Hofgeismar" unterschei-den sich schließlich nach ihrem nationalis-tisch-rassistischen Inhalt und ihrem herois-schen Gestus in nichts mehr von denen der intellektuellen Vorreiter des deutschen Fa-schismus, die später unter dem Begriff "Kon-servative Revolution" (KR) zusammengefaßt wurden. So war es nur folgerichtig, daß ein erheblicher Teil des "Hofgeismar Kreises" zum Ende der 20er Jahre hin schließlich aus der SPD austrat und sich den KR-Zirkeln an-schloß. In ihrer faschistischen Ideologie be-stärkt wurden diese Jusos von Ideologen, die bis heute innerhalb der SPD als vermeintlich sozialdemokratische Denker in Ehren gehalten werden. Tatsächlich vertraten sie nur weitere Spielarten der KR und damit des breiten fa-schistischen Stromes, wie er als Gegenpol zum Sozialismus der ArbeiterInnenbewegung nach 1918 in mehreren Ländern Europas theoretisch und praktisch entwickelt wurde und z. T. be-reits zur Herrschaft gelangt war.

Hermann Heller - im Sinne der Antisemiten jüdischer Abstammung, aus grobbürgerlichen

Hause; Staatsrechtler, er kehrte 1933 von einer Auslandsreise nicht mehr ins faschistische Deutschland zurück und starb im gleichen Jahr - hatte 1925 sein Buch "Sozialismus und Nati-on" veröffentlicht und wurde sogleich zu einer Tagung der "Hofgeismar" eingeladen. In seinem Vortrag vertrat der erklärte Gegner marxistischen und internationalistischen Den-kens und der Idee der Gleichheit der Menschen ungeschminkt eine Blut-und-Boden-Mystik, wie sie - um den Antisemitismus ergänzt - bei den Nazis üblich war. Er sprach davon, daß jeweilige "Blutsverfestigung" die angeblich verschiedenen körperlichen Eigenarten der europäischen Völker bestimme und die Sozialisten diese Völker als jeweilige Schicksals- und Kulturgemeinschaften anerkennen müß-ten - der ideologische Ethnopluralismus in reiner Form (vgl. Walter 1983, S. 34). In "So-zialismus und Nation" lobpreist Heller die "irrationalen Kräfte des Blutes und der Gefüh-le" und verurteilt im gleichen Zug den angeb-lich vom "Durchschnittsozialisten" gepredigt-ten "homo oeconomicus des Liberalismus", der "die nationalen Kulturen erdrückt (...)" durch die ungeheure kulturfremde Masse eines zum politisch-wirtschaftlichen Machbewußt-sein erstarken Proletariats" (S. 50; 41). "Zum Teufel mit diesen ausgecimenten Ladenhütern des Liberalismus! (...). Solange wir nicht wan-delnde Geister, sondern Menschen von Fleisch und Blut sind, wird das Rationale nur getarnt werden vom Irrationalen, werden Organisatio-nen nur dann Bestand haben, wenn sie äußerer Ausdruck, letztes Vorwerk einer durch Blut, Boden, irrationale Gefühlswerte, Geschichte, gemeinsamen Kulturbesitz verbundenen Ge-meinschaft sind" (S. 51). "Sozialismus bedeu-tet (...) nicht die Vernichtung der nationalen Volksgemeinschaft durch die Klasse, sondern die Vernichtung der Klasse durch eine wahr-haft nationale Volksgemeinschaft" (S. 35). Entsprechen diese Sätze Hellers nun mehr der neofaschistischen "Neuen Rechten" oder der neofaschistischen "Neuen Rechten" die im Gefol-gende Benoist und Armin Mohler, die im Gefol-gte der historischen KR den Liberalismus zum Hauptfeind erklärt, oder der brutalen Sprache der Hitler-Reden? Heller war ein Querfronts-trategie, wie man heute sagen würde, der die nationale Bewegung der Weimarer Zeit mit einem vom Marxismus gereinigten "Sozialis-mus" zusammenbringen wollte. Vor allem be-griff er nicht, daß sein Rassismus sich einmal gegen ihn selbst wenden könnte. Begeisteter Verfechter der "Ideen von 1914" - heute würde man ihn wohl mit der Bezeichnung "deutsch-jüdischer Patriot" verhamlosen -, war er ein Gegner von gleichen Menschenrechten mit weltweiter Geltung; stattdessen favorisierte er ein kulturrelativistisches Recht, das Andere schließlich - in Eisen geschnittenet am Ein-gangstor zum KZ Buchenwald - in dem Spruch "Jedem das Seine" ethnopluralistisch zusam-menfaßten und hinter dem Tor praktisch wer-den ließen. Heller gehörte auch zu denjenigen, die Hegels staatsphilosophische Überlegungen für den nationalistischen und autoritären "Machstaat" nutzbar machten. Seine Definit-ion der Souveränität des Staates unterschied sich in nichts von der des späteren Nazi-Kron-juristen und heutigen Urahn der "Neuen Rech-ten" Carl Schmitt - mit dem Heller privat freundschaftlich verbunden war -, der die Ver-fügung über den Ausnahmezustand, d. h. die

Möglichkeit zur Errichtung der Diktatur, als Kriterium der Souveränität eines angeblich über den Interessenkonflikt stehenden abstrakten Staates ansah. Hellers Idee eines völkisch-rassistisch fundierten "nationalen Kultursozialismus" verneinte die Klassengegensätze, übernahm die Klassenstruktur der nachst erreichbaren - sozialistischen - Gesellschaft, und setzte stattdessen auf eine "Gemeinschaft" - wenn es sein muß, auch mit einem diktatorischen Führer an der Spitze -, die ihre vermeintliche Homogenität über gemeinsamen Werte, einen gemeinsamen Willen und die Tat erlange - alle durch "Blut" und "Boden" bestimmt. (Selbstverständlich soll es mal wieder der "gute Führer" sein, Heller nennt ihn "Herr") Kulturrevolution gegen Liberalismus und Sozialismus wäre also hier der Weg zum politischen Erfolg, nicht soziale Revolution - "Kulturrevolution von rechts", wie 1984 ein Buchtitel Benoists heißt, mit einem Vorwort von Mohler.

Hendrik de Man gab mit seinem wenig später erschienenen Buch "Zur Psychologie des Sozialismus" einen weiteren Schub in die Richtung des Irrationalismus. Der Antimarkist de Man, der sich später dem flämischen Faschismus anschloß, der nazi-deutschen Besatzung in Belgien zu Diensten war, 1944 vom belgischen Belgien als Kollaborateur verurteilt wurde und im schweizerischen "Exil" (auf der Flucht vor seinen antifaschistischen Richtern) starb, hatte dieses Buch den rechten Juntos gewidmet, und wurde in den Schriften der "Hofgeismarer" als geistiger Führer verehrt. Im Gefolge der konservativ-revolutionären Elitetheoretiker **Gustave Le Bon** (Frankreich) und **Vilfredo Pareto** (Italien), die die europäische "Neue Rechte" heute zu ihren historischen Vordenkern zählt, verachtete er "die Massen" und die parlamentarische Demokratie als verantwortlich für einen angeblichen "Kulturverfall". Er siebte einen antidemokratischen Elite-"Sozialismus" an, der nicht Sache einer Klasse sei sondern eines "Volkes" und der auch nicht etwa - wie bei der marxistischen Arbeiterbewegung - die materielle Not der Massen beseitigen sollte, sondern als psychische "Gefühlstreaktion" von "Gebildeten" aus dem Bürgertum und dem Adel einen einheitlichen nationalen "Willen" hervorrufen sollte, der dann die gesellschaftlichen Verhältnisse - jeweils völkisch verschiedenen - bestimme. Ähnliche Ideen, die zum Wohlfallen des Kapitals den Sozialismus-Begriff entmaterialisierten und eine Diktatur gegen die materiellen Ansprüche der Massen geistig ermöglichten, finden sich bei direktem Nazi-Theoretikern zuhauf. Besonders der religiöse Kitsch, den die Man um germanische Lichtfeste und Arbeitskult aufbaute, imponierte elichen "Hofgeismaren"; heute kämpft der nationalrevolutionäre Chefi-ideologe **Henning Eichberg** bei seiner faschistischen Interpretation des Maifertages an solche Positionen de Mans an. In dem Nazi-Blatt "Europäische Revue" - hier schrieben gleichzeitig mit de Man der italienische Rassist **Julius Evola**, heute ein Ahne der "Neuen Rechten", oder der spanische Elitetheoretiker **José Ortega y Gasset** - begrüßte de Man dann 1943 indirekt den Überfall der Nazi-Wehrmacht auf das neutrale Belgien als Beendigung des "veralteten Systems" der parlamentarischen Demokratie und Chance für eine "neue Ordnung" des siegreichen, angeblich "natürlichen" Nationalismus (S. 5; 8). Ein Satz de Mans wie der folgende macht die Geistestraktion bis zum ausländerfeindlichen Rostocker Pogrom deutlich: "Wie bei jedem Gemeinschaftsgefühl, so schlägt auch das Nationalgefühl erst dann in Aggressivität über, wenn es irgendeiner Hemmung, Störung oder Verletzung ausgesetzt ist" (ebd., S. 8). Die Juntos von Sascha Jung könnten dem sicher zustimmen.

Favorit der historischen "Hofgeismare" war **Ernst Niekisch**, der lange Zeit als der bedeutendste Konkurrent Hitlers um die Führungsposition der antidemokratischen rassistischen Rechten in Deutschland galt, weil er selbst der sozialistischen Bewegung der unmittelbaren Nachkriegszeit entstammte und bis 1926 Mitglied der SPD war. Niekisch hatte damit - wie z. B. auch die Führer des italienischen Faschismus - den Vorteil des sozialistischen Schlagrucks, den sich die kleinbürgerliche NSDAP Hitlers erst mühsam mit Hilfe der nationalen-revolutionären Strasser-Brüder anzuhelfen versuchte. Niekisch gehörte zu den extremsten Rassisten, Antidemokraten und Nationalisten in Deutschland der späten Weimarer Republik, seine auch antisemitisch begründete Mordhetze gegen Marxisten, Liberale und Christen in den frühen 30er Jahren stand der eines Julius Streicher (Chefredakteur des Nazi-Blattes "Der Stürmer") kaum nach. Aber auch seine Schriften aus der "Hofgeismar-Zeit" - meist Artikel, die er später zu Büchern ausbaute - trugen bereits diese Handschrift. Niekischs Politik war prinzipiell gegen "den Westen", "das Weische", den Liberalismus und Marxismus, gegen den Ausgang des Ersten Weltkriegs gerichtet. Sein Begriff des "Widerstands" - so hieß später sein politischer Zirkel - war gegen "Versailles" gerichtet, nicht - wie Neofaschisten heute glauben machen wollen - gegen die Nazis, die ihn als einen lästigen Konkurrenten später verfolgten. 1929 schrieb er in dem Buch "Gedanken über deutsche Politik": "Das deutsche Volk verurteilt sich selbst, indem es demokratisch wurde, hatte es jene Wertmaßstäbe gewählt, durch die seine frühere Art zu sein verdammt wurde. (...) Damit wurde das deutsche Volk ein entwurzeltes Volk, dem sein geistiges Gesetz von außen her aufgezungen wurde" (S. 81). Deutschland habe "nur noch die Freiheit, zwei Wege einzuschlagen: entweder asiatisch oder afkanisch zu werden, sich an das verneigte Frankreich oder das tatarische Rußland zu schmiegen" (S. 235). Niekisch neigte letzterem zu, da er von der Kreuzung des "germanischen Barbartismus" mit der "russischen Volkseele" träumte: "Vielleicht aber bleibt dieses düstere Entweder-Oder Deutschland noch erspart, vielleicht winkt ihm noch die dritte Möglichkeit: das deutschgeführte Mitteleuropa" (S. 256), eine Möglichkeit, die seit 1989 zur Realität wurde.

Auch Sätze wie die folgenden hatte Niekisch bereits zwei Jahre vorher in ähnlicher Form bei den von der "reifen Männlichkeit" des deutschen Militäristen begeisterten "Hofgeismaren" vertreten: "Deutschlands Heil liegt nicht bei Girls, liegt nicht bei emanzipierten Frauen, für Deutschland ist der Feminismus mit all

seinen pazifistischen, humanitären, ethnischen und ökonomisierenden Masken der politische Krebs. Deutschland hat es zu schwer, als daß es sein Schicksal Weibern anvertrauen dürfte" (S. 298).

In seinem Buch "Entscheidung" (Berlin 1930) forderte Niekisch die Deutschen zur Entscheidung zwischen ihrer angeblichen völkischen Identität und dem "Westen" auf, der sie überfremde. Als extremer Rassist meinte er aber lange nicht alle Deutschen: "Soviel romantisches Blut floß in die Menschen südlich des Grenzwalles ein (gemeint ist der römischen Limes und die Zeit der Antike, d. V.), daß nicht nur ihr leibliches, sondern auch ihr geistiges und seelisches Dasein dem Gesetz römisch-lateinischen Wesens verfiel" (S. 19). Dagegen sei "Vertheidigung" nötig: "Der Weltkrieg" habe "im deutschen Volk seelische Schichtungen freigelegt, bis zu denen hinunter noch nie eine Wurzel des Christentums drang und für deren unerschlossene ursprüngliche Fruchtbarkeit das Christliche ein fremdes Gewächs ist" (S. 152). Er beschwor die "Aufwallungen jener germanischen Zornmütigkeit, die lieber tot als Sklave der Weischen sein möchte" (S. 153), die auch den "Hofgeismaren" imponierte. "Seit Jahrhunderten ist das Christentum am Werk, das Germanisch-Heroische zu domestizieren und für die romanische Knechtschaft reif zu machen" (S. 153), eine These, die man heute in den Büchern von **Sigrid Hunke** oder **Alain de Benoist** antrifft. Niekisch forderte eine "Selbstreinigung des deutschen Blutes von romanischem Erbgut" (S. 166) und im Kapitel "Der Mut zum Abgrund" nahm er die Praxis von Auschwitz gedanklich vorweg: "Weil es um Sein oder Nichtsein geht, bleibt Deutschland, wenn es sich selbst erhalten will, das Schwerkste nicht erspart: die Bartholomäusnacht und Sizilianische Vesper gegen alles, was an Weischem in ihm lebt. Mit grausamer Härte muß es in sich selbst austreten, was in ihm dem Westen verbündet ist, dem Westen Zutragendienste anbietet, dem Westen Vor-schub leistet. Das Bürgerlich-Liberale ist unter den heutigen Weltverhältnissen für Deutschland 'Feind im Land'; es ist die Romanisierung-, Zivilisations-, Urbanisierungs-, Verwestlichungs- und Entdeutschungsform des deutschen Menschen. Je mehr einer Bürger ist, desto weniger ist er Deutscher" (S. 162 f.). Um keinen Zweifel zu lassen, gehen wen es gehen sollte, hetzte Niekisch bereits in "Gedanken über deutsche Politik": "Nie kann der Jude, auch wenn er besten Willens und edelster Absichten voll ist, Führer des andersgearteten Volkes sein; er ist nicht Fleisch und Blut von dessen Fleisch und Blut; für dessen Takt, Rhythmus, Gerichtsetein fehlt ihm das Organ: einem anderen, ihm eingeborenen Takt, Rhythmus, Gerichtsetein gehorcht er, wo er führt, unterwirft er das andersgeartete Volk einer fremden Gesetzlichkeit; er vergewaltigt es. Es ist für ein jedes Volk ein Zeichen geschwächten Lebenswillens, wenn Juden nach seiner politischen Führung streben dürfen" (1929, S. 99).

Niekisch forderte von den Deutschen "Gehorsam, Disziplin, Unterordnung, Treue, Hingabefähigkeit, Dienstwilligkeit" (S. 292) und die Hinwendung zum deutschen Baubatum:

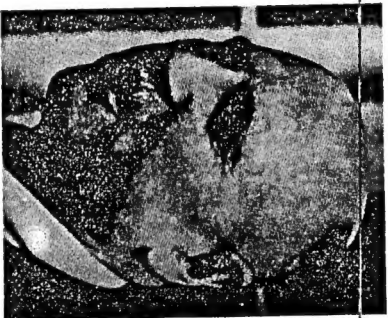
„Ländlicher werden heißt ärmer und primitiver werden, vielleicht auch roher und barbarischer, sticht aber auch wieder deutscher. Barbarismus trägt sein Recht in sich, wo er Kraft und insbesondere, wo er die Kraft deutscher Selbstverteidigung ist. Dem deutschen Volke tut der Mut zu seinem Barbarentum not, seine Stärke ruht in Germaniens Wäldern, je tiefer es sich dortin zurückzieht, desto mehr findet es sich selbst. Es braucht die Schluchten des Teutoburger Waldes, um den Welschen die Köpfe abschlagen zu können“ (1930, S. 100). „Seine innere Haltung ist entscheidend: daß es in der westlichen Zivilisation seinen Abgrund und in der Abkehr davon sein Heil erblickte“ (S. 101). Und schließlich Niekischs Vision: „Deutschland hört auf, noch mehr Zivilisation zu wollen; wird es durch seine Haltung sogar Ursache ihrer Vernichtung, so weicht es auch vor dieser geschichtlichen Mission nicht zurück“ (S. 115).

1932 schrieb er das Buch „Hitler - ein deutsches Verhängnis“, in dem er den Faschismus rechts von Hitler predigte. Die Schrift wird heute immer wieder als antisemitisch verfälscht, ist jedoch in Wahrheit ein Bekenntnis zum Nationalsozialismus, lediglich ohne den Konkurrenten Hitler. „Die nationalsozialistische Bewegung (...) kann aufwühlende Pflegschar, sie kann Kampf schöpferischen Gebärens, sie kann das Gewitter sein, daß die Erde trinkt und die Luft reinigt“ (S. 6), wenn sie sich nur endlich von Hitler trenne. Hitler sei zu sehr „Demokrat“, „eine Spielart des demokratischen Menschen“ (S. 7). Positiv schrieb Niekisch hier über den Hitler-Ludendorff-Putsch von 1923: „In den ersten Jahren allerdings war Hitler unleugbar noch ein Mundstück des deutschen Proletes. (...) Das Aufgebot, das der Eifer des Demagogen (d. i. Hitler, d. V.) in Bewegung setzte, war ein deutscher Glücksfall, wenn der Feldherr (d. i. Erich Ludendorff, d. V.) vorbereitet war, es zu ordnen und zweckvoll einzusetzen“ (S. 7 f.). Dann aber seien bei Hitler die nicht-deutschen Gene bestimmend geworden: „Er ist romanisierter Deutscher, gegenreformatorische Instinkte, halb wittelsbacher, halb habsburger Färbung, trägt er in seinem Blute“ (S. 9). Das habe zur „römischen Überfremdung“ des Nationalsozialismus geführt, „ein gehobenes deutsches Rückgrad“ (ebd.). Hitler habe mißachtet, „daß die räumliche Mittellage Deutschlands ein Höchstmaß an Zwang, an 'Kaseme', an 'Selbstverzicht', an 'Unnatur' fordert“ (S. 10). Schließlich sei Hitlers Politik „jüdischen Ursprungs“ (S. 12). „Wer an den geistigen Werten, den zivilisatorischen Gütern des Abendlandes hängt, gehört zu Versailles; er gibt Deutschland preis, um diese Werte und Güter nicht zu gefährden. (...) Das Abendland kannte stets das bedrückende Grauen vor dem, was nördlich der Donau und östlich der Elbe liegt“ (S. 16), dort, wo Niekisch sein „Deutschland“, seinen „germanischen Barbarismus“ sucht. Niekisch kritisierte 1932, daß Hitler davor zurückgeschreckt sei, „die alte Welt in Flammen“ zu setzen (S. 25), sich statt dessen der Legalität verschrieben habe, aber: „Weder Weimar noch Versailles läßt sich legal vernichten“ (S. 26). Niekisch einziger Vorwurf gegen die Nazis: „Ein tiefgreifendes Mißtrauen gegen die abendländische Überfremdung war in Deutschland er-

wacht; der Nationalsozialismus schlieferte das Mißtrauen wieder ein“ (S. 29). Schon 1929 hatte er in seinem Buch „Politik und Idee“ geschrieben: „Wer sich der Moral so sehr verpflichtet fühlt, daß er selbst die Rettung seines Volkes nicht durch die Preisgabe stichtiger Grundsätze erkaufen wolle, mag zu manchen Dingen taugen; unter keinen Umständen ist er dazu berufen, Staatsmann zu sein“ (S. 15).

Die Vorstufe zu diesen literarischen Ergüssen produzierte Niekisch ab 1926 in den Blättern „Widerstand“, an dem sich auch „Hofgeismarer“ beteiligten, und „Der Volksstaat“, letzteres herausgegeben von einer rechten SPD-Abspaltung, der „Alten Sozialdemokratischen Partei Sachsens“. Sachsen blieb für die nächsten Jahre Niekischs Hauptwirkungsstätte.

Die innerparteiliche Auseinandersetzung um Niekisch führte ab 1926 zum Zerfall des „Hofgeismarer Kreises“, die von „Hofgeismarern“ dominierten Juso-Bezirke „Wasserkanke“ und „Westliches Westfalen“ traten aus der Reichsorganisation der Jungsozialisten aus, in „Hof-



Ernst Niekisch

geismar“-Blättern wurde zum Anschluß an Niekischs „Widerstand“-Kreis aufgerufen. Das damalige Leitungsorgan der Jungsozialisten, der Reichsausschuß, beschloß mit 13 zu 6 Stimmen: „Die politische Auffassung des Genossen Niekisch und des ihm nahestehenden Kreises sind mit den Grundsätzen der SPD und den Bestrebungen der Jungsozialisten nicht in Einklang zu bringen. Reichsausschuß und Reichsleitung richten deswegen an den Parteivorstand das Ersuchen, baldigst Schritte zur Klärung des organisatorischen Verhältnisses zu diesen Kreisen zu unternehmen“ (zit. n. Walter 1983, S. 58). Die Reaktion auf die Ungeheuerlichkeiten der Faschisten innerhalb der SPD war so butterweich wie heute. Der damalige Parteivorstandende Otto Weis bezeichnete die politische Position Niekischs auf dem Kieler Parteitag 1927 zwar als „rein nationalsozialistisch“ (S. 31 d. Protokolls), mußte sich aber von der zum linken Flügel zählenden Delegierten Dora Fabian aus Chemnitz, die innerparteiliche Praxis entgegenhalten lassen: „Der Parteivorstand hat uns in unserem Kampf gegen diese Genossen nicht unterstützt; er hat auf unsere Forderung, sie aus der Partei auszuschließen, nur mit Hohn und Spott geantwortet. Noch heute können diese einstigen Jungsozialisten Mitglieder der Partei sein, obwohl sie mit demselben Herrn Niekisch in der Redaktion seines Blattes 'Der Widerstand' sitzen, dessen nationalistische Einstellung Weis in anderem Zusammenhang (...) so treffend gekennzeichnet hat. Wenn es sich um die Ge-

nossen von rechts handelt, dann ist der Parteivorstand immer sehr großzügig; gegen die Genossen von links ist er ebenso intolerant“ (S. 86 d. Prot.). Das hat sich bis heute nicht geändert.

Fichter, Reitz, Glotz: Die „Konservative Revolution“ sitzt heute im Ollenhauerhaus

Niekischs Politik ist in den 70er und 80er Jahren zu einem zentralen Bezugspunkt für die „neurechten“ Nationalrevolutionäre geworden. Der Verfassungsschutzbericht 1991 des Bundesinnenministers erwähnt ihn unter dem Stichwort „Nationalsozialisten“ in einem Atemzug mit den Strasser-Brüdern und dem SA-Chef Ernst Röhm. Die Konkurrenz der 20er und 30er Jahre spielt keine Rolle mehr, nachdem die „Neue Rechte“ die Nationalrevolutionäre innerhalb und außerhalb der NSDAP in den Kreis der „Konservativen Revolution“ integriert hat. Ungachtet dessen genießt Niekisch innerhalb der SPD - meist nur im kleinen Kreis unter Genossen bekenntnishaft geäußert - vor allem bei Intellektuellen (oder solchen, die sich dafür halten) hohes Ansehen. Eliten-dunkel und die Verachtung des Parteivolks an der Basis, das von etlichen Top-Funktionären am liebsten entmachtet würde, bilden ebenso den Zugang zu Ideen der „Konservativen Revolution“ wie der Widerwillen gegen den Politiker-Selbstbedienungsladen der modernen Parteien-Demokratie, von der dieselben Funktionäre doch leben.

1981 brachte **Peter Brandt**, der als Sohn des Parteivorstehenden Willy Brandt besonderes Interesse in der SPD genießt, gemeinsam mit dem Niekisch-Anhänger und persönlichen Eichberg-Freund **Herbert Ammon** in der „rororo-aktuell“-Reihe das Buch „Die Linke und die nationale Frage“ heraus, das Niekischs Politik ohne jede Einschränkung als wertvolles Erbe der Linken darstellte. Das Buch diente innerhalb der SPD jahrelang als Beweis dafür, daß sich auch die Linke dem Thema Nation stelle. 1985 arbeiteten P. Brandt und Ammon zusammen mit Nationalrevolutionären, die aus der 60er und 70er Jahre NPD-Szene bekannt waren, und mit dem Referenten für Schulung und Bildung beim SPD-Parteivorstand und Leiter der SPD-Parteiische **Tilman Fichter** ein nationalstiftisches Pamphlet zur Wiedervereinigung Deutschlands aus. Zu den Unterzeichnern der Schrift gehörten schließlich neben Brandt und Fichter etliche Alt- und Neonazis, sogar ein früherer Funktionär der SA-Spitze; wiederholte Aufforderungen an Fichter und Brandt, sich von solchen Missetretern zu distanzieren, wurden ignoriert. Ammon stellte sich in einer schriftlichen Erklärung sogar demonstrativ vor Niekisch. Die Aktionsinheit mit Neofaschisten hat Fichter bisher nicht geschadet, im Gegenteil: nach der Öffnung der DDR-Grenze empfahl er die zu- vor innerparteilich kritisierte Schrift mehrfach als Modell für die Wiedervereinigung, ohne auf die rechtsextremen Mißbräucher auch nur einzugehen. Im Oktober 1992 lud er P. Brandt als Referenten zu einem SPD-Seminar auf die zum Leidwesen von Nationalisten inzwischen polnischen - Ostseeinsel Wolin, Thema:

„Sozialdemokraten, Demokratie und Nation“, Thema der Abschlussdiskussion: „Welche gemeinschaftsstiftenden Identitäten bieten sich in einer offenen Gesellschaft an?“ Ammon und Brandt hatten niemals Probleme, in der SPD-Theoriezeitschrift „Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte“ ihre politischen Ansichten zu verbreiten.

Ein Nationalrevolutionär aus dem Umfeld Ammons, **Christian Wipperfurth** vom neofaschistischen „Initiativkreis Linke Deutschland-Diskussion“ (LDD) der 80er Jahre (1984 aus dem Kreis der Eichberg-Zeitschrift „wir selbst“ gegründet), arbeitet heute als Mitarbeiter eines ostdeutschen Europaabgeordneten der SPD. (Der Kopf der Gruppe, Ammons persönlicher Freund **Rolf Stolz**, publiziert heute im „MUT“-Verlag des früheren NPD-Bundestagskandidaten **Bernhard C. Wintzek**.) Gegen die LDD, die sich bei Grünen und Jungsozialisten anbot, hatte es Mitte der 80er Jahre innerhalb der Jusos starke Widerstände gegeben - verbal, wie in den 20ern gegen die „Hofgeismarer“.

Fichters Kollege **Rüdiger Reitz** - außerberuflich ein Propagandist des Genossenschaftsgedankens, wie immer er ihn verstehen mag - leitete seit 1973 das damals neu geschaffene Referat für Kirchenfragen beim Parteivorstand der SPD. In seinem Buch „Christen und Sozialdemokratie“ von 1983 präsentierte er völlig unkritisch Hendrik de Man als Vorkämpfer eines unmarxistischen „Sozialismus“, dem er selbst anhängt. Auf die Veröffentlichung seiner Kon-

takte zu zweifelhaften rechten Sektenführern durch die „Bonner Initiative Gemeinsam gegen Neofaschismus“ reagierte Reitz mit - bis her leeren - Drohungen gegen Antifaschisten. Tatsächlich pflegt Reitz - angeblich berufsbedingt - Verbindungen zu dem überwiegend von Nazis nach 1945 gegründeten Sektenadventband „Deutscher Volksbund für Geistesfreiheit“, dem z. B. die „Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft e. V.“ (DUR) angehört; bei der DUR nun wieder führt man neben Henning Eichberg auch Hendrik de Man an, wenn man ins sozialdemokratische Spektrum hineinwirken möchte.

Es paßt ins Bild, daß der de Man-Anhänger **Heinz-Dietrich Ortlieb**, früher prominenter SPD-Mitglied, heute zu den ständigen Autoren der Zeitschrift „MUT“ gehört.

Schon 1974 gab der spätere Bundesgeschäftsführer der SPD Peter Glotz das Buch „Vorbilder für Deutsche“ heraus, in dem Hermann Heller als leuchtendes Vorbild für die zweite deutsche Republik präsentiert wurde. Die inzwischen von Glotz Zeitschrift „Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte“, in der Glotz zuletzt auch einen Text Eichbergs abdruckte (vgl. Der Rechte Rand Nr. 18, Juli 1992), brachte im Juli 1991 einen unkritisch positiven Artikel über Heller, in dem es hieß: „Gerade jetzt, wo sich für das vereinigte Deutschland erneut die Verfassungsfrage stellt, ist es wichtig, sich Hellers zu erinnern“ (S. 651). In der 1984 erschienenen „Gedächtnisschrift für Hermann Heller 1891 - 1933“ mit dem Titel „Der

soziale Rechtsstaat“ empfahl der SPD-nahe Rechtsextremismus-Forscher **Elke Hennig Heller**, Hennig war später auch Autor in „wir selbst“ und Interviewpartner für das konservativ-revolutionären Blatt „Junge Freiheit“.

Bei so viel aktueller Schützenhilfe für die ideologischen Gallionsfiguren des historischen „Hofgeismarer Kreises“ - hier konnten nur ein paar offensichtliche Beispiele genannt werden - käme es einer innerparteilichen Revolution gleich, wenn tatsächlich ein Unverbreitbarkeitsbeschluß zum heutigen „Hofgeismarer Kreis Leipzig“ gefaßt würde. Damit ist nicht zu rechnen, denn Sascha Jung und die Seinen erfüllen mit ihrem Applaus für den Rostocker Pogrom lediglich die politischen Testamente von Heller, de Man oder Nieksch. Die historische „Petersberger Wende“ der SPD im Bezug auf ihre Nationalpolitik hat viele tiefe Wurzeln, die lediglich eine kleine internationalistische Partei-Minderheit - seit mehr als 70 Jahren und trotz der Erfahrung mit dem Komplex Auschwitz - bis heute vergeblich - auszureißen versucht.

Zum Weiterlesen:
Franz Walter: Jungsozialisten in der Weimarer Republik, Kassel 1983
ders.: Nationale Romanik und revolutionärer Mythos. Politik und Lebensweisen im frühen Weimarer Jungsozialismus, Berlin 1986 (Walter gehörte dem reformistischen Flügel der Jusos an.)
Bonner Initiative Demokratie gegen Neofaschismus (P. Kraiz): Die nationalrevolutionäre Connection: Gadafi - Mechttersheimer - Schönhuber. Quellen und Querverbindungen neofaschistischer Deutschland-Vereinigter, Bonn 1990

WER GEGEN DEN RECHTEN RAND IST ABONNIERT DEN RECHTEN RAND!

DER RECHTE RAND ist ein periodischer Informationsdienst von und für AntifaschistInnen. DER RECHTE RAND kann zum Preis von DM 18,- (sechs Exemplare) abonniert werden und kommt dann mit der Post ins Haus.

Es gibt zwei Möglichkeiten, den RECHTEN RAND zu bestellen:

☞ Durch Überweisung von DM 18,-(incl. Porto) auf das Post girokonto Hannover 44 55 86 - 301 (BLZ 250 100 30)

☞ Durch schriftliche Bestellung an die Adresse der HerausgeberInnen:

Der Rechte Rand • Postfach 1324 • 3000 Hannover 1 unter Beilegung von DM 18,- (incl. Porto) oder als Scheck.

Bitte in keinem Fall den Namen und die Lieferadresse vergessen!

Hiermit abonniere ich die Zeitschrift DER RECHTE RAND- Informationsdienst von und für AntifaschistInnen bis auf Widerruf.

Name: _____

Anschrift: _____

Unterschrift _____

☐ Ich habe DM 18,- (incl. Porto) Abgebühren überwiesen.

☐ DM 18,- (incl. Porto) als Scheck liegen bei. Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

Unterschrift _____